

Der Prager Frühling 1968

Der Prager Frühling 1968

Reinhard Veser

Titelbild: Ein sowjetischer Panzer wird in der Prager Innenstadt mit Steinen beworfen.

© ullstein bild – reuters 00401445

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der Autor die Verantwortung.

2. überarbeitete Auflage

Landeszentrale für politische Bildung Thüringen
Regierungsstraße 73, 99084 Erfurt
www.lzt.thueringen.de
2008

ISBN: 978-3-937967-31-8

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	7
Die versäumte Entstalinisierung	11
Die Sechzigerjahre: Das System auf tönernen Füßen	21
Novotnys langsamer Sturz	33
Januar bis August 1968: Die Reformer an der Macht	49
Die Gesellschaft befreit sich selbst	77
Die Reaktion der anderen sozialistischen Staaten	95
Das Ende der Reformen: Invasion und „Normalisierung“	115
Auswahl deutschsprachiger Literatur	132

Einleitung

Es gibt Fotos aus den Tagen des Einmarsches der Truppen des Warschauer Paktes in die Tschechoslowakei im August 1968, deren Wirkung sich der Betrachter kaum entziehen kann: Auf ihnen ist zu sehen, wie sich unbewaffnete Menschen Panzern entgegenstellen. Diese unmittelbare Konfrontation von Macht und Ohnmacht enthält eine klare Aussage: In den Kriegsmaschinen und den Menschen stehen sich Recht und Unrecht gegenüber, getrennt durch eine klare Scheidelinie. Bilder erfassen nur einen kurzen Augenblick. Ihre Vorgeschichte sieht man nicht; sie vereinfachen. Die gewaltsame Beendigung des „Prager Frühlings“ war aber nur der Höhepunkt einer langen, widersprüchlichen Entwicklung, in der die Seiten oft nicht so klar unterschieden werden konnten wie in jenen Momenten der höchsten dramatischen Zuspitzung.

Wie Bilder Ereignisse, so können Losungen Ideen in wenigen Worten verdichten und vereinfachen. Die Losung des „Prager Frühlings“ lautete: „Sozialismus mit einem menschlichen Antlitz“. Der Sozialismus, der in der Tschechoslowakei seit 1948 herrschte, hatte – wie überall im Einflussbereich der Sowjetunion - ein unmenschliches, hässliches Antlitz. Politische Gegner und Menschen mit der falschen sozialen Herkunft waren von Gefängnis und Lager bedroht und mussten damit leben, dass sie gegenüber Kommunisten Bürger zweiter Klasse waren. Kommunisten mussten fürchten, dass ihre Genossen bei ihnen ideologische Abweichungen oder gar Reste bourgeoisen Gedankenguts entdeckten. Auch bei gläubigen Anhängern der kommunistischen Partei kamen daher Zweifel an der herrschenden Praxis auf – bei denen, die ihre Arbeit verloren oder gar lange Jahre im Gefängnis verbrachten ebenso wie bei solchen, die trotz mancher Zweifel und Bedenken Karriere

machten. Ihnen war gemeinsam, dass sie noch immer an die Ideale des Sozialismus glaubten und ihm durch eine Veränderung des Systems ein „menschliches Antlitz“ geben wollten, als sie an die Schaltstellen der Macht kamen.

Der Versuch, das sozialistische System von innen heraus zu reformieren, war in vielem widersprüchlich. Die Reformkommunisten waren zur Zusammenarbeit mit orthodoxen Kommunisten gezwungen, die die stalinistischen Strukturen konservieren wollten, und sie mussten auf die Forderungen der reformfeindlichen sozialistischen Verbündeten Rücksicht nehmen; gleichzeitig mussten sie auf die Forderungen nach radikaleren Reformen aus der Bevölkerung eingehen. Vor allem aber wurden die Reformer von dem Wunsch angetrieben, den in den Augen der Bevölkerung diskreditierten Sozialismus und die Macht der kommunistischen Partei in der Tschechoslowakei wieder zu stärken – das setzte auch ihrer eigenen Bereitschaft zur Demokratisierung Grenzen.

Die Widersprüchlichkeit der Reformpolitik wird durch die bis 1956 zurückreichende Vorgeschichte der Reformideen verständlicher. Am Beispiel der Tschechoslowakei der Jahre vor 1968 kann man beobachten, wie ein scheinbar stabiles System politischer Macht nach und nach morsch wird, ohne dass dies von außen sofort sichtbar ist. Daher wird dem Weg bis zum Beginn der Reformen in dieser Darstellung des „Prager Frühlings“ große Aufmerksamkeit gewidmet.

Der „Prager Frühling“ war nicht nur eine Sache der herrschenden kommunistischen Elite, die ihn begonnen und geprägt hat. Er wurde von einer Volksbewegung getragen und muss daher in eine Reihe mit den anderen Aufständen und Bewegungen gegen die realsozialistischen Diktaturen in Ostmitteleuropa gestellt werden. Doch er war in einem Punkt eine Ausnahme: Anders als in der DDR 1953, in Ungarn 1956, in Polen 1980 und im gesamten Ostblock 1989 war für Tschechen und Slowaken 1968 nicht die herrschende kommunistische Partei

der Gegner. Als die von der Parteiführung begonnenen Reformen von außen beendet wurden, standen Tschechen und Slowaken gemeinsam mit ihr gegen die Okkupanten. Danach trennten sich die Wege der Bevölkerung und der Partei allerdings, ohne dass sie je wieder zusammengefunden hätten. Für viele einstige Kommunisten war das Ende des „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ auch das Ende ihres Glaubens an die kommunistische Ideologie. Während der „Samtenen Revolution“ im November 1989 wurde Alexander Dubček, der Führer des Prager Frühlings, von den Demonstranten in Prag zwar bejubelt, war aber nur noch das freundliche Symbol eines vergeblichen Versuchs. Ihr Idol aber war Václav Havel, der nie der Kommunistischen Partei angehört hatte und auch 1968 auf Distanz zu ihr geblieben war.

Die versäumte Entstalinisierung

Auf dem 20. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion im Februar 1956 hielt der sowjetische Parteichef Nikita Chruschtschow eine Rede „Über den Personenkult und seine Folgen“, in der er Stalin schwerer ideologischer Irrtümer und großer Verbrechen bezichtigte. Die Nachricht darüber verbreitete sich in den unter kommunistischer Herrschaft stehenden Ländern Europas schnell, obwohl der Wortlaut der Rede dort nicht veröffentlicht wurde. Für viele gläubige Kommunisten außerhalb der Sowjetunion waren die „Enthüllungen“ Chruschtschows ein Schock, der ihr Weltbild zum Einsturz brachte: Stalin, den sie noch kurze Zeit zuvor als „Weisen Führer des Proletariats“ verehrt hatten, wurde ihnen als psychopathischer Diktator und Massenmörder präsentiert.

Vor allem unter jüngeren Parteimitgliedern und unter kommunistischen Intellektuellen in Ungarn, Polen, der DDR und der Tschechoslowakei begann es zu gären: Wenn es möglich war, dass die von ihnen immer als Vorbild betrachtete sowjetische Partei von einem Verbrecher wie Stalin geführt wurde, konnte keine Parteiführung mehr für sich Unfehlbarkeit in Anspruch nehmen. Folglich wurden Forderungen nach einer freien Diskussion unter Kommunisten, nach mehr Freiheit in Wissenschaft, Kunst und Literatur immer lauter. Damit sollten weder das sozialistische System noch die Parteiherrschaft in Frage gestellt werden – ganz im Gegenteil: Durch die Abkehr von den ideologisch falschen stalinistischen Methoden und die Rückkehr zum wahren Marxismus-Leninismus sollte wieder der Weg zum eigentlichen Sozialismus beschritten werden. Am Prinzip der „Diktatur des Proletariats“ wurde kaum gerüttelt, nur die Methoden sollten andere, humanere sein. Trotzdem war das ein bedeutender Schritt, der später viele Handlungen

der Reformkommunisten in der Tschechoslowakei bestimmte: Diese Kommunisten wandten sich von dem Glauben ab, im „Interesse der Arbeiterklasse“ sei jedes Mittel erlaubt.

In allen Diskussionen, die nach dem 20. Parteitag in den Ländern Ostmitteleuropas geführt wurden, spielte immer auch die Frage nach der Verstrickung der eigenen Parteiführung in die Verbrechen Stalins eine große Rolle. Seit Ende der Vierzigerjahre waren in der Tschechoslowakei, in Ungarn und in etwas geringerem Ausmaß in Polen Schauprozesse gegen „rechte nationalistische Abweichler“ und „imperialistische Agenten“ geführt worden, denen zahlreiche prominente Kommunisten zum Opfer gefallen waren. Schon während der Prozesse war es auch überzeugten Stalinisten oft schwer gefallen, an die Schuld der Angeklagten zu glauben. Die Darstellung von Stalins Methoden durch Chruschtschow bestätigte diese Zweifel nachträglich.

In Polen und Ungarn kam es im Laufe des Jahres 1956 zu mächtigen Volksbewegungen gegen die stalinistischen Parteiführungen. Auch wenn antistalinistische Kommunisten darin tonangebend waren, bestand in beiden Ländern von Anfang an die Möglichkeit, dass sich die Bewegungen gegen das ganze System wendeten, denn die kommunistischen Parteien waren zehn Jahre zuvor nur mit sowjetischer Unterstützung an die Macht gekommen und fanden sowohl in der polnischen als auch in der ungarischen Bevölkerung wenig Unterstützung. Das zeigte sich in Polen im Juni 1956, als in Posen eine Arbeiterdemonstration mit antisowjetischen Parolen in einer blutigen Straßenschlacht mit 48 Toten und mehreren Hundert Verletzten endete. Eine Radikalisierung der Bevölkerung konnte nur deshalb vermieden werden, weil der Reformflügel der polnischen Partei mit Wladyslaw Gomulka einen populären Führer hatte, der es verstand, durch die Mobilisierung nationaler Gefühle von der Frage des politischen Systems abzulenken. Gomulka war 1948 wegen „rechter Abweichung“ aus allen hohen Partei- und Staatsämtern entfernt worden und saß von

1951 bis 1954 im Gefängnis. Von einer Welle von Massenkundgebungen getragen, kehrte er Mitte Oktober 1956 mit dem Versprechen an die Parteispitze zurück, grundlegende Reformen durchzuführen. Zu diesen Reformen kam es aber nicht. Gomulka setzte in den folgenden Jahren alles daran, die von den Menschen im „Polnischen Oktober“ erkämpften Freiheiten wieder einzuschränken.

Auch die ungarischen Reformkommunisten hatten mit Imre Nagy einen populären Führer. Doch wegen der starren Haltung der stalinistischen Parteiführung um Ernő Gerő und Mátyás Rákosi schlugen die Demonstrationen der Ungarn am 23. Oktober 1956 in einen bewaffneten Aufstand um, dessen Ziel nicht mehr die Reform des kommunistischen Systems, sondern dessen Abschaffung war: Am 30. Oktober wurde von einer revolutionären Regierung unter Nagy die Einführung eines Mehrparteiensystems verkündet, zwei Tage später folgte der Austritt aus dem Warschauer Pakt. Auf die Niederschlagung des ungarischen Aufstands durch die sowjetische Armee in den ersten Novembertagen folgten Säuberungen in der Partei und politische Prozesse, in denen harte Strafen verhängt wurden. Imre Nagy und einige weitere Führer des Aufstandes wurden 1958 hingerichtet. Verantwortlich dafür war ein ungarischer Kommunist, der Anfang der Fünfzigerjahre selbst von den Schergen des stalinistischen Parteichefs Rákosi gefoltert worden war: János Kádár.

Nachdem er jeden Widerstand gebrochen hatte, leitete Kádár Anfang der Sechzigerjahre selbst Reformen ein, die Ungarn in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht zu einem der liberalsten Länder des Ostblocks machten. Die Maxime seiner Politik formulierte er Ende 1961 in einem berühmt gewordenen Satz: „Während Rákosi sagte, dass diejenigen, die nicht mit uns sind, gegen uns sind, sagen wir, dass diejenigen, die nicht gegen uns sind, mit uns sind.“ Damit wurde ein großer Spielraum für alle diejenigen eröffnet, die keine aktiven Bekenntnisse zur kommunistischen Ideologie ablegen wollten. Gleichzeitig wur-

den auch die Grenzen deutlich: Opposition blieb außerhalb dessen, was die Partei tolerieren konnte.

In der Tschechoslowakei verlief das Jahr 1956 weniger stürmisch. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen, die später auch das Gesicht des Prager Frühlings prägten. Anders als in Polen und Ungarn waren die Kommunisten in der Tschechoslowakei aus eigener Kraft an die Macht gekommen. Mit 38 Prozent der Stimmen wurden sie in den letzten freien Wahlen 1946 die mit Abstand stärkste Partei; im tschechischen Landesteil bekam die KPĊ sogar 43 Prozent der Stimmen. Rechnet man noch die Stimmen für die Sozialdemokraten und die Volkssozialisten hinzu, stimmten 1946 sogar mehr als zwei Drittel der Tschechen und Slowaken für ein sozialistisches System. Die kommunistische Partei genoss wegen ihres aktiven Widerstandes gegen die deutsche Besatzung auch unter Nichtkommunisten ein gewisses Ansehen. Hinzu kam, dass sie einen spezifisch tschechoslowakischen Weg zum Sozialismus versprach, der der demokratischen Tradition des Landes gerecht werde.

Im Machtkampf zwischen der KPĊ und den nichtkommunistischen Parteien, mit denen sie eine Koalitionsregierung bildete, wurde die Entscheidung im Februar 1948 durch Massendemonstrationen und Streiks zugunsten der KPĊ erzwungen, sodass die tschechoslowakischen Kommunisten als einzige in Europa mit einer gewissen Berechtigung behaupten konnten, sie seien vom Volk an die Macht gebracht worden. Die Voraussetzung dafür hatten die Kommunisten freilich schon in den Jahren zuvor geschaffen, als sie zielstrebig alle Schlüsselpositionen im staatlichen Apparat besetzt und die anderen Parteien durch gezielte Unterwanderung geschwächt hatten. Durch ein äußerst brutales Vorgehen gegen Andersdenkende und so genannte Klassenfeinde sowie durch eine sklavische Hörigkeit gegenüber allen Weisungen aus Moskau verspielte die KPĊ das ihr von einem großen Teil der Tschechen und Slowaken entgegengebrachte Vertrauen schnell. Dennoch war die kommunistische Diktatur in der Tschechoslowakei fester verankert

als in den Nachbarländern. Vor allem in der intellektuellen Elite der Tschechoslowakei gab es einen größeren Anteil gläubiger Kommunisten als in Ungarn und Polen.

Stalinismus auch nach Stalins Tod

Zudem existierten in der Führung der tschechoslowakischen Partei 1956 keine Kräfte, die die von Teilen der Basis kommende Forderung nach Entstalinisierung unterstützten, da die KPČ radikaler als andere kommunistische Parteien gegen angebliche „imperialistische Agenten“ und „Verschwörer“ in ihren Reihen vorgegangen war. 1952 wurden 13 Mitglieder der Parteiführung einer „trotzkistisch-zionistisch-titoistisch-bourgeois-nationalistischen“ Verschwörung bezichtigt. Elf von ihnen, darunter auch der Generalsekretär der Partei und stellvertretende Ministerpräsident Rudolf Slánský, wurden hingerichtet. So etwas hatte es in keinem anderen Land gegeben, das nach dem Krieg in den sowjetischen Machtbereich geraten war: Eine so große Zahl von Todesurteilen gegen hohe Parteifunktionäre war sonst nur in den Moskauer Schauprozessen zwischen 1936 und 1938 gefällt worden. Die Anklage bediente sich im so genannten Slánský-Prozess offen antisemitischer Stereotype, da zwölf der Angeklagten jüdischer Abstammung waren. Selbst nach Stalins Tod riss die Serie von Schauprozessen in der Tschechoslowakei nicht ab. 1954 – in dem Jahr, in dem in Polen Gomulka wieder aus der Haft entlassen wurde – wurden einige slowakische Kommunisten wegen „bourgeoisem Nationalismus“ zu lebenslanger Haft verurteilt.

Insgesamt gab es in der Tschechoslowakei zwischen 1948 und 1954 ungefähr 150.000 politische Häftlinge – bei einer Gesamtbevölkerung von ungefähr 14 Millionen Menschen. Es konnte im Prinzip jeden treffen. Natürlich waren all jene in besonderer Gefahr, die sich vor dem Februar 1948 in anderen Parteien oder

nichtkommunistischen Organisationen engagiert hatten, aber die Zugehörigkeit zur falschen „Klasse“ konnte für eine Verhaftung schon ausreichen. Auch viele einfache Kommunisten wanderten ins Gefängnis – vor allem solche, die im Spanischen Bürgerkrieg gekämpft hatten oder während des Kriegs in der Emigration im Westen waren. Sinnbild dafür, dass der Stalinismus in der Tschechoslowakei über Stalins Tod hinaus andauerte, war eine gigantische Statue des sowjetischen Diktators über dem Moldauufer in Prag, die die tschechoslowakischen Parteiführer am 1. Mai 1955 enthüllen ließen.

Alle, die 1956 zur engeren Parteiführung gehörten, waren für diese Ereignisse direkt mitverantwortlich. Eine öffentliche Debatte über den Stalinismus in der Tschechoslowakei hätte sich unweigerlich gegen sie richten müssen – zumal wenn dabei Details über die Schauprozesse bekannt geworden wären, aus denen ein unglaubliches Ausmaß menschlicher Niedertracht hervorgeht. Die Mitglieder des Parteipräsidiums wussten, dass die Anklagen gegen Slánský und die anderen Angeklagten (mit denen sie vielfach mehr als zwanzig Jahre eng zusammengearbeitet hatten) nicht stimmten und ließen trotzdem Gerichtsverfahren inszenieren, die mit Todesurteilen endeten. Der Begriff „Schauprozess“ trifft den Kern der Sache genau: Im Slánský-Prozess mussten alle Beteiligten, auch die Ankläger, wie im Theater einen vorgegebenen Text vorher auswendig lernen. Die Asche der Hingerichteten wurde, wie eine spätere Untersuchung ergab, auf einer Landstraße in der Nähe von Prag verstreut. Währenddessen teilten die übriggebliebenen Mitglieder des Parteipräsidiums die persönliche Habe der von ihnen in den Tod geschickten Genossen unter sich auf. Die Frau des späteren Ersten Sekretärs der KPČ und Staatspräsidenten Antonín Novotný kam auf diese Weise an die Bettwäsche und an ein Teeservice des ehemaligen Außenministers Vlado Clementis, das sie nach Aussage von dessen Witwe schon früher bewundert hatte.

Die Führung der KPČ konnte es sich aber nicht leisten, die vom 20. Parteitag der KPdSU ausgehenden Signale vollkom-

men zu ignorieren. Gehorsam der in Moskau vorgezeichneten Linie folgend, verurteilte sie bereitwillig den Persönlichkeitskult, nahm den im März 1953 kurz nach Stalin verstorbenen KPČ-Führer Klement Gottwald aber von der Verantwortung für die „Deformationen“ aus. Der einbalsamierte und wie Lenin in einem Mausoleum ausgestellte Leichnam Gottwalds blieb an seinem Platz. Stattdessen wurde die Schuld Slánskýs an den ersten Prozessen betont, die als ungerecht verdammt wurden. Die Parteilinie zum slowakischen Nationalismus – und damit auch das Ergebnis der letzten Schauprozesse – wurde dagegen ausdrücklich bestätigt. Als Einziger aus der Parteispitze musste der Verteidigungsminister Alexej Čepička, Gottwalds Schwiegersohn, seine Ämter aufgeben, da er in der Armee einen „Persönlichkeitskult“ eingeführt habe. Von einer bereits 1955 auf sowjetischen Druck hin eingesetzten Kommission zur Untersuchung der politischen Prozesse der Jahre 1949 bis 1952 war keine wirkliche Aufklärung zu erwarten, da ihr Leiter, der Innenminister Rudolf Barák, selbst an der Vorbereitung einiger Prozesse beteiligt war. Der Bericht über die Ende 1956 abgeschlossenen Untersuchungen wurde nicht veröffentlicht, sondern im Oktober 1957 nur dem ZK der KPČ vorgelegt. Darin wurde die Schuld der meisten Angeklagten bestätigt. Einige Häftlinge erhielten Strafmilderungen, andere wurden stillschweigend entlassen, aber nicht rehabilitiert. Die Frage nach der Rechtmäßigkeit der Prozesse und nach der Verantwortlichkeit für die offenen Rechtsbrüche stellte die Barák-Kommission nur am Rande.

Intellektuelle fordern Entstalinisierung

Die fehlende Aufarbeitung des Stalinismus stieß vor allem unter Jugendlichen und Intellektuellen auf Protest. Auf dem Kongress des tschechoslowakischen Schriftstellerverbands, der Ende April 1956 tagte, wurde Kritik an der Kulturpolitik der

Partei und an ihrem Umgang mit der Vergangenheit laut. Der Dichter Jaroslav Seifert (der 1984 den Nobelpreis für Literatur erhielt), forderte, dass die Schriftsteller das Gewissen der Nation sein müssten, und fügte hinzu: „Denn glauben Sie mir, ich fürchte, dass wir es schon viele Jahre nicht mehr waren, dass wir nicht das Gewissen der Menge waren, das Gewissen der Millionen, ja sogar nicht einmal das Gewissen unserer selbst!“ Darin stecken das Eingeständnis, dass unter den Bedingungen des Stalinismus ein Überleben ohne Lüge fast unmöglich war. Die Worte Seiferts waren zudem eine Abkehr von der herrschenden Ideologie und ihrer Kunstdoktrin, dem so genannten sozialistischen Realismus. Darin war für das Gewissen kein Platz, weil die Schriftsteller als „Ingenieure der Seele“ die objektiven Bedingungen des sozialistischen Aufbaus darstellen sollten.

Die auf dem Schriftstellerkongress gehaltenen Reden drangen nur in einer von der Zensur verstümmelten Form an die Öffentlichkeit, trugen aber zu der einsetzenden Unruhe bei. Kritische Parteimitglieder forderten, Konsequenzen aus den stalinistischen Verbrechen zu ziehen. Um eine Rückkehr des Terrors unmöglich zu machen, sollte die Partei von Grund auf demokratisiert werden: Entscheidungen sollten erst nach freien Diskussionen gefällt werden, den Minderheiten sollte das Recht eingeräumt werden, ihre Positionen weiter zu vertreten. Einen von einigen Basisorganisationen der KPČ geforderten außerordentlichen Parteitag konnte die Parteiführung durch den noch immer tadellos funktionierenden zentralistischen Parteiparat abwenden. Stattdessen fand im Juni 1956 eine Parteikonferenz statt. Auf dieser Veranstaltung, die im Gegensatz zum Parteitag keine Parteiorgane wählen oder abwählen konnte, legte der Erste Sekretär der KPČ, Antonín Novotný, zwar Lippenbekenntnisse zum 20. Parteitag der KPdSU ab, erklärte aber zugleich, dass es keinen Grund für eine Änderung der Parteilinie gebe. Da der Klassenkampf weiter gehe, müsse die Partei weiter die volle Kontrolle über das Leben im Lande aufrecht erhalten. Dazu gehörte auch, dass im Verlauf des Jahres 1956

einige Kritiker aus der Partei ausgeschlossen und zwangsweise auf schlechtere Arbeitsplätze versetzt wurden.

Die antistalinistischen Kommunisten in der Tschechoslowakei verfolgten die Ereignisse in Ungarn und Polen aufmerksam und hoffnungsvoll. In den Tagen, in denen Gomulka in Warschau an die Macht kam, stieg auch in Prag die Spannung, doch mit dem Beginn des ungarischen Aufstands schlug die Stimmung um: Auch reformorientierte Kommunisten begannen, eine Konterrevolution zu fürchten. Diese Angst, zu der in Anbetracht der Bilder aus Ungarn, wo vereinzelt Lynchjustiz an vermeintlichen oder tatsächlichen Geheimpolizisten geübt wurde, auch Angst um das eigene Leben kam, erleichterte es der Parteiführung, Forderungen nach einer Demokratisierung abzuwehren.

Das Jahr 1956 hinterließ in der politischen Landschaft der Tschechoslowakei keine nach außen sichtbaren Spuren, doch es setzte Denkprozesse in Gang, die auch von der Zensur nicht mehr gebremst werden konnten. Die Angst, die das öffentliche Leben vor 1956 geprägt hatte, war gebrochen, da eine Rückkehr zu den Schauprozessen trotz der andauernden Repressivität des Regimes kaum denkbar schien. In ständigem Konflikt mit der Parteiführung begannen in den folgenden Jahren zuerst Schriftsteller und Philosophen, dann auch Wirtschafts-, Rechts- und Politikwissenschaftler, sich von ideologischen Dogmen zu emanzipieren.

Die Sechzigerjahre: Das System auf tönernen Füßen

Im Sommer 1960 erhielt die Tschechoslowakei eine neue Verfassung, in der feierlich verkündet wurde, dass die erste Phase des Aufbaus des Sozialismus beendet sei: Aus der Tschechoslowakischen Republik (ČSR) wurde die Tschechoslowakische Sozialistische Republik (ČSSR). Dieser Sieg des Sozialismus war in den Augen der Parteispitze ein Sieg ihrer eigenen Politik und sollte die Richtigkeit der Parteilinie beweisen. Mit der Wirklichkeit hatte das wenig zu tun, doch die ideologischen Konsequenzen, die sich aus der neuen Verfassung ergaben, hatten indirekt Auswirkungen auf die Realität.

In der Logik der herrschenden Ideologie bedeutete das Erreichen des Sozialismus, dass es in der Tschechoslowakei keine Ausbeuter und damit auch keinen Klassenkampf mehr gab. An die Stelle der „Diktatur des Proletariats“ konnte ein „Volksstaat“ treten. Das Klassenbewusstsein der Kommunisten war folglich als Grundlage für Entscheidungen über die weitere politische und wirtschaftliche Entwicklung des Landes nicht mehr ausreichend. Wichtiger war es nun, dass die Führung von Staat und Partei die Bedürfnisse der Gesellschaft erkennen und befriedigen konnte. Dazu musste zum einen die Bevölkerung die Möglichkeit haben, ihre Interessen offen zu artikulieren, und zum anderen musste Fachkenntnis – und nicht politische Zuverlässigkeit – die wichtigste Eigenschaft von Entscheidungsträgern werden. Interessenkonflikte innerhalb der sozialistischen Gesellschaft konnten nicht mehr als Klassenkämpfe angesehen werden, in denen im Namen der Arbeiterklasse Feinde des Sozialismus vernichtet werden mussten. Folglich mussten rechtliche und politische Instrumentarien zur Lösung solcher Konflikte im Rahmen einer sozialistischen Gesetzlichkeit geschaffen werden.

Diese Argumentation liberaler kommunistischer Wissenschaftler ließ die Reformprojekte in der Partei ideologisch akzeptabel erscheinen und diente als Rechtfertigung gegen Angriffe des konservativen Parteiflügels. Aber diese Argumentation allein hätte den Reformkommunisten nicht das Gewicht verschaffen können, das sie in den Sechzigerjahren in der Tschechoslowakei tatsächlich bekamen. Noch Anfang 1961 waren bei Antonín Novotný, seit 1953 Erster Sekretär der KPČ und seit 1957 Staatspräsident, keine Anzeichen von Reformwillen erkennbar. Der Anstoß für die weitere Entwicklung kam wieder aus der Sowjetunion, wo Chruschtschow auf dem 22. Parteitag der KPdSU im Oktober 1961 der Entstalinisierung einen neuen Schub gab, indem er die Verbrechen Stalins nun auch öffentlich nannte.

Die halbherzige Entstalinisierung

In der Parteiführung der KPČ waren noch immer dieselben Leute, die die Verantwortung für den Terror in der ersten Hälfte der Fünfzigerjahre trugen und schon 1956 die Untersuchung der Schauprozesse der Jahre 1949 bis 1954 und die Rehabilitation der Opfer verhindert hatten. Ihr Interesse an einer Entstalinisierung war in der Zwischenzeit nicht gewachsen, aber Chruschtschows Vorgehen zwang sie dazu, das Thema wieder auf die Tagesordnung zu setzen. Die ersten Handlungen waren noch symbolisch: Das monumentale Stalin-Denkmal, das hoch über der Moldau stehend seit 1955 das Stadtbild von Prag geprägt hatte, wurde zerstört, und der einbalsamierte Leichnam Klement Gottwalds wurde aus seinem Mausoleum entfernt und begraben. Der nächste Schritt war die Einsetzung einer Untersuchungskommission unter der Leitung des ZK-Mitglieds Drahomír Kolder, deren Ergebnisse wesentlich weiter reichten als die der Barák-Kommission Mitte der Fünfzigerjahre. Erstmals wurde offiziell festgestellt, dass es die an-

tistaatliche Verschwörung, über die in den Schauprozessen verhandelt worden war, nicht gegeben habe. Die Urteile dieser Prozesse wurden annulliert, aber die volle politische und soziale Rehabilitation der meisten Opfer blieb aus. In einigen Fällen wurden Parteistrafen gegen die Opfer sogar ausdrücklich bestätigt, so auch in den Fällen von Josef Smrkovský und Gustáv Husák, die später die Politik in den Jahren 1968 und 1969 maßgeblich mitbestimmten. Beide wurden zwar wieder in die Partei aufgenommen, durften aber nicht in ihre früheren Positionen zurückkehren. Bestätigt wurde auch der Parteiausschluss Slánskýs, der gemeinsam mit einigen anderen Opfern der Schauprozesse beschuldigt wurde, die ungesetzlichen Methoden eingeführt zu haben, denen er später selbst zum Opfer fiel.

Der im April 1963 fertiggestellte Bericht der Kolder-Kommission nannte weitere Schuldige, unter denen neben Klement Gottwald auch einige Mitglieder der aktuellen Parteiführung waren. Novotný, dessen Name in dem Bericht nicht erwähnt wurde (weil er späteren Aussagen von Kolder zufolge direkt darauf Einfluss nahm), nutzte dies, um die alte stalinistische Garde im Laufe des Jahres aus der Parteiführung zu entfernen und durch jüngere Politiker zu ersetzen. Dabei ging es Novotný nicht um die Entstalinisierung, sondern um eine Stärkung seiner persönlichen Macht, denn er erhoffte sich die Loyalität derer, die von ihm in die höchsten Parteiorgane gehievt wurden. Diese Rechnung Novotnýs ging allerdings nicht auf: Unter den neuen Präsidiumsmitgliedern des Jahres 1963 befand sich auch Alexander Dubček, der fünf Jahre später Novotnýs Sturz herbeiführte und als Parteichef der Führer der Reformer wurde.

Die Öffentlichkeit erfuhr von der Arbeit der Kolder-Kommission so gut wie nichts. Der Bericht wurde den Parteimitgliedern nur in einer stark gekürzten Form zugänglich gemacht. In der Presse wurde über die Aufhebung der Urteile und die rechtliche Rehabilitation der Verurteilten lediglich durch zwei

Artikel im Parteiorgan Rudé právo berichtet. Die personellen Veränderungen an der Parteispitze wurden meist nicht begründet. Wo dies doch der Fall war, wie beim Abtritt von Viliam Široký, einem der Organisatoren der Prozesse gegen die „slovakischen Nationalisten“ 1954, war undeutlich von „einigen Irrtümern in seiner politischen Aktivität in der Vergangenheit“ die Rede.

Intellektuelle ließen sich von der Verurteilung des „Persönlichkeitskults“ auf dem 12. Parteitag der KPČ im Dezember 1962 ermutigen, obwohl diese Abkehr der tschechoslowakischen Parteiführung eigentlich als Lippenbekenntnis zum neuen Kurs der sowjetischen Partei gedacht und mit Warnungen vor den „Rechten“ und dem Revisionismus ergänzt worden war. Bald mehrten sich die Stimmen, die nach einer umfassenden Aufklärung der Terrorherrschaft verlangten. Gleichzeitig wurden auch verbliebene Strukturen und ideologische Elemente des Stalinismus immer deutlicher kritisiert. Die Parteiführung versuchte dem zunächst entgegenzuwirken, ging aber zunehmend auf die Forderung nach Reformen ein, da immer unübersehbarer wurde, dass die Tschechoslowakei in eine tiefe wirtschaftliche und gesellschaftliche Krise schlitterte.

Die Wirtschaftskrise und Ota Šiks Reformprogramm

In den Jahren 1961 und 1962 kam das zuvor schnelle Wachstum der tschechoslowakischen Wirtschaft abrupt zu einem vollständigen Stillstand, und im folgenden Jahr fiel das Nationaleinkommen sogar. Der gerade erst beschlossene Fünfjahresplan für die Jahre 1961–1965 musste schon in seinem ersten Jahr außer Kraft gesetzt werden, weil keine der darin enthaltenen Vorgaben mehr erfüllt werden konnte. Die Parteifüh-

zung sah den Grund für diese Entwicklung anfangs in der vier Jahre zuvor begonnenen Dezentralisierung und wollte zum stalinistischen System der zentralen Planung zurückkehren. Eine öffentliche Diskussion über neue Formen des Wirtschaftens wurde nicht zugelassen. Unter dem Druck der wachsenden Probleme gelang es dem Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften an der Akademie der Wissenschaften, Ota Šik, aber, Novotný von der Notwendigkeit einer radikalen Wirtschaftsreform mit einer Einführung von Marktmechanismen zu überzeugen. Seine Bemühungen waren auch deshalb von Erfolg gekrönt, weil die Sowjetunion ab 1962 ebenfalls eine Wirtschaftsreform in Angriff nahm, in deren Verlauf sowjetische Wirtschaftswissenschaftler öffentlich von bisher verkündeten Theorien abrückten.

Ende 1963 wurde eine Kommission unter Šiks Leitung eingesetzt, die ein neues Wirtschaftsmodell ausarbeiten sollte, das in seinen Grundzügen bereits 1964 fertig war: Die einzelnen Betriebe sollten eigenständig werden und ihre Produktion am Markt ausrichten. Um das zu erreichen, sollten Preise und Löhne ebenfalls Marktmechanismen folgen und nicht mehr wie zuvor zentral festgelegt werden. Der Plan sollte nur noch volkswirtschaftliche Rahmendaten wie Wachstum und Investitionsumfang festlegen. 1965 wurde dieses Reformprogramm vom ZK der KPČ angenommen und auf dem 13. Parteitag im Juni 1966 wurde seine beschleunigte Einführung beschlossen.

Šiks Programm war im Parteipräsidium sehr umstritten, da es durch die Aufwertung des Marktes in den Augen orthodoxer Marxisten-Leninisten von wichtigen sozialistischen Prinzipien abwich. Zudem wollte Šik, dass die Partei auf Einmischungen in die Personalpolitik der Unternehmen verzichten sollte. Das verstieß gegen das Dogma, die Partei müsse in allen Bereichen von Staat und Gesellschaft die führende Kraft sein. Für Šik wurde an diesem Punkt auch deutlich, dass die Wirtschaftsreform von einer Reform des politischen Systems begleitet werden musste. Solche Pläne stießen auf den Widerstand von Partei-

und Gewerkschaftssekretären auf Fabrikebene, die um ihre persönliche Macht fürchteten, sowie von Betriebsleitern, die Zweifel hatten, ob sie den neuen Anforderungen gewachsen sein würden; in den Jahren nach 1948 waren viele Arbeiter und Parteifunktionäre auf Posten gekommen, für die sie keinerlei Qualifikation hatten. Gerade unter den Betriebsleitern gab es aber auch viel Zustimmung zu Šiks Vorstellung, die einzelnen Unternehmen von der Einflussnahme wirtschaftsfremder Faktoren zu befreien.

Die Notwendigkeit von Wirtschaftsreformen wurde in der Parteispitze von niemandem bestritten, sodass die Reformer viele ihrer Vorstellungen durchsetzen konnten. In einigen zentralen Fragen, wie beispielsweise bei der Liberalisierung der Preise, mussten sie aber so große Kompromisse eingehen, dass der Erfolg der ganzen Reform fraglich wurde. Zudem führten günstige Wirtschaftsdaten in den Jahren 1966 und 1967 dazu, dass die Umsetzung der Reformen weniger dringlich erschien, was zu ihrer Verschleppung führte. Die Argumente der Reformer um Šik, die auf die prinzipielle Schwäche des Wirtschaftssystems verwiesen, verloren an Gewicht, während die Position der Reformgegner, zu denen auch Novotný zählte, stärker wurde.

Die Wirtschaft war nicht das einzige Gebiet, auf dem die Parteiführung in den Sechzigerjahren Reformvorschläge erarbeiten ließ. 1964 gründete das ZK eine Rechtskommission, die Vorschläge dafür erarbeiten sollte, wie die „sozialistische Gesetzlichkeit“ gestärkt werden könnte. Ein Jahr später wurde vom ZK ein Institut für Politikwissenschaft ins Leben gerufen, aus dem 1966 eine interdisziplinäre Wissenschaftlergruppe unter der Leitung von Zdeněk Mlynář hervorging, die den Auftrag hatte, ein Konzept zur Entwicklung der Demokratie in einer sozialistischen Gesellschaft zu erarbeiten. Dennoch kann man kaum davon sprechen, dass sich die Tschechoslowakei vor 1968 auf Reformkurs befand. Der Bereitschaft der Staats- und Parteiführung um Antonín Novotný, über Veränderungen nachdenken zu lassen, stand ihre Furcht vor einem Verlust an Einfluss und

Macht gegenüber, sodass die meisten Reformprojekte theoretische Überlegungen blieben, die nur einem engen Kreis von Experten bekannt waren.

Am Alltag in der Tschechoslowakei änderte sich so gut wie nichts. Die große Bedeutung dieser Überlegungen besteht darin, dass sie in doppelter Hinsicht den Boden für die Reformen bereiteten, die 1968 begonnen wurden: Dubčeks neuer Kurs wäre ohne die in den Jahren zuvor geleistete inhaltliche Vorarbeit nicht möglich gewesen. Noch bedeutender ist vielleicht, dass sich durch die von der Parteispitze unterstützte Tätigkeit der Reformer das geistige Klima in der KPČ änderte. Führende Reformkommunisten wie Ota Šik und Zdeněk Mlynář konnten ihre Ideen durch unzählige Vorträge auf Parteiversammlungen und Schulungen verbreiten und schufen damit eine wichtige Voraussetzung dafür, dass 1968 auch die Mehrzahl der Funktionäre des in seinem Ursprung totalitären Parteiapparates die Forderungen nach mehr Demokratie und Freiheit unterstützte.

Die Schriftsteller im Konflikt mit der Macht

Die Grenzen der Reformwilligkeit der Parteispitze und die Widersprüchlichkeit ihrer Politik wurden besonders in ihrem Verhalten gegenüber den Schriftstellern deutlich, die sich in den Sechzigerjahren immer offener gegen die Einmischung der Partei in die inneren Angelegenheiten ihrer Verbände stellten und vollkommene Freiheit des Ausdrucks forderten. Auch wenn die tschechischen und slowakischen Schriftsteller die Auseinandersetzung vor allem in Fragen suchten, von denen sie direkt betroffen waren, ging es ihnen um die Gesellschaft als Ganze. So bezeichnete sich die Zeitschrift des slowakischen Schriftstellerverbandes, *Kultúrny život*, in Antwort auf Attacken des Zentralkomitees im Mai 1964 ausdrücklich als politische

Zeitschrift. *Kultúrny život* und ihre tschechische Schwesterzeitschrift *Literárni noviny* wurden in zunehmendem Maße zu den Foren einer sonst unterdrückten kritischen Öffentlichkeit. Den Schriftstellern wuchs auf diese Weise die Rolle von Sprechern der Nation zu – eine Rolle, die die tschechischen und slowakischen Schriftsteller auch zu Beginn der Nationalbewegungen im 19. Jahrhundert inne hatten. Ihre Presse wurde zum Gegenstand polemischer, häufig von drohenden Untertönen begleiteten Attacken der Parteipresse und führender Funktionäre. Natürlich blieb es nicht bei verbalen Angriffen: Alle kulturellen Zeitschriften hatten ständig mit der Zensur zu kämpfen, missliebige Redakteure mussten ausgewechselt werden. Widersetzte sich eine Redaktion dem, riskierte sie, dass ihre Zeitschrift eingestellt wurde, wie es bei *Tvář* der Fall war, der Zeitschrift einer Gruppe von jungen Autoren, zu denen auch Václav Havel gehörte.

Trotz solcher Maßnahmen gelang es den Herrschern in Prag nicht, die kritischen Stimmen zum Verstummen zu bringen, da die Entwicklung immer mehr an Eigendynamik gewann. Die Barrieren der Angst, die die Schriftsteller in den Fünfzigerjahren still halten ließen, waren durchbrochen und staatliche Zwangsmaßnahmen riefen nur weiteren Widerstand hervor. Zudem hatten die Anliegen der Schriftsteller auch in der Parteispitze Sympathisanten. Alexander Dubček stimmte zwar im Parteipräsidium mit der Mehrheit für Resolutionen, in denen von den Kulturschaffenden eine strenge Beachtung der Parteilinie gefordert wurde. Er unterstützte das im Herbst 1966 verabschiedete Pressegesetz, in dem die Zensur erstmals gesetzlich verankert wurde. Aber er ließ den Medien in der Slowakei, wo er als Erster Sekretär Einfluss hatte, trotz zahlreicher Proteste Novotnýs eine gewisse Freiheit. Dies hatte zur Folge, dass sich *Kultúrny život* auch im tschechischen Landesteil großer Beliebtheit erfreute.

Hinzu kam die Widersprüchlichkeit der von der Parteispitze gegenüber der Presse und den Schriftstellern verfolgten Po-

litik. So wurden die Schriftsteller in einer Resolution des 13. Parteitags der KPČ im Juni 1966 zur Durchsetzung der Parteilinie in der Literatur verpflichtet, aber gleichzeitig auch zum „demokratischen Austausch von Meinungen“ und zur Kritik an negativen Erscheinungen in der Gesellschaft aufgefordert. Um die Freiräume nicht zu gefährden, die die Parteiführung durch solche Formulierungen ließ, waren die Schriftsteller im Gegenzug zu Kompromissen bereit und vermieden bei allem Widerstand gegen die Zensur den offenen Konflikt. Sie gingen aber an die Grenzen des Möglichen und schoben sie so Stück für Stück weiter hinaus.

Tschechen und Slowaken

Der Druck gegen Novotný wuchs im Laufe der Sechzigerjahre in einem weiteren Konflikt, den er durch sein arrogantes und ungeschicktes Verhalten beständig anheizte. Die Slowaken fühlten sich als die kleinere und wirtschaftlich weniger entwickelte Nation schon im tschechoslowakischen Staat der Zwischenkriegszeit gegenüber den Tschechen benachteiligt. Unter den slowakischen Kommunisten war bei Kriegsende die Hoffnung weit verbreitet, eine sozialistische Tschechoslowakei werde eine gleichberechtigte Föderation beider Nationen werden – eine Hoffnung, die die Führer der slowakischen KP Anfang der Fünfzigerjahre als „bourgeoise Nationalisten“ ins Gefängnis brachte.

Es gab zwar eine Föderalisierung des Staates und der Kommunistischen Partei, aber sie war unvollständig und unterstrich damit die ungleiche Stellung der beiden Nationen: Die slowakische Nationalversammlung und die Kommunistische Partei der Slowakei (KPS) hatten keine tschechischen Entsprechungen. Hinter dieser als „asymmetrischer Föderalismus“ bezeichneten Konstruktion verbarg sich eine zutiefst zentralistische, auf

Prag ausgerichtete Politik, die ein Ausdruck des Misstrauens der kommunistischen Elite gegenüber der stark katholisch geprägten Slowakei war, in deren Bevölkerung die Kommunistische Partei nie einen so starken Rückhalt wie in Tschechien hatte. Da die Tschechen fast zwei Drittel der Gesamtbevölkerung stellten, die Slowaken dagegen nur ungefähr 30 Prozent (den Rest der Bevölkerung stellten nationale Minderheiten wie Ungarn und Ukrainer), hatten die den jeweiligen slowakischen Institutionen übergeordneten gesamtstaatlichen Institutionen de facto gleichzeitig auch die Funktion tschechischer Teilinstitutionen. Mit anderen Worten: In den Augen vieler Slowaken herrschten nur die Tschechen.

Durch die Verfassung von 1960 wurde der unterschwellig stets vorhandene slowakisch-tschechische Konflikt verschärft, da sie die ohnehin schon geringen Kompetenzen der slowakischen Staatsorgane weiter reduzierte. Auch der Ruf nach einer vollständigen Entstalinisierung war in der Slowakei wegen der Prozesse gegen die „bourgeois slowakischen Nationalisten“ in der ersten Hälfte der Fünfzigerjahre stark national geprägt. Ihr Ausbleiben führte zu großer Verbitterung. Eine auf Druck der KPS im April 1963 gebildete Parteikommission, in der ungefähr 50 Historiker sowie einige hochrangige Funktionäre aus beiden Landesteilen mehrere Monate lang die Geschichte dieser Prozesse untersuchten, kam zwar zu dem Schluss, dass die ganze Kampagne gegen die slowakischen Nationalisten ohne Grundlage war. Zur Beruhigung der Gemüter trug dies nicht bei, weil die Ergebnisse der Kommission nur unvollständig und mit mehrmonatiger Verzögerung veröffentlicht wurden. Hinzu kam, dass Novotný im Juni 1963 – also während die Kommission schon arbeitete – nochmals die Vorwürfe gegen die slowakischen Parteiführer bekräftigt und Kritik an den slowakisch-tschechischen Beziehungen zurückgewiesen hatte. Über seine offensichtliche Verstrickung in die fabrizierten Anklagen gegen die slowakischen Kommunisten konnte während seiner Herrschaft ebenso wenig gesprochen werden wie über Überlegungen zu einer Föderalisierung des Staates.

Der Staats- und Parteichef wurde für nationalbewusste Slowaken in den Jahren bis 1968 zu einer Hassfigur, da er sich bei öffentlichen Auftritten oft herablassend über die slowakische Kultur und Geschichte äußerte. Zu einem offenen Eklat es kam im August 1967, als Novotný zur 150-Jahrfeier der Kulturorganisation Matica slovenska nach St. Martin in die Slowakei kam. Aus Verärgerung über die Bitte, wichtige Schriften der slowakischen Nationalbewegung aus Prag nach St. Martin bringen zu lassen, weigerte er sich, die von den Gastgebern für ihn vorbereiteten Geschenke anzunehmen. Die beständige Brückierung des slowakischen Nationalstolzes führte dazu, dass selbst konservative slowakischen Kommunisten Novotný nicht mehr unterstützen wollten. Das war einer der Faktoren, die vier Monate später zu seinem Sturz führten.

Oberflächlich betrachtet, hat sich in der Tschechoslowakei zwischen 1960 und 1967 nicht viel verändert: Die politische Struktur war gleich geblieben, und die Partei hatte dramatische Kurswechsel vermieden. Aber das aus den Fünfzigerjahren stammende Kommandosystem war in diesen sieben Jahren in allen Bereichen der Gesellschaft einer beständigen Erosion ausgesetzt: Die Parteiführung bekannte sich rhetorisch zu Reformen und konservierte in Wirklichkeit stalinistische Strukturen. Schriftstellern und Journalisten gestand sie gewisse Freiheiten zu, um sie dann umso schmerzhafter und willkürlicher die Grenzen dieser Freiheiten spüren zu lassen. Der Unterschied zwischen Anspruch und Wirklichkeit wurde immer größer; während die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung jedes Interesse an der Politik verlor und sich private Nischen suchte, wuchs unter den Intellektuellen, liberalen Parteifunktionären und Wirtschaftsfachleuten die Unzufriedenheit. Novotnýs Macht stand in der zweiten Hälfte der Sechzigerjahre nur noch auf tönernen Füßen.

Novotnýs langsamer Sturz

Der Angriff der Schriftsteller

Am zweiten Tag des IV. Kongresses des Tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes im Juni 1967 ging der Journalist und Romanautor Ludvík Vaculík hart mit dem Herrschaftssystem in der Tschechoslowakei ins Gericht. Es habe zu einer völligen Demoralisierung der Menschen geführt: „Und jetzt bemerken wir, dass sich schon zwanzig Jahre am erfolgreichsten die Menschen durchsetzen, die die geringste Resistenz gegen alle demoralisierenden Einflüsse haben, die die Macht produziert. Wir bemerken ferner, dass Menschen mit einem zarten Gewissen nicht die Unterstützung der herrschenden Macht finden und sich auch nicht auf die Gesetze berufen können, die sie dem Buchstaben nach schützen sollten.“ Eindringlich begründete er die Notwendigkeit einer tief gehenden Veränderung: „Wenn dieser Zustand weiter anhalten sollte (und wenn dagegen nicht gleichzeitig die natürlichen Abwehrkräfte der Menschen arbeiten würden), würde sich in der künftigen Generation eigentlich von selbst der Charakter unserer Völker ändern. Anstelle einer resistenten Kulturgemeinschaft würde eine Art leicht beherrschbarer amorpher Bevölkerung entstehen, die zu beherrschen auch für Ausländer ein wahrer Genuss wäre.“ Vaculík zog eine vernichtende Bilanz der fast zwanzigjährigen Herrschaft der KPČ, deren Mitglied er zu dieser Zeit noch war: „Es darf nicht übersehen werden, dass in den zwanzig Jahren bei uns keine menschliche Frage gelöst wurde, von den Primärbedürfnissen wie Wohnungen, Schulen, Prosperität der Wirtschaft bis zu feineren Bedürfnissen, die undemokratische Weltsysteme nicht lösen können – wie das Gefühl der Vollgültigkeit in der Gesellschaft, die Unterordnung politischer Entscheidungen unter Kriterien der Ethik (...); ich habe das Empfinden, dass der Name unserer Republik seinen guten Klang verloren hat.“

Bei den im Saal versammelten Schriftstellern rief Vaculíks Rede einen Schock hervor, obwohl sie seine Ansichten mehrheitlich teilten. Er hatte alle Tabus gebrochen, die er und seine Kollegen bislang beachtet hatten, um die wenigen Freiräume ihres Verbandes und ihrer Presse nicht zu gefährden. Seit dem Februar 1948 war die KPČ in der Öffentlichkeit nicht mehr so deutlich kritisiert worden. Bei aller Kritik am herrschenden sozialistischen System wollte Vaculík es aber nicht abschaffen, sondern verbessern: „Zum Schluss möchte ich ausdrücklich erklären, (...) was sicher aus meiner ganzen Rede hervorgeht: mit meiner Kritik der Macht in diesem Staate will ich nicht den Sozialismus vor den Kopf stoßen, weil ich nicht überzeugt bin, dass eine solche Entwicklung bei uns notwendig war, und weil ich diese Macht nicht mit dem Begriff Sozialismus identifiziere, wie sich diese selbst damit identifizieren will.“

Der Auftritt von Ludvík Vaculík war der vorläufige Höhepunkt in einer Eskalation des beständig köchelnden Konfliktes zwischen Machthabern und Schriftstellern, die am Vortag mit der von Milan Kundera (in Deutschland mit dem Roman „Die unerträgliche Leichtigkeit des Seins“ bekannt geworden) gehaltenen Eröffnungsrede des Kongresses begonnen hatte. Kundera musste das Manuskript seiner Rede von der Ideologiekommission des ZK der KPČ genehmigen lassen, die es vollkommen überarbeitete. Er las diesen Text vor, fügte ihm aber eine eigene Rede an, in der er über die Notwendigkeit einer freien Literatur für die Existenz der tschechischen Nation und der slowakischen Nation sprach. Die Kulturpolitik des Staates verglich er mit einem Akt von Vandalismus. Nach Kundera stellte Pavel Kohout, der Anfang der Fünfzigerjahre ein glühender Stalinist gewesen war, einen Vergleich der Pressefreiheit in Westdeutschland und der ČSSR an, der eindeutig zugunsten des kapitalistischen Staates ausfiel. Zudem kritisierte er die Haltung der Tschechoslowakei im israelisch-arabischen Konflikt, in dem die Regierung der ČSSR wie die anderen sozialistischen Staaten auf der Seite der Araber stand. Die Außenpolitik des Staates war bis dahin eines der Themen, die in der sozialistischen Tschechoslowakei von jeder öffentlichen Kritik ausgenommen waren.

Wenig später kam es zum ersten Eklat: Als Kohout auf Wunsch der Mehrheit der Anwesenden den in der Sowjetunion unterdrückten offenen Brief Alexander Solschenizyns an den sowjetischen Schriftstellerkongress verlas, in dem Solschenizyn die Verstümmelung der russischen Literatur durch die Zensur beklagte, verließ der Ideologiesekretär des ZK der KPČ, Jiří Hendrych, zornentbrannt die Versammlung.

Schon im Vorfeld des Kongresses hatte es starke Spannungen zwischen den Kulturschaffenden und dem konservativen Parteiflügel gegeben, nachdem im Mai 1967 zwanzig Abgeordnete der Nationalversammlung das Verbot einiger Filme und eine Bestrafung der Mitwirkenden sowie derjenigen forderten, die die Dreherlaubnis gegeben hatten. Kurz vor der Zusammenkunft der Schriftsteller wurde zudem in Prag der Prozess gegen den Schriftsteller Jan Beneš eröffnet, der des Verstoßes gegen das Pressegesetz und der Verleumdung der ČSSR beschuldigt wurde. Nachdem die Schriftsteller mit ihren Reden in die Offensive gegangen waren und durch Tabubrüche der Auseinandersetzung um die Freiheit des Wortes in der Tschechoslowakei eine neue Qualität gegeben hatten, schlug die Partei zurück. Hendrych versuchte, den Schriftstellerverband mit massiven Eingriffen in dessen innere Angelegenheiten auf eine linientreue Position zurückzuzwingen. Eigenmächtig strich er am nächsten Tag elf reformorientierte Kandidaten von der Wahlliste für das Zentralkomitee der Organisation. Die Folge waren stürmische Proteste der Versammelten, in deren Verlauf der Vorsitzende des Verbands, Eduard Goldstücker, und eine Reihe weiterer prominenter Autoren ihre Kandidaturen aus Solidarität zurückzogen. Da Hendrych einsah, dass er unter diesen Bedingungen seinen Willen nur durch einen offenen Bruch der Statuten durchsetzen konnte, gab er in einigen Punkten nach. Wegen der Bedeutung der „sozialistischen Demokratie“ in der offiziellen Parteipropaganda musste wenigstens eine demokratische Fassade erhalten bleiben. Unter Androhung ernster Konsequenzen für den Schriftstellerverband konnte er aber verhindern, dass die KP-Mitglieder Kohout, Vaculík und

Antonin J. Liehm sowie der Nichtkommunist Václav Havel in sein Zentralkomitee gewählt wurden. Trotzdem wurde dieses Organ eindeutig von Kritikern der Parteilinie dominiert.

„Freiheit für wen?“ – Die Antwort der Mächtigen

Ein erstes Signal, dass die Parteiführung es dabei nicht belassen würde, war das harte Urteil gegen Jan Beneš, der im Juli zu fünf Jahren Haft verurteilt wurde. Den eigentlichen Genschlag führte die Parteispitze nach einer ZK-Sitzung Ende September. Dem Schriftstellerverband wurde die Zeitschrift Literární Noviny entzogen, die fortan mit einer vollkommen neuen Redaktion vom Kultur- und Informationsministerium herausgegeben wurde. Außerdem sollten die Schriftsteller durch wirtschaftlichen Druck zur Ruhe gebracht werden: Wie Literární Noviny wurde auch die Unterstützungskasse des Verbandes der Verwaltung des Kulturministeriums unterstellt; in Verlagen mit linientreuer Leitung wurden belletristische Abteilungen eingerichtet, die hohe Honorare und hohe Auflagen versprachen, während dem Verlag des Schriftstellerverbandes Abdruckrechte entzogen wurden. Neben diesen Maßnahmen, die die ganze Organisation kollektiv trafen, wurden diejenigen Parteimitglieder unter den Schriftstellern, deren Reden der Parteiführung besonders missfallen hatten, individuell zur Verantwortung gezogen: Ludvík Vaculík, Antonin J. Liehm und Ivan Klíma wurden aus der Partei ausgeschlossen, Pavel Kohout wurde verwarnet, gegen Milan Kundera wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet, Jan Procházka wurde seiner Funktion als Kandidat des ZK der KPČ enthoben.

„Es zeigt sich, dass ohne radikales Vorgehen gegen die Personen, welche die Parteidisziplin verletzt haben (...), die Wie-

derherstellung eines einmütigen einheitlichen Einsatzes der Kommunisten im Schriftstellerverband als unrealistisch anzusehen ist“, begründete Ideologiesekretär Jiří Hendrych diese Beschlüsse auf der ZK-Sitzung. Er machte deutlich, was er unter Freiheit verstand: „Unser Begriff der Freiheit ist nun allerdings nicht so weit zu fassen, dass wir Angriffe auf unsere Partei, auf unseren sozialistischen Staat, auf unsere Außenpolitik dulden würden.“ Drei Wochen später formulierte er es auf einem Journalistenkongress noch polemischer. Bis zum Ende des Kapitalismus seien Freiheit und Demokratie klassengebundene Begriffe: „Bis dahin werden wir uns fragen – Freiheit für wen? Demokratie für wen? Und wir werden der Agitation gegen die Grundprinzipien, auf denen unsere sozialistische Gesellschaft beruht, nicht freies Feld einräumen.“

Die Taktik der Parteiführung, die Schriftsteller durch Ausgrenzung und individuelle Bestrafung einzelner sowie durch finanzielle Anreize für Wohlverhalten zu spalten, ging nicht auf. Hendrych und Novotný erreichten durch ihre undifferenzierten Angriffe auf alle Schriftsteller und die offene Missachtung ihrer Rechte vielmehr, dass die Schriftsteller über alle Meinungsunterschiede hinweg enger zusammenrückten. Auch eher konservative Autoren waren nicht mehr bereit, die Parteilinie im Schriftstellerverband durchzusetzen. Literární Noviny verlor nach der Auswechslung der Redaktion fast alle freien Mitarbeiter, was zur Folge hatte, dass die Qualität und damit auch die Auflage des Blattes, die zuvor bei 130.000 Exemplaren lag, dramatisch sanken. Obwohl in der Presse nur die wenigen linientreuen Redebeiträge veröffentlicht wurden, die auf dem Treffen der Schriftsteller gehalten wurden, verbreitete sich der Inhalt der Reden Vaculíks, Kohouts, Kunderas und anderer unter tschechischen und slowakischen Intellektuellen schnell und trug zu einer wachsenden Unruhe unter ihnen bei.

Studentenproteste: „Mehr Licht!“

In dieser gereizten Stimmung kam es am Abend des 31. Oktober in Prag zu einer spontanen Demonstration von 1500 Studenten, nachdem in ihren Wohnheimen im Stadtteil Strahov wieder einmal der elektrische Strom ausgeblieben war. Wenn dort in den Abendstunden in allen Zimmern Licht brannte, waren die veralteten Leitungen in den Gebäuden oft überlastet, und die Studenten saßen plötzlich im Dunkeln. Nachdem sich zuvor trotz zahlreicher Eingaben an dieser seit zwei Jahren andauernden Situation nichts geändert hatte, marschierten die Studenten nun mit Kerzen in der Hand und der doppeldeutigen Forderung „Mehr Licht!“ in Richtung Innenstadt. Die Polizei stoppte den Zug unter Einsatz von Tränengas und verfolgte die Studenten, wild auf sie einprügelnd, bis in die Wohnheime. Mehr als vierzig Studenten wurden dabei verletzt, einige von ihnen schwer.

Eine Woche nach der Demonstration forderten die Studenten in einer Versammlung ultimativ die Identifizierung und Bestrafung besonders brutaler Polizisten, eine Diskussion des Vorfalls im Parlament und eine korrekte Berichterstattung in der Presse. Sollten diese Forderungen nicht erfüllt werden, werde es ab dem 20. November weitere Aktionen geben. Die offizielle Reaktion auf die Vorfälle war zwiespältig: Vom Parteikomitee und vom Rektor der Universität sowie der Presse wurden die Anliegen der Studenten als berechtigt bezeichnet, doch die Demonstration sei kein geeignetes Mittel des Protests gewesen. Andererseits wurde auch das Vorgehen der Sicherheitskräfte, obwohl es legal und notwendig gewesen sei, wegen seiner übertriebenen Härte verurteilt. Auf einer zweiten Versammlung der Studenten am 20. November standen ihnen Oldřych Starý, der Rektor der Karls-Universität, und Jaroslav Kládva, Dekan der Philosophischen Fakultät, beide Mitglieder des ZK, Rede und Antwort. Sie konnten die Studenten mit dem Verweis auf die bereits laufenden Untersuchungen unter dem als libe-

ral bekannten Erziehungsminister Jiří Hájek (der im April 1968 Außenminister wurde) von weiteren Demonstrationen abbringen, aber nicht beruhigen: Die Studenten begannen, sich in autonomen Akademischen Studentenräten zu organisieren.

Auch der Bericht der von Hájek geleiteten Kommission trug nicht dazu bei, das Vertrauen der Studierenden in Staat und Partei wieder herzustellen. Neben der Ankündigung, die Verantwortlichen für die Notsituation in den Wohnheimen zu bestrafen, und der Verurteilung der Härte des Polizeieinsatzes stand darin auch die Feststellung, dass die Demonstration nicht gerechtfertigt gewesen sei. Weder Studenten noch Polizisten sollten gerichtlich verfolgt werden, doch weitere Untersuchungen und disziplinarische Maßnahmen gegen Studenten wurden nicht ausgeschlossen. Die einzige Forderung der Studenten, die wirklich erfüllt wurde, war die nach besseren elektrischen Leitungen in den Wohnheimen. Doch das Ausbleiben von Repressionen zeigte, dass sich das Regime nicht mehr so sicher fühlte wie noch einige Monate zuvor – auch wenn für die Bevölkerung und die breite Masse der Parteimitglieder noch nichts darauf hindeutete, dass Novotnýs Tage an der Spitze von Staat und Partei gezählt waren.

Trennung von Staats- und Parteiämtern

Die schärfere Gangart im Umgang mit politischen Gegnern, die Novotný und seine Anhänger nach dem Kongress der Schriftsteller einschlugen, gefährdete auch die Vertreter liberaler Positionen im Zentralkomitee der Partei. Den ganzen Sommer und Herbst über machte Novotný bei verschiedenen Gelegenheiten deutlich, dass „die Partei ihre führende Rolle überall ausüben wird und die Maßnahmen ergreifen wird, die sie für angebracht hält, in jedem konkreten Fall“. Unter den gegebenen Umständen konnte das nur bedeuten, dass die

seit 1964 von Wissenschaftlern und aufgeschlossenen Parteifunktionären vorbereiteten und propagierten Reformen des wirtschaftlichen und des politischen Systems zu Ende gingen, bevor sie richtig begonnen hatten. Schon die Maßregelung der Schriftsteller stieß daher in der ZK-Sitzung Ende September auf unerwartet deutlichen Widerspruch, der aber nur von einer kleinen Minderheit kam. Alexander Dubček, Josef Smrkovský und andere, die drei Monate später an der Spitze der Reformbewegung standen, stimmten noch mit der konservativen Mehrheit. In der Slowakei, wo Dubček das Sagen hatte, wurde der ZK-Beschluss freilich nicht umgesetzt, und Kultúrny život konnte seine liberale Linie weiterführen, die sich von der der Literární noviny nur durch die Betonung slowakischer Interessen unterschied.

Bei der nächsten ZK-Sitzung, die zufällig am selben Tag wie die Studentendemonstration stattfand, sah sich Dubček dann gezwungen, die Initiative zu ergreifen, denn es gab Gerüchte, Novotný wolle ihn vom Posten des Ersten Sekretärs der KPS absetzen und durch einen konservativen Gefolgsmann ersetzen. Die Tagesordnung bot Dubček einen Anlass zu grundsätzlicher Kritik: Zur Debatte stand ein Entwurf des Parteipräsidiums mit dem umständlichen Titel „Auftrag und Aufgaben der Partei in der gegenwärtigen Etappe der Entwicklung unserer sozialistischen Gesellschaft“. Das Papier werde vielen Problemen der ČSSR nicht gerecht, beklagte Dubček, und forderte grundsätzliche Änderungen in der Parteiarbeit. Die Partei solle die Gesellschaft führen, nicht dirigieren; die Regierungsarbeit solle der Regierung überlassen werden. Damit vertrat Dubček Positionen, die von Novotný einige Tage zuvor als „nicht-leninistisch“ abqualifiziert worden waren – was in seiner Vorstellungswelt bedeutete, dass sie außerhalb der Diskussion waren. Dubček kritisierte weiter, dass überkommene ideologische Vorstellungen von der Partei als Vorhut der Arbeiterklasse die Anpassung an neue Bedingungen verhinderten. In dem Kampf zwischen Konservativen und Progressiven dürften neue Ideen nicht sofort unterdrückt werden. Die Beziehungen zwischen

Tschechen und Slowaken müssten auf eine neue Basis gestellt werden. Schließlich warf Dubček dem Ersten Sekretär der KPC und Staatspräsidenten der ČSSR Antonín Novotný den Fehdehandschuh hin: Man müsse einen eindeutigen Standpunkt zur Anhäufung von Funktionen in den höchsten Organen von Staat und Partei beziehen.

Novotný antwortete auf diese Herausforderung mit persönlichen Angriffen auf Dubček, dem er vorwarf, aus seinen Äußerungen sprächen die engen Interessen des kleinbürgerlichen slowakischen Nationalismus. Mit diesem Rückgriff auf die Sprache der dunklen Fünfzigerjahre brachte er auch konservative Slowaken wie Vasil Bil'ak gegen sich auf, der im August 1968 zu denen gehörte, die die sowjetische Armee um „Hilfe“ baten. Obwohl Dubček mit seiner Kritik an dem Entwurf des Präsidiums nicht allein stand, konnte Novotný am Ende der Sitzung dessen Annahme durchsetzen. Aber dieser Sieg war ein Pyrrhussieg. Der Bruch in der Parteispitze war offenbar geworden, und der bis dahin unantastbare Novotný war plötzlich gezwungen, sich zu verteidigen. Die auch unter Parteimitgliedern weit verbreitete Empörung über den harten Polizeieinsatz gegen die Studenten schwächte seine Position für den kommenden Entscheidungskampf.

Politik hinter verschlossenen Türen

Die Zeit bis zur nächsten Sitzung des Zentralkomitees der KPC im Dezember war von nervösen Aktivitäten hinter den Kulissen geprägt. Während Novotný zur Feier des 50. Jahrestags der Oktoberrevolution in die Sowjetunion flog und dort bei Breschnew Rückendeckung suchte, warben Dubček und andere Reformer in Prag bei den Mitgliedern des Zentralkomitees und des Parteipräsidiums für Novotnýs Sturz. Es begann ein schwer durchschaubares Intrigenspiel, in dem persönliche

Feindschaften und Sympathien im Parteipräsidium mindestens ebenso wichtig waren wie politische Vorstellungen. Die Gegner Novotnýs im zehnköpfigen Parteipräsidium wussten, dass sie Hendrych auf ihre Seite ziehen mussten, wenn sie bei einer Abstimmung eine Chance haben wollten – jenen Mann, der kurz zuvor noch im Auftrag Novotnýs der Scharfmacher gegen die Schriftsteller war. Gleichzeitig fürchteten einige von ihnen seine Ambitionen, Novotnýs Nachfolger zu werden, denn von Hendrych waren keine grundlegenden Reformen zu erwarten. In unzähligen vertraulichen Gesprächen, die aus Angst vor Überwachung oft unter konspirativen Bedingungen stattfanden, versuchten verschiedene Reformer, Auswege zu finden. Nach Novotnýs Rückkehr aus Moskau gab es im Parteipräsidium eine erste Abstimmung über die Forderung, er solle von seiner Funktion als Erster Sekretär zurücktreten, die aber mit einem Stimmenverhältnis von fünf zu fünf endete. Dieses Ergebnis verstärkte auf beiden Seiten die Nervosität. Von all dem drang natürlich nichts nach außen. Die letzten Wochen vor dem Beginn des „Prager Frühlings“, der Offenheit und Demokratie bringen sollte, waren eine hohe Zeit der Politik hinter verschlossenen Türen.

Nach dem Willen der sowjetischen Parteiführung sollte das auch so bleiben. Novotný hatte während seiner Reise in die Sowjetunion Breschnew in die Tschechoslowakei eingeladen, weil er sich von dessen Eingreifen in den im Gang befindlichen Machtkampf eine Stärkung seiner Position erhoffte. Am 8. Dezember kam der Generalsekretär der KPdSU nach Prag, doch nach Vieraugengesprächen mit allen Präsidiumsmitgliedern lehnte er eine offene Parteinahme ab. Breschnew hatte offensichtlich das Gefühl, dass Novotný nicht mehr zu halten war, und wollte vor allem vermeiden, dass die Uneinigkeit der Parteispitze in der Öffentlichkeit bekannt würde. Auf das Bild der vollkommenen Einigkeit aller kommunistischen Parteien in den Staaten des Warschauer Pakts sollte kein Schatten fallen. Das weitere Vorgehen bezüglich Dubčeks Vorschlag, Partei- und Staatsfunktionen zu trennen, sollte daher nach Breschnews

Vorstellung im engsten Kreis geregelt und im Zentralkomitee erst nach einer Einigung besprochen werden. Wie die Lösung des Problems dann genau aussehe, sei Sache der tschechoslowakischen Genossen, meinte Breschnew.

Breschnew war sich offensichtlich nicht darüber im klaren, dass es um mehr ging als um die persönliche Rivalität zwischen Parteifunktionären und dass die Entwicklung schon zu weit fortgeschritten war, um das Problem aufzuschieben oder klammheimlich aus der Welt zu schaffen. Die Mitglieder des Zentralkomitees und der ganze ZK-Apparat wussten genau, dass der sowjetische Parteichef nicht zu einem „Freundschaftsbesuch“ gekommen war, wie offiziell verbreitet wurde. Das Ausbleiben einer offenen Parteinarbeit für Novotný wurde von dessen Gegnern im ZK daher so verstanden, dass die Sowjetunion nichts gegen einen Sturz des Ersten Sekretärs einzuwenden habe. Zudem herrschte Verärgerung darüber, dass Novotný Breschnew im Namen des Zentralkomitees eingeladen hatte, ohne dessen Mitglieder zuvor darüber zu informieren. Der erneute Zusammenstoß der beiden Lager auf der nächsten ZK-Sitzung am 19. Dezember war deshalb unvermeidlich.

Novotnýs letztes Gefecht

Antonín Novotný entschuldigte sich in seiner Rede am Anfang der Sitzung für seine Äußerungen über die slowakischen Genossen, doch in der Sache war er zu keinen Konzessionen bereit. Er betonte die Notwendigkeit einer starken und disziplinierten Partei, die das Land kontrollieren könne. Die Reformen seien zwar beschlossen worden, dürften aber nicht überstürzt werden. In der Frage der Ämtertrennung spielte Novotný auf Zeit, indem er (im Übereinklang mit einem Vorschlag Breschnews) eine Verschiebung der Entscheidung um einige Monate vorschlug. Direkt nach Novotný sprach Ota Šik, der Novotný

mit seinem Eintreten für eine radikale Reform des wirtschaftlichen und politischen Systems so stark provoziert hatte, dass ihm im September 1967 vom Präsidium öffentliche Auftritte verboten worden waren. Šik stellte fest, dass in der Bevölkerung die Unzufriedenheit wachse und gleichzeitig das Interesse und die Aktivität der Parteimitglieder sinke. Dies liege an Mängeln, die schon längst erkannt und nur deshalb nicht beseitigt worden seien, weil einige Funktionäre Kritik unterdrückten und als Angriff auf den Sozialismus diffamierten. Er griff insbesondere „die immense Anhäufung von Macht in den Händen einiger Genossen, insbesondere von Genosse Novotný“ an und schloss mit der Forderung nach einem sofortigen Rücktritt Novotnýs vom Posten des Ersten Sekretärs und der Wahl eines Nachfolgers durch geheime Abstimmung. Außerdem solle das Parteipräsidium beauftragt werden, ein Aktionsprogramm zur Lösung der drängendsten Fragen auszuarbeiten, die sich angestaut hätten.

Es folgten lange und hitzige Diskussionen zwischen Gegnern und Anhängern Novotnýs. Als Novotný bemerkte, dass sich die Waagschale zu seinen Ungunsten zu neigen begann, erklärte er, dass er sich jeder Entscheidung des Zentralkomitees beugen würde, trat aber nicht zurück. Offensichtlich hatten weder er noch seine Anhänger den Kampf schon aufgegeben, denn sie versuchten, die Entscheidung hinauszuzögern. Von den endlosen Debatten ermüdet, stimmte am dritten Tag des Plenums, dem 21. Dezember, schließlich eine überwältigende Mehrheit dafür, eine Kommission zur Frage der Ämterhäufung einzusetzen und die Entscheidung in der nächsten Sitzung am 3. Januar 1968 zu treffen. Während die meisten Tschechen und Slowaken Weihnachten feierten, ohne etwas von den Veränderungen zu ahnen, die im nächsten Jahr auf sie zukommen würden, herrschte in der politischen Elite des Landes angespannte Nervosität, die von Gerüchten verstärkt wurde, die Armee wolle zugunsten Novotnýs intervenieren. Wie sich später herausstellte, spielten tatsächlich einige Generäle mit diesem Gedanken, aber ernsthafte Pläne für ein Eingreifen existierten nicht,

zumal die Initiatoren mit dieser Idee unter ihren Kollegen nicht auf große Gegenliebe stießen.

Als das ZK am 3. Januar 1968 wieder zusammentrat, knüpfte die Diskussion genau dort an, wo sie zwei Wochen zuvor stehen geblieben war: Novotnýs Anhänger wandten nichts gegen die Trennung von Staats- und Parteifunktion ein, wollten die Entscheidung darüber aber mit Rücksicht auf die gespannte politische Situation auf unbestimmte Zeit aufschieben, die Reformer dagegen forderten Novotnýs sofortigen Rücktritt als Parteichef. Die Stimmung begann sich endgültig gegen Novotný zu wenden, als sich Josef Smrkovský dieser Forderung anschloss: „Als der höchste Funktionär mit der größten Machtkonzentration trägt Novotný auch den größten Teil der Verantwortung für die gegenwärtige Situation.“ Smrkovský sprach in seiner langen und leidenschaftlichen Rede von der slowakischen Frage bis zu Demokratisierung der Partei alle Probleme an, die mit dem alten Ersten Sekretär kaum zu lösen sein würden. Es gehe bei der Durchführung der Reformen um „die Rehabilitierung der Ideen, denen die Mehrheit unter uns ihr Leben gewidmet hat“. Die Wirkung von Smrkovskýs Auftritt war auch in seiner Person begründet, die für alle Höhen und Tiefen in der Geschichte der KPČ stand: Er trat der Partei 1933 mit 23 Jahren bei, gehörte während der deutschen Besatzung zur Untergrundführung der KP, war im Mai 1945 Führer des Prager Aufstands und im Februar 1948 als stellvertretender Kommandant der Arbeitermilizen maßgeblich an der Machtergreifung beteiligt. Während der stalinistischen Terrorherrschaft wurde er 1951 zu lebenslanger Haft verurteilt. Vier Jahre später wurde er freigelassen, aber erst 1963 rehabilitiert. Danach kehrte er schrittweise in die politische Elite der Tschechoslowakei zurück und wurde Anfang 1967 Minister für Forstwirtschaft.

Nachdem Novotný sich endlich zum Rücktritt bereit erklärt hatte, wurde um seinen Nachfolger ebenso zäh gerungen. Novotný selbst nannte die Namen derer, die ihn bis zuletzt unterstützt hatten und damit für die Reformer unannehmbar waren, wäh-

rend er wiederum nicht bereit war, Smrkovský, Šik oder Černík zu akzeptieren. Die Wahl Dubčeks war eine Notlösung in einer Situation, in der keine der Konfliktparteien ausreichend Macht hatte sich durchzusetzen. Die Konservativen konnten mit Dubček als neuem Erstem Sekretär leben, da er als slowakischer Parteichef immer loyal zu der aus Prag vorgegebenen Linie geblieben und sich nicht durch Engagement für Reformvorschläge profiliert hatte, während er für die Reformer wegen des von ihm zu verantwortenden liberalen Klimas in der Slowakei und wegen seines Auftretens im Oktober-Plenum des ZK die Gewähr bot, dass sie bei ihm nicht auf taube Ohren stoßen würden.

Der Wechsel an der Führungsspitze war noch keine Garantie dafür, dass tatsächlich mit ernsthaften Reformen begonnen würde, denn die Auseinandersetzungen im Zentralkomitee, die Novotnýs Sturz vorausgegangen waren, waren nur vordergründig ein Konflikt zwischen Konservativen und Reformern. Unter Novotný war das ZK nicht der Ort, an dem wirklich Entscheidungen fielen; es stimmte in der Regel den vom Parteipräsidium vorgelegten Beschlüssen und Resolutionen ohne Widerspruch zu. Seine Mitglieder waren Vertreter des Systems, die ihren Aufstieg in der Mehrzahl der unbedingten Loyalität zur Parteilinie und der Fähigkeit verdankten, deren Änderung rechtzeitig zu erkennen. Seit der Oktober-Sitzung gab es aber keine eindeutig erkennbare Parteilinie mehr, weil offensichtlich wurde, dass das Parteipräsidium gespalten und damit beschlussunfähig war. So wurde das Zentralkomitee zum eigentlichen Machtzentrum, ohne dass dessen Mitglieder darauf vorbereitet waren. Wie das Kräfteverhältnis zwischen Novotnýs Anhängern und Gegnern im Zentralkomitee aussah, blieb lange Zeit unklar – der Ausgang des Machtkampfs war bis zum Schluss offen. Die Reformer waren eine kleine Minderheit, der es in dieser ungewohnten Situation gelang, die Mehrheit für eine Personalentscheidung auf ihre Seite zu ziehen. Dass der Sturz Novotnýs nicht unbedingt ein Votum für eine Reformpolitik war, zeigt der Seitenwechsel des Chefideologen Jiří Hendrych.

Es hing also viel davon ab, auf welcher Seite Dubček stand, der gewählt worden war, weil er zu diesem Zeitpunkt noch keiner Seite eindeutig zuzurechnen war. Der Mann, der nur wenige Wochen nach seiner Wahl zum Symbol eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ wurde, galt zu Beginn des Jahres 1968 auch vielen seiner Kollegen aus der Parteiführung als farbloser, unentschlossener Funktionär. Die zögerlichen ersten Schritte nach seiner Wahl schienen diese Einschätzung zu bestätigen, doch sie waren wohl eher Ausdruck einer tiefen Abneigung gegen autoritäres Handeln. Dubček setzte auf die Kraft der Überzeugung statt auf Zwang und war bereit, andere Meinungen gelten zu lassen – zwei Charakterzüge, die ihn von der Masse der Parteifunktionäre deutlich unterschieden und zusammen mit seinem bescheidenen Auftreten und seiner unbestreitbaren persönlichen Integrität die wichtigsten Ursachen seiner großen Popularität waren. Hinzu kam, dass ihm anzumerken war, dass er an den Kommunismus glaubte: Ihm ging es nicht um persönliche Macht, sondern um die Verwirklichung der Ideale, in deren Zeichen sein ganzes Leben stand.

Dubčeks Eltern wanderten 1924, als er drei Jahre alt war, mit einer Gruppe slowakischer Kommunisten in die Sowjetunion aus, um beim Aufbau des ersten Arbeiterstaates mitzuwirken. Nach der Rückkehr der Familie in die von der deutschen Aggression bedrohte Tschechoslowakei 1938 arbeitete Alexander Dubček als Maschinenschlosser in den Škoda-Werken, wo er seit 1939 einer kommunistischen Untergrundzelle angehörte. Während des slowakischen Aufstands 1944 wurde er mehrfach verwundet. In den Nachkriegsjahren begann Dubčeks allmählicher Aufstieg im Parteiapparat, der ihn in den Jahren 1955 bis 1958 zu einem Studium an der Parteihochschule in Moskau delegierte, wo er die Anfänge der Entstalinisierung und die ersten Reformversuche Chruschtschows miterlebte. Diese Erfahrungen waren für seinen weiteren Weg ebenso prägend wie die Erinnerung an die beklemmende Atmosphäre, die in der Sowjetunion in den Jahren 1936 bis 1938 auch unter überzeugten Kommunisten und Bewunderern Stalins herrschte.

Dubček wollte die Führungsrolle der Partei auf keinen Fall mit Gewalt durchsetzen, wie es die Politik der KPČ seit 1948 war. Er wollte, dass die Menschen der Kommunistischen Partei vertrauten und ihr freiwillig folgten. Es war der Wille, das Vertrauen der Tschechen und Slowaken zurückzugewinnen, der ihn als Ersten Sekretär schnell Partei für die Reformer ergreifen ließ. Der feste Glaube an die kommunistischen Ideale markierte allerdings auch die Grenze seiner Reformbereitschaft: Dubček wollte das bestehende System verändern, um es zu erhalten – wie die Schriftsteller, die mit ihren mutigen Auftritten im Juni 1967 das Ende von Novotnýs Herrschaft einleiteten.

Januar bis August 1968: Die Reformer an der Macht

Erste Anzeichen einer Veränderung

Die offizielle Verlautbarung über das Januar-Plenum des Zentralkomitees unterschied sich in ihrer von hölzernen Phrasen geprägten Sprache nicht von früheren Verlautbarungen dieses Organs. Für den uneingeweihten Beobachter war nicht erkennbar, dass mit der Auswechslung des Führungspersonals der KPČ auch eine grundlegende Veränderung in ihrer Politik einhergehen sollte. Es wurde zwar mitgeteilt, dass auf „die bestehenden Mängel in den Methoden und im Stil der Arbeit der innerparteilichen Leitung sowie bei der Anwendung des Prinzips des demokratischen Zentralismus“ hingewiesen worden sei, doch die Meinungsverschiedenheiten im ZK wurden verschwiegen. Novotný sei zur Stärkung des Präsidentenamts „als Symbol der Macht der Arbeiter und des Sozialismus in unserem Staat“ auf eigenen Wunsch von der Funktion des Ersten Sekretärs der KPČ entbunden worden. Ihm wurde Anerkennung für seine hingebungsvolle Arbeit und seine Erfolge ausgesprochen, während es über den außerhalb der Slowakei fast unbekannteren Dubček hieß: „In seiner Person werden die Kontinuität der Parteiführung aufrechterhalten und die Wertschätzung der in langen Jahren der Parteiarbeit erworbenen Erfahrungen zum Ausdruck gebracht.“

Intellektuelle, die sich von einer Ablösung Novotnýs viel versprochen hatten, waren enttäuscht. Die Mehrheit der Bevölkerung nahm die Nachricht ohne Emotionen zur Kenntnis, weil sie ihr keine größere Bedeutung beimaß. Auch in den folgenden Wochen veränderte sich wenig. Der Wechsel an der Parteitipitze wurde von Partei-, Regierungs- und Gewerkschaftsfunktionären in Stellungnahmen begrüßt, die in der formelhaften Bekräftigung der auf dem 13. Parteitag der KPČ 1966 beschlos-

senen Reformen an die in kommunistischen Regimes üblichen Ergebnissadressen erinnerten. Novotný blieb nicht nur Staatspräsident, sondern auch Vollmitglied des Parteipräsidiums, seine Leute hatten noch in allen Institutionen und Organisationen das Sagen, und die bisherige Regierung amtierte unverändert weiter.

Einige Signale deuteten aber doch darauf hin, dass nicht alles beim Alten bleiben würde. Aufmerksame Beobachter stellten fest, dass in den Kommentaren führender Politiker trotz der einmütigen positiven Bewertung der Ereignisse Anfang Januar (bald nur noch als „der Januar“ bezeichnet) verschiedene Akzente gesetzt wurden, die eine unterschiedlich starke Unterstützung für die Reformen ahnen ließen. In der an eindeutige Anweisungen von oben gewohnten Partebasis rief das eine gewisse Unsicherheit über den weiteren Kurs hervor. Zu dieser Unsicherheit trug auch bei, dass sich Dubček in den ersten Wochen nach seiner Wahl öffentlich nicht zu seinen politischen Plänen und Zielen äußerte.

Ein erstes Anzeichen dafür, dass die kommenden Reformen über das vom 13. Parteitag beschlossene Maß hinausgehen sollten, war ein Artikel von Josef Smrkovský, der am 21. Januar 1968 in der Gewerkschaftszeitung *Práce* erschien. „Um richtig handeln zu können, müssen wir vorerst unsere ganze Denkweise in Ordnung bringen“, heißt es darin. Dazu sei es nötig, die Beziehungen zwischen dem Bürger und dem Staat, zwischen Tschechen und Slowaken, zwischen Arbeiterklasse und Intelligenz neu zu regeln: „Ohne alle diese Schichten der Nation, ohne deren aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Geschehen, ohne Respektierung ihrer parteilichen und verfassungsmäßigen Rechte kann keine Rede davon sein, dass wir bereits in das Zeitalter der technisch-wissenschaftlichen Revolution und des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft eingetreten wären.“ Dieser Satz beinhaltet das Eingeständnis, dass in der Verfassung von 1960 der Triumph des Sozialismus etwas voreilig verkündet worden war. Zudem wird der Abstand zwi-

schen der stalinistischen Denkweise der Fünfzigerjahre und dem Denken der Reformkommunisten deutlich: Der Weg zum Sozialismus führt nun nicht mehr über den verschärften Klassenkampf und die Vernichtung von Feinden, sondern über die Zusammenarbeit und Einbeziehung aller Volksschichten. Als den Kern aller anstehenden Probleme bezeichnete Smrkovský die Demokratisierung von Partei und Staat. Er kündigte an, die Partei werde zur Bewältigung der anstehenden Probleme ein Aktionsprogramm erarbeiten, das die Bedürfnisse und Interessen der einzelnen Bevölkerungsgruppen berücksichtige.

Das Ende der Zensur

Als eine vom Parteipräsidium eingesetzte Kommission Anfang Februar mit der Arbeit an diesem Programm begann, zeichnete sich schon eine Entwicklung ab, die bis zur Invasion Ende August zu einem der wichtigsten Merkmale des politischen Lebens in der ČSSR wurde: Die von einer Lockerung der Zensur ermutigte Presse griff immer häufiger brisante Themen auf und machte die öffentliche Meinung zu einem Machtfaktor. Zuerst loteten die Journalisten noch vorsichtig aus, wie weit sie gehen konnten. Ende Februar trugen dann zwei grundverschiedene Ereignisse dazu bei, dass mit einem Schlag alle Dämme brachen. Unter dem Namen Literární Listy durfte ab dem 29. Februar die Zeitschrift des Schriftstellerverbandes wieder erscheinen, deren Redaktion ankündigte, dort anzuknüpfen, wo die sie mit den Literární Noviny im September 1967 aufhören musste. Diese Nachricht hatte Symbolwirkung: Wenn die Schriftsteller wieder ungehindert publizieren durften, bedeutete das, dass die Zensur aufgehört hatte, ihres Amtes zu walten.

Das andere Ereignis war ein Skandal, der die Führungsclique um Novotný in höchstem Maße kompromittierte. Am 25. Februar

floh der General Jan Šejna ins Ausland, um seiner Verhaftung wegen Unterschlagung von Armeeeigentum zu entgehen. In der Presse wurde nach und nach über zahlreiche Merkwürdigkeiten des Falles berichtet: Šejnas Versuche, zwischen den ZK-Sitzungen im Dezember und im Januar die Armee zu Novotnýs Unterstützung zu mobilisieren, seine fehlende militärische Ausbildung und die Umstände seiner Beförderung zum General im November 1967, seine kriminelle Vergangenheit, seine Verbindungen zu Novotnýs Sohn, dem er aus Material der Armee und unter Einsatz von Soldaten eine Villa bauen ließ. Die Folge dieser Berichte war etwas, was nur wenige Wochen zuvor noch vollkommen unvorstellbar war: die öffentlich vorgetragene Forderung nach dem Rücktritt des Präsidenten, die von vielen Basisorganisationen der Partei in Resolutionen erhoben wurde. Die Šejna-Affäre war nur der Anlass: Novotný wurden vor allem seine Verstrickung in die Prozesse der Fünfzigerjahre und seine Schuld an der wirtschaftlichen Misere vorgeworfen.

In dem Freiraum, der durch das Fehlen einer offiziellen Stellungnahme zur neuen Politik entstanden war, begannen die Massenmedien, selbst die Richtung vorzugeben. Die schnell steigenden Auflagen der Zeitungen, in denen Propaganda durch Nachrichten und eigenständige Kommentare abgelöst wurde, waren Ausdruck eines plötzlich erwachenden und rasant zunehmenden Interesses der Menschen an der Politik. In den Basisorganisationen der KP, in den Blockparteien und den gesellschaftlichen Organisationen begann ein spontaner, von unten initiiertes Erneuerungsprozess, neue, nichtkommunistische Organisationen wurden gegründet (siehe dazu auch das folgende Kapitel).

Parallel zu der schnell wachsenden Bewegung im Volk wurden auch im Auftreten der Parteispitze deutliche Veränderungen spürbar. In seiner Rede auf der Feier zum 20. Jahrestag der kommunistischen Machtergreifung kündigte Dubček am 22. Februar vor den versammelten Parteichefs des Warschauer Paktes erstmals einer breiten Öffentlichkeit eine Reformpolitik

an, drückte sich aber noch sehr zurückhaltend und vorsichtig aus. Wie Dubček in seinen Erinnerungen berichtet, war der Grund dafür, dass Breschnew das Manuskript im Voraus sehen wollte. Der Generalsekretär der KPdSU strich und veränderte in der Rede des frisch gewählten Ersten Sekretärs einer „Bruderpartei“ zahlreiche Passagen, die ihm missfielen. Da die Veränderungen den Sinn nicht entstellten, sondern nur abschwächten, schreibt Dubček in seiner Autobiografie weiter, sei er darauf eingegangen, um nicht schon zu diesem frühen Zeitpunkt mit dem sowjetischen Parteichef in Konflikt zu geraten.

Am 4. März wurde dann offiziell, was sich in den Wochen zuvor schon angekündigt hatte: Das Parteipräsidium beschloss, keine Zensur mehr durchführen zu lassen, und beauftragte den Kultur- und Informationsminister, in Zusammenarbeit mit dem Journalistenverband das Pressegesetz zu überarbeiten. Gleichzeitig mit dem Ende der Zensur musste Jiří Hendrych von seinem Posten zurücktreten, der als Ideologiesekretär des ZK in den Jahren zuvor als Oberzensor fungiert hatte und in den Augen vieler Journalisten und Schriftsteller die Repressivität der Novotný-Ära verkörperte. Der Beschluss über die Aufhebung der Zensur wäre ohne diesen Schritt nicht glaubwürdig gewesen, doch er zeigt auch, dass die Reformer den Druck von unten förderten und nutzten, um den immer noch anhaltenden Machtkampf mit den Konservativen für sich zu entscheiden, denn die Kritik der Presse richtete sich in dieser Phase ausschließlich gegen die abtretenden Konservativen und ihre Hinterlassenschaft.

Ein neues Interesse an der Politik

Gleiches galt für die Aktivitäten der Parteibasis, die inzwischen aus ihrer Apathie erwacht war. In der ersten Märzhälfte wurden Kreis- und Stadtbezirkskonferenzen abgehalten, auf denen die

reformorientierten Kräfte zumeist ein deutliches Übergewicht hatten. In einer Stellungnahme des Präsidiums zum Ergebnis dieser Konferenzen hieß es über die von Konservativen geäußerten Befürchtungen, die offene, unkontrollierte Kritik könne sich gegen den Sozialismus richten: „Diese Befürchtungen sind die Frucht des Verharrens in alten Gewohnheiten, der bisherigen Art des Denkens und der Gesellschaftspraxis, der mangelnden Informiertheit und der Reaktion auf die Entgleisungen, zu denen es ebenfalls gekommen ist.“ Vor diesen „Entgleisungen“ wurde im Folgenden ausdrücklich gewarnt, da sie in die Zeit vor dem Januar zurückführen könnten. Obwohl es sich dabei nur um Randerscheinungen handelte, stellte jede zu radikal geäußerte Kritik an den bestehenden Verhältnissen für die Reforme ein großes Problem dar. Ihnen war bewusst, dass die Entwicklung in der ČSSR von den sozialistischen Verbündeten seit Ende Februar sehr skeptisch beobachtet wurde und dass sie daher den Eindruck gar nicht erst aufkommen lassen durften, die Partei habe die Lage nicht mehr voll unter Kontrolle. Andererseits konnten die tschechoslowakischen Reformkommunisten niemanden nach früherem Muster zum Schweigen bringen, wenn sie ihre gerade neu gewonnene Glaubwürdigkeit bei der Bevölkerung nicht aufs Spiel setzen wollten – davon abgesehen, dass wenigstens einige von ihnen ehrlich für das Recht auf freie Meinungsäußerung eintraten.

Aus diesen Gründen war das Verhältnis der Parteispitze zu den Initiativen aus der Bevölkerung immer von einer gewissen Doppeldeutigkeit geprägt, die auch in dem zitierten Dokument schon zum Ausdruck kam: „Das Präsidium des ZK der KP begrüßt das politische Engagement und die Initiative, die aus den Reihen der Jugend und der Studenten hervorgeht, und rechnet mit ihrem Verständnis für die Kompliziertheit des eingeschlagenen Weges (...).“ Einerseits ermutigten die Reforme also die Bevölkerung, ihre demokratischen Rechte zu nutzen, andererseits appellierten sie an den gleichen Adressaten, diese Rechte mit Rücksicht auf die äußeren Bedingungen nicht voll auszukosten. Im Laufe des Sommers stellte sich dieses Problem

mit zunehmender Schärfe, da zum einen aus Moskau, Ost-Berlin und Warschau in immer schärferen und drohenderen Worten verlangt wurde, hart gegen „antisozialistische Kräfte“ durchzugreifen, und da zum anderen in der Tschechoslowakei immer mehr Gruppierungen auftraten, deren Ziele nicht mit denen der KPČ-Führung übereinstimmten.

Vieles von dem, was die Reformer im ZK bei öffentlichen Auftritten im März 1968 sagten, unterschied sich in Wortwahl und Unverbindlichkeit kaum von den Reden und Diskussionsbeiträgen aus der Zeit vor dem Januar, die in der Bevölkerung nur auf apathische Ablehnung stießen. Das politische Leben unter Novotný war für alle außerhalb des engsten Machtzirkels eine Aufeinanderfolge toter Rituale und sinnentleerer Bekenntnisse zum Sozialismus. Diskussionen waren eine Farce, da von vornherein feststand, wer reden durfte und was gesagt werden durfte. Wenn die Worte der Politiker nun plötzlich auf großes Interesse stießen, so lag das mit Sicherheit daran, dass sie auch Dinge sagten, die noch kurz zuvor niemand von einem Parteifunktionär erwartet hätte. Doch der wichtigste Grund war, dass sie sich anders als ihre Vorgänger verhielten und sich der ungefilterten und unvorhersehbaren Meinungsäußerung der Bürger stellten. In einer Rede, die er Mitte März in Brünn hielt, hob Dubček hervor, dass nun alle mitreden durften: „Zum Prozess der Demokratisierung gehört auch, dass Nichtparteimitglieder offen über unsere Arbeit urteilen. Wir glauben nicht daran, dass sie unsere Arbeit in der Vergangenheit nicht beurteilt haben, nur weil sie es nicht offen taten.“ Das war eine Umkehrung dessen, was bis dahin galt. Prominente Reformer aus Partei und Regierung und bekannte kommunistische Intellektuelle stellten sich im Laufe des März in Hunderten von Veranstaltungen kritischen und oft provozierenden Fragen zur Politik der Partei.

Den Anfang machte ein vom kommunistischen Jugendverband in Prag organisiertes Diskussionsforum vor einem ungefähr zweitausendköpfigen Publikum Mitte des Monats. Der

Schriftsteller Pavel Kohout, der in dieser Veranstaltung neben Josef Smrkovský und anderen auf dem Podium saß, schildert in seinem Dokumentarroman „Aus dem Tagebuch eines Konterrevolutionärs“ eindringlich die stark angespannte, von Misstrauen geprägte Atmosphäre am Beginn der Veranstaltung. Dieses Misstrauen galt allen Kommunisten – auch solchen Kommunisten wie ihm und seinem Kollegen Jan Prochazka, die in Opposition zu Novotný standen. Die Spannung löste sich aufgrund der unerwartet offenen und selbstkritischen Antworten, die vom Podium auch auf polemische Fragen gegeben wurden. Eine ähnliche Veranstaltung fand eine Woche später, am 20. März, vor 15000 Menschen im Prager Kongress-Palast statt und wurde sieben Stunden lang, bis halb drei Uhr morgens, im Radio übertragen. Auch Dubček verweigerte sich dieser Art von Dialog mit der Bevölkerung nicht: Ende des Monats stellte er sich spontan den Fragen einer Ansammlung von Jugendlichen, die sich vor dem ZK-Gebäude versammelt und nach ihm verlangt hatten.

Zu diesem Zeitpunkt war noch keines der Reformvorhaben eingeleitet – der Öffentlichkeit war noch nicht einmal bekannt, wie sich die neue Führung die Veränderungen im politischen und wirtschaftlichen System der ČSSR genau vorstellte. Aber durch ihr unkonventionelles Auftreten hatten ihre Mitglieder die Grundlage dafür geschaffen, dass die Mehrheit der Tschechen und Slowaken ihnen in den folgenden Monaten in zunehmendem Maße vertraute.

Der alte Staatspräsident muss gehen

Zum Vertrauen in die neue Situation trug der Eindruck bei, dass Druck von unten Folgen haben kann: Am 22. März erklärte der stellvertretende Ministerpräsident Oldřich Černík, das Präsidium des ZK habe Novotný empfohlen, vom Amt des Staats-

präsidenten zurückzutreten. Noch am gleichen Tag folgte Novotný dieser „Empfehlung“, weil er hoffe, damit „der weiteren Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft, der weiteren Festigung unseres sozialistischen Landes dienen zu können“, wie es in seiner Begründung heißt. Als Kandidaten für Novotnýs Nachfolge wurden von verschiedenen Organisationen zunächst Josef Smrkovský, Eduard Goldstücker, der Vorsitzende des Schriftstellerverbands, und Čestmír Císař ins Gespräch gebracht. Císař war Mitte der Sechzigerjahre zuerst für kurze Zeit Parteisekretär für Ideologie und anschließend Bildungsminister und profilierte sich dabei als Liberaler. Die Teilnahme seiner Tochter an einer „parteifeindlichen Demonstration“ im Mai 1965 diente als Vorwand, um ihn auf den politisch bedeutungslosen Posten des tschechoslowakischen Botschafters in Rumänien abzuschieben, von wo er erst im Frühjahr 1968 zurückkehrte. Wegen dieser Vorgeschichte war er unter Studenten populär, die zur Unterstützung seiner Kandidatur eine Demonstration mit der witzigen Losung „Císař auf die Burg“ veranstalteten; Císař bedeutet Kaiser, und die Prager Burg ist der Sitz des Präsidenten.

Trotz der spontanen Nominierung populärer Politiker benannte das Parteipräsidium schließlich mit dem General Ludvík Svoboda einen eigenen Kandidaten, der am 30. März von der Nationalversammlung fast einstimmig gewählt wurde, nachdem Smrkovský und Císař ihre Kandidaturen zu seinen Gunsten zurückgezogen hatten. Die Entscheidung über das Staatsoberhaupt folgte damit alten Mustern: Das Parteipräsidium entschied, das Zentralkomitee und das Parlament stimmten ohne lange Diskussionen zu. Dubček gab aber Gründe dafür an, warum er die Kandidaturen Smrkovskýs und Císařs ablehnte. Smrkovský sollte zum Vorsitzenden der bislang unbedeutenden und passiven Nationalversammlung werden, die zu einer echten Legislative aufgewertet werden sollte, und Císař benötige er in der Partei.

Einen weiteren Grund dafür, dass die Wahl auf den als unpolitisch geltenden General fiel, nannte Dubček in der Öffentlich-

keit nicht. Am Tag nach Novotnýs Sturz fand in Dresden ein Treffen der Parteiführungen und Regierungen der Sowjetunion, Bulgariens, Ungarns, Polens, der DDR und der ČSSR statt, auf dem die Entwicklung in der Tschechoslowakei von den anderen fünf scharf kritisiert wurde (Näheres dazu im übernächsten Kapitel). In der offiziellen Mitteilung dazu hieß es, die sechs Arbeiterparteien hätten „in einer freundschaftlichen Atmosphäre“ Fragen der europäischen Sicherheit besprochen. Der wahre Inhalt des Treffens wurde von allen Seiten geheim gehalten. Mit der Wahl Svobodas wollte die Reformführung in Prag vermutlich die Bedenken der anderen sozialistischen Staaten zerstreuen, die ČSSR könne ihre außenpolitische Orientierung ändern. Der 72 Jahre alte Svoboda stand in der Sowjetunion in hohem Ansehen, da er im Zweiten Weltkriegs der Befehlshaber der tschechischen Verbände war, die an der Seite der Roten Armee gegen Deutschland kämpften. Für seine Verdienste in diesem Kampf wurde ihm 1965 der Titel „Held der Sowjetunion“ verliehen. Unmittelbar nach dem Krieg wurde er Verteidigungsminister der Tschechoslowakei und sorgte im Februar 1948 dafür, dass die Armee nicht gegen die Machtergreifung durch die KPČ einschritt, deren Mitglied er erst danach wurde. Während der „Säuberungen“ zu Beginn der Fünfzigerjahre verlor Svoboda alle Ämter und wurde zum Buchhalter einer landwirtschaftlichen Genossenschaft degradiert, gehörte aber 1955 zu den wenigen, die rehabilitiert wurden und wieder ein hohes Amt erhielten.

Nach der Absetzung Novotnýs kam es in schneller Folge zu weiteren personellen Veränderungen, sodass von Mitte April an die meisten wichtigen Positionen in Staatsorganen und gesellschaftlichen Organisationen mit Reformern besetzt waren. Als erstes wurden am vierten April das Parteipräsidium und das Parteisekretariat umgebildet, in denen nur drei Mitglieder aus der Zeit vor dem Januar übrigblieben – Alexander Dubček, Oldřich Černík und Drahomír Kolder. Die Reformer hatten im Präsidium nun eine stärkere Position, aber ihre Mehrheit war nicht sicher, da in der Partei erst langsam ein Prozess begann,

in dessen Verlauf sich klar erkennbare Strömungen bildeten. Der weitere Verlauf der Ereignisse zeigte, dass nur fünf der elf Mitglieder des Präsidiums für echte Reformen eintraten, wobei Dubček und Černík meist vermittelnde Positionen einnahmen. Sie wurden oft auch als Zentristen bezeichnet, um sie von radikaleren Reformern wie Josef Smrkovský, Josef Špaček oder František Kriegel abzugrenzen. Die Machtverhältnisse im Parteipräsidium waren eine starke Bremse für die Reformen. Trotz der zum Teil erfolgreichen Bemühungen, die Bedeutung von Regierung und Parlament zu stärken, blieb bis zum Ende des „Prager Frühlings“ das Parteipräsidium die Schaltstelle der Macht.

Zwei Tage nach der Parteispitze wurde auch die Regierung umgebildet. Neuer Ministerpräsident wurde der bisherige stellvertretende Ministerpräsident Černík. Anders als im Parteipräsidium hatten die Reformer hier ein deutliches Übergewicht, aber einige radikale Reformer mussten sich mit Positionen begnügen, die ihnen nur einen begrenzten Einfluss gaben. So wurde Ota Šik zwar stellvertretender Ministerpräsident und war als solcher für die Durchführung der von ihm erarbeiteten Wirtschaftsreformen zuständig, doch er blieb ohne eigenes Ministerium. Am 18. April wurde schließlich Josef Smrkovský zum Vorsitzenden der Nationalversammlung gewählt. In der geheimen Abstimmung stimmten 68 der 300 Abgeordneten gegen Smrkovský, was zeigte, dass die Reformer auch in dem noch unter Novotný gewählten Parlament auf Dauer mit Widerstand rechnen mussten.

Das Aktionsprogramm der KPČ

Während des ZK-Plenums vom 31. März bis zum 5. April, auf dem die personellen Veränderungen in der Parteispitze beschlossen wurden, wurde der weitere Weg der Reformen auch inhalt-

lich bestimmt: Das Zentralkomitee billigte das von Smrkovský schon Ende Januar angekündigte „Aktionsprogramm“, das bis zu dem für das Frühjahr 1969 vorgesehenen 14. Parteitag als Leitlinie für die Politik der KPČ dienen sollte. Am Anfang des Textes stand eine Bestandsaufnahme der Situation, in der als positiv angemerkt wurde, dass es in der ČSSR keine antagonistischen Klassen mehr gebe und dass sich alle sozialen Gruppen einander annäherten. Andererseits wurde eine tiefe wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Krise festgestellt, die nur durch einen breiten Spielraum für gesellschaftliche Initiativen, offenen Meinungsaustausch und Demokratisierung überwunden werden könne: „Die Konservierung von Methoden aus der Zeit des Klassenkampfes hat künstliche Spannungen zwischen sozialen Gruppen, Nationen und Nationalitäten, zwischen verschiedenen Generationen, zwischen Kommunisten und Parteilosen in unserer Gesellschaft hervorgerufen.“ Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten wurden ausdrücklich mit den Mängeln des politischen Systems erklärt: „Die tiefere Ursache, dass sich überlebte Methoden der Wirtschaftsleitung halten konnten, bestand in der Deformation des politischen Systems.“ Mit der Demokratisierung sollte aber nicht nur eine größere Effizienz des politischen und wirtschaftlichen Systems erreicht werden – sie wurde auch mit dem Recht des einzelnen auf freie Entfaltung begründet: „Der Sozialismus kann nicht nur die Befreiung des arbeitenden Volkes von der Vorherrschaft der ausbeuterischen Klassenbeziehungen bedeuten, sondern muss mehr als jede andere bürgerliche Demokratie ermöglichen, die Persönlichkeit des einzelnen voll zur Geltung zu bringen.“

Der Kern des Aktionsprogramms sind die Kapitel über das „neue System der politischen Leitung der Gesellschaft“ und über die Wirtschaftsreformen, in denen deutlich von der bisherigen Politik der KPČ abgegangen wurde. Das politische System müsse „eine feste Garantie gegen die Rückkehr der Methoden des Subjektivismus und machtbedingter Willkür“ bieten, heißt es dort. Dazu wurden auch gesetzliche Garantien zum Schutz der Versammlungs- und Koalitionsfreiheit, der freien Meinungs-

äußerung und der Minderheiteninteressen verlangt. Auch die Rolle der Partei wurde neu definiert: „Ziel der Partei ist es nicht, ein universeller ‘Verwalter’ der Gesellschaft zu werden, alle Organisationen und jeden Schritt im Leben durch ihre Direktiven zu binden.“ Daher sollten Parlament und Regierung mehr Gewicht und Freiräume erhalten; vor allem die Kontrollfunktion der von allen Bürgern gewählten Nationalversammlung wurde betont. Das Verhältnis zwischen Tschechen und Slowaken sollte durch eine Föderalisierung des gesamten Staatsaufbaus neu geregelt werden.

Der wirtschaftliche Teil des Aktionsprogramms folgte weitgehend den Reformvorschlägen, die von Ota Šik und seinem Team schon in der ersten Hälfte der Sechzigerjahre erarbeitet und vom 13. Parteitag 1966 in einer sehr verwässerten Form beschlossen wurden. Im Aktionsprogramm kehrten die Wirtschaftswissenschaftler nun zu ihren ursprünglichen Vorschlägen zurück: Die einzelnen Unternehmen sollten selbstständig und frei von staatlicher Einflussnahme wirtschaften, indem sie sich am Markt orientieren. In den Betrieben sollte es demokratisch gewählte Organe geben, denen die Leiter der Betriebe verantwortlich sind; diese Organe sollten aber kein Recht haben, in den Ablauf der Geschäfte einzugreifen. Eine radikale Dezentralisierung sollte es vor allem bei Dienstleistungsbetrieben geben, deren schlechte Arbeitsleistung bei gleichzeitigem hohem Verwaltungsaufwand als ein besonders ernster Mangel bezeichnet wurde.

Wie viel Platz für eine Opposition ist im Sozialismus?

Das Aktionsprogramm dokumentiert einen radikalen Kurswandel, den die KPČ zwischen Januar und April 1968 vollzog. Vor

allem in dem Kapitel über die Reform des politischen Systems werden jedoch die Grenzen deutlich, die den Reformern durch die Rücksichtnahme auf die Konservativen in der eigenen Partei, das sozialistische Ausland und ihre eigene Weltanschauung gesetzt waren. Das lässt sich an einem Satz verdeutlichen, in dem die führende Rolle der Partei angesprochen wird: „Sie [die Partei] verwirklicht ihre führende Rolle nicht dadurch, dass sie die Gesellschaft beherrscht, sondern dadurch, dass sie der freien, fortschrittlichen und sozialistischen Entwicklung am treuesten dient.“ Hier wird nicht auf die „führende Rolle“ der Partei verzichtet, sondern nur auf ihre gewaltsame Durchsetzung. Obwohl das zweifellos ein Fortschritt war, waren der Demokratisierung damit dort Schranken gesetzt, wo es um die Machtfrage und die Möglichkeit einer legalen Opposition ging. Deutlich wird das dort, wo die Autoren des Aktionsprogramms auf die Möglichkeiten demokratischer Mitbestimmung für Nichtkommunisten eingingen.

Im Aktionsprogramm wurde anerkannt, dass das politische System für Veränderungen offen sein muss, die von unten kommen: „Wir müssen radikal Schluss machen mit den Praktiken, die die Initiative des Volkes und die kritischen Anregungen von unten in das sprichwörtliche ‘Erbsen an die Wand werfen’ verwandeln.“ Das Mittel zur Einbeziehung breiterer Kreise der Bevölkerung sollte die Aufwertung der Nationalen Front sein, durch die auch Nichtkommunisten Einfluss auf die Regierung und Verantwortung für ihre Politik erhalten sollten. Von 1945 bis 1948 war sie eine Koalition der fünf Parteien, darunter der KPČ, die sich durch ihr Verhalten während der deutschen Besatzung nicht kompromittiert hatten. In dieser Zeit regierten die fünf Parteien gemeinsam. Nach der kommunistischen Macht ergreifung existierte die Nationale Front als Zusammenschluss aller gesellschaftlichen Organisationen, der Blockparteien, das heißt der katholischen Volkspartei (ČSL), der Sozialistischen Partei (ČSS) und zweier kleiner slowakischer Parteien, sowie der KPČ weiter, war aber ohne Einfluss. Im Aktionsprogramm heißt es dazu: „An der Gestaltung der Staatspolitik ist die ge-

samte Nationale Front beteiligt, also die politischen Parteien, die sie bilden, und die gesellschaftlichen Organisationen. Die politischen Parteien der Nationalen Front sind Partner, deren politische Tätigkeit von dem gemeinsamen politischen Programm der Nationalen Front ausgeht (...).“

Diese Formulierung bedeutet, dass im politischen System auch weiterhin kein Platz für eine Opposition sein sollte, denn die Parteien in der Nationalen Front gehörten zur Regierung und waren an ihr Programm gebunden, während anderen Gruppierungen kein Einfluss auf die Geschicke des Staates gestattet wurde. Doch wie sollte die Bevölkerung ihren Einfluss ausüben, wenn sie keine Möglichkeit hatte, die Regierung abzuwählen? Die Autoren des Aktionsprogramms waren sich dieses Problems bewusst, einige von ihnen hatten sogar nichts gegen die Existenz einer organisierten Opposition einzuwenden. Sie waren aber der Ansicht, dass es besser sei, wenn die Partei dazu in der Öffentlichkeit nicht Stellung beziehe, da eine Diskussion über dieses Thema den Reformen schaden könnte. Sie sahen die Gefahr, dass die Furcht vor einem Machtverlust nicht nur die Befürworter einer diktatorischen Herrschaft der KPČ in der Tschechoslowakei und im sozialistischen Ausland auf den Plan rufen würde, sondern auch unentschlossene Parteifunktionäre in das Lager der Reformgegner treiben könnte. Doch es waren nicht ausschließlich taktische Erwägungen, die die Autoren vor dem Gedanken an eine formelle Opposition zurückschrecken ließen. Zdeněk Mlynář, der bei der Ausarbeitung des politischen Teils des Aktionsprogramms federführend war, schrieb zehn Jahre später dazu: „Ich war Reformkommunist und keinesfalls nichtkommunistischer Demokrat. (...) Ich hatte daher selbstverständlich weder ideologische Beweggründe noch persönliche Motive, mich darum zu bemühen, dass die KPČ die politische Macht verlöre, und ich habe mich auch nicht darum bemüht.“

Die Hoffnung, eine Diskussion über das Thema Opposition vermeiden zu können, war natürlich eine Illusion. Die Debatte

setzte schon im März ein und ging bald wesentlich weiter, als den Reformkommunisten lieb war. In der dritten Nummer der Literární Listy Mitte März schrieb Alexandr Kliment, dass es eine Demokratie ohne Opposition nicht geben könne, schränkte aber ein: „Die Opposition muss doch nicht immer das Zerschlagen eines Staates und die Übernahme der Macht bedeuten, wie es ihr die damaligen Vorstellungen der stalinistischen Ära zugeschrieben hatten, ganz im Gegenteil, unter bestimmten Bedingungen, denen wir uns nähern, kann die Opposition die staatliche Autorität stärken und ihre Macht abgrenzen.“ Drei Wochen später ging Václav Havel in der gleichen Zeitschrift einen Schritt weiter und forderte die Zulassung einer Oppositionspartei. Wenn sich Demokratie auf die freie Meinungsäußerung beschränke, schrieb Havel, setze das den Glauben daran voraus, dass die Herrschenden aus Kritik immer die Konsequenzen zögen. Doch Demokratie sei keine Sache des Glaubens, sondern der Garantien: „Und wenn auch der öffentliche Wettstreit der Meinungen erste Bedingung, wichtigstes Mittel und selbstverständliche Folge der Demokratie ist, ihre Grundlage – nämlich die wirkliche Quelle unserer Garantien – ist etwas anderes: öffentlicher und gesetzlicher Wettstreit um die Macht.“

Wäre das Aktionsprogramm der KPČ einige Wochen früher veröffentlicht worden, wäre es eine Sensation gewesen, denn unter den programmatischen Texten kommunistischer Parteien gab es nichts vergleichbares. Als es am 10. April 1968 in der Parteizeitung Rudé právo erstmals abgedruckt wurde, hinkte es aber der öffentlichen Diskussion schon hinterher, die in einem immer stärkeren Maße zur treibenden Kraft der Entwicklung wurde. Ende April war die erste Euphorie über die neue Freiheit verflogen, und die Gegensätze in Partei und Gesellschaft traten deutlich zutage. Konservative Kommunisten warnten, der Partei sei die Kontrolle über die Ereignisse entglitten und antisozialistische Kräfte seien auf dem Vormarsch. Radikale Reformer in der KPČ und viele Nichtkommunisten dagegen begannen, um die Fortführung der Reformen zu fürch-

ten, da auch nach der Veröffentlichung des Aktionsprogramms konkrete Schritte ausblieben.

Dubček zwischen radikalen Reformern und Konservativen

Während die Reformen von einer überwältigenden Mehrheit der einfachen Parteimitglieder befürwortet wurden, stießen sie bei der Mehrzahl der Mitglieder des Zentralkomitees und des Präsidiums auf Skepsis oder Ablehnung. Die eindeutige Stimmung zugunsten der Reformen in der Bevölkerung und in den Medien bewirkte aber, dass viele der unentschlossenen ZK-Mitglieder dazu neigten, Dubčeks Kurs zu unterstützen. Andererseits führte die spontane Bewegung von unten dazu, dass unter den Funktionären die Angst um Macht, soziales Prestige und sogar um die eigene Existenz weit verbreitet waren; die Reformen hätten zum vorzeitigen Ende vieler Karrieren führen können, die nicht auf fachlichen Fähigkeiten, sondern auf linientreuem Verhalten beruhten. Dubček musste dem Rechnung tragen und befürwortete daher ein langsames, schrittweises Handeln. Auch die Kritik aus der Sowjetunion wurde immer schärfer und veranlasste die Reformer zu einem vorsichtigeren Vorgehen. Andererseits durften sie aber nicht zu weit von dem Versprechen schneller Reformen abrücken, um die Unterstützung durch die Bevölkerung nicht zu verlieren.

In Zeitungsartikeln und Interviews warnten führende Reformpolitiker den ganzen Mai über vor extremen Haltungen. Die Kritik an den reformfeindlichen Dogmatikern wurde stets mit der Warnung vor angeblich erstarkenden antisozialistischen Kräften verbunden, denen der Kampf angesagt wurde. Zuvor hatten die Reformer die in der Presse der DDR oder Polens vorgebrachten Vorwürfe, in der ČSSR könnten antisozialis-

tische und konterrevolutionäre Gruppen offen agieren, immer zurückgewiesen, nun übernahmen sie Teile dieser Argumentation. Der in den Märztagen sehr populäre Smrkovský verlor deutlich an Beliebtheit, weil er sich in Artikeln und Interviews gegen die radikalen Reformer wandte und vor neu entstandenen, nichtkommunistischen Organisationen warnte.

Die vorsichtige und ausgleichende Haltung Dubčeks und die Warnungen Smrkovskýs entsprangen vermutlich nicht nur taktischen Überlegungen. Beide waren als überzeugte Kommunisten nicht gewillt, eine Gefährdung der KP-Herrschaft zuzulassen. In einer Rede Ende April sagte Dubček, es könne keine Diskussion darüber geben, ob die Partei eine Führungsrolle habe oder nicht, sondern nur darüber, wie diese Führungsrolle besser realisiert werden könne. Dubček betonte bei anderen Anlässen wiederholt, dass Demokratie ohne Disziplin zur Anarchie werde und wandte sich gegen überstürztes, unüberlegtes Handeln, das mehr von Proklamationen als von Arbeit getragen werde. Er sah sehr wohl, dass er seine Reformpolitik ohne gravierende personelle Veränderungen im Zentralkomitee schon bald nicht mehr durchsetzen könnte. Ein neues ZK konnte nur durch einen Parteitag gewählt werden, den Dubček aber nicht vor dem Frühjahr 1969 einberufen wollte, da er eine gründliche programmatische Vorbereitung der Reformen für wichtiger hielt als schnelle Kaderwechsel. Zudem wollte er, dass der Abtritt der alten Garde der Partei „menschlich“ vor sich ginge, ohne persönliche Anschuldigungen und ohne Zwang. Dubčeks Abneigung gegen autoritäres Handeln, die vor dem Januar 1968 den kritischen slowakischen Intellektuellen zugute kam, nutzte nun auch den Konservativen. An der Basis der KPČ wurde unterdessen die Forderung immer lauter, den 14. Parteitag noch 1968 abzuhalten.

Gleichzeitig wurde auch die Frage der slowakisch-tschechischen Beziehungen immer heftiger diskutiert. Die slowakische Forderung nach einer konsequenten Föderalisierung der ČSSR wurde von den Tschechen zwar akzeptiert, wurde

von ihnen aber nur als ein Teilaspekt beim Umbau des gesamten politischen Systems angesehen, während sie für viele Slowaken der entscheidende Punkt der Reformen war. Es kam zu keiner direkten Konfrontation zwischen Tschechen und Slowaken, doch viele Slowaken fühlten sich von den Tschechen nicht ernst genug genommen. Die allmähliche Entfremdung zwischen den beiden Teilen des Staates wurde durch einen Konflikt unter den slowakischen Intellektuellen verstärkt, der im Mai zu einem Bruch im slowakischen Schriftstellerverband führte. Auch in der Slowakei gab es keine Einigkeit darüber, welchen Stellenwert die von allen gewollte Föderalisierung innerhalb der Reformpolitik haben sollte. Während in der Zeitschrift *Kultúrny život* darauf verwiesen wurde, dass eine Föderalisierung ohne gleichzeitige Demokratisierung nichts wert sei, räumten einige angesehene Schriftsteller der Föderalisierung Vorrang vor der Demokratisierung ein. Indem sie Demokratie und Nationalismus gegeneinander ausspielten, konnten sich die Konservativen in der Slowakei eine wesentlich stärkere Stellung erhalten als im tschechischen Landesteil. Dadurch fühlten sich viele Tschechen in dem schon in der Zwischenkriegszeit weit verbreiteten Vorurteil bestätigt, die Slowakei sei rückständig – was wiederum viele Slowaken in dem Gefühl bestärkte, die Reform sei in erster Linie eine tschechische Angelegenheit.

Die widersprüchliche Botschaft des Mai-Plenums

In dieser Atmosphäre einer wachsenden Spannung zwischen Konservativen und Progressiven entschloss sich Dubček, die ZK-Sitzung Ende Mai zu einer politischen Offensive zu nutzen, mit der er beiden Enden des politischen Spektrums den Wind aus den Segeln nehmen und seine Position der politischen

Mitte stärken wollte. Auf die Aufbruchsstimmung des Frühjahrs sollte eine Phase der Konsolidierung folgen. In der Frage des Parteitags kam er den Forderungen der Öffentlichkeit entgegen – er sollte Anfang September 1968 stattfinden, da ohne ihn „innerhalb der Partei nicht alle Garantien für eine konsequente Durchführung der neuen Politik geschaffen werden können“, wie es in der ZK-Resolution „Über die gegenwärtige Situation“ heißt. Zugleich wurde auch die Parteimitgliedschaft Novotnýs und einiger seiner langjährigen Weggefährten suspendiert, die im Verdacht standen, aktiv an den Verbrechen der Fünfzigerjahre mitgewirkt zu haben: „Die Partei ist entschlossen, sich von jenen Elementen zu reinigen, die für die Deformationen in der Vergangenheit verantwortlich sind, und wird sich für die Bestrafung aller Schuldigen ohne Unterschied ihrer Stellung einsetzen.“ Eine neue Untersuchung der Prozesse der Fünfzigerjahre durch eine Kommission unter dem Präsidiumsmitglied Jan Piller war schon auf dem April-Plenum des ZK acht Wochen zuvor beschlossen worden.

Mit diesen Schritten sollte dem an der Parteibasis und in der Gesellschaft aufkommenden Misstrauen über den weiteren Kurs begegnet und der Führungsanspruch der Partei aufrecht erhalten und „im Geiste des Aktionsprogramms“ gestärkt werden. In der ZK-Resolution, die an vielen Stellen fast wörtlich Dubčeks Bericht an das ZK folgte, wurde vor einem Rückfall in die politischen Verhältnisse vor dem Januar gewarnt und die Notwendigkeit hervorgehoben, die Reformen konsequent und zügig weiterzuführen. Doch die Stoßrichtung der Resolution richtete sich in erster Linie gegen „alle Versuche, die Partei als Ganzes zu diskreditieren“ und „die Versuche (...) ihr das politische und moralische Recht abzuspochen, unsere Gesellschaft zu führen und die entscheidende politische Kraft der sozialistischen Macht zu sein“. Die Partei müsse „dagegen kämpfen, dass sich antikommunistische Tendenzen geltend machen können“.

Aufgrund ihrer Widersprüchlichkeit verfehlte die Botschaft des ZK-Plenums das Ziel, die Gesellschaft zu beruhigen. Die

Konservativen fürchteten den Parteitag im September, da absehbar war, dass die große Mehrheit der Delegierten entschiedene Befürworter der Reformen sein würden. Die reformerisch gesinnte Parteibasis und die nichtkommunistische Öffentlichkeit dagegen waren beunruhigt, weil das ZK vor allem die angeblich von antisozialistischen Kräften ausgehende Gefahr betonte. Sie lasen daraus ein Übergewicht der konservativen Kräfte in der Parteispitze ab, die versuchen könnten, die Demokratisierung noch vor dem Parteitag zu stoppen. Unter dem Eindruck der Manöver des Warschauer Pakts, die Mitte Juni auf dem Territorium der Tschechoslowakei begannen, steigerten sich diese Befürchtungen zu einer allgemeinen Nervosität. Sie fanden schließlich in dem von Ludvík Vaculík verfassten Manifest „2000 Worte“ ihren Ausdruck, das eine innenpolitische Krise verursachte (siehe dazu auch das folgende Kapitel).

Trotz der anhaltenden Polarisierung der Gesellschaft kam es im Juni zu einer gewissen Konsolidierung, da erste konkrete Ergebnisse der Reformen greifbar wurden. Bis zum ZK-Plenum Ende Mai beschränkten sich die für die Öffentlichkeit erkennbaren Reformen auf die Gewährung einer gesetzlich noch nicht verankerten Pressefreiheit und auf die Absetzung einiger kompromittierter Funktionäre. Die Vorarbeiten zu einigen Gesetzen hatten schon begonnen, doch die in Reden und Resolutionen viel beschworene Demokratisierung der Partei war noch nicht einmal auf dem Papier in Angriff genommen worden. Durch die plötzlich erwachte Aktivität der Parteibasis hatte zwar eine Demokratisierung von unten eingesetzt, doch die Struktur der Partei war noch dieselbe wie zu Novotnýs Zeiten. Da im Aktionsprogramm betont wurde, dass die Entwicklung der Demokratie in der ČSSR von der inneren Demokratie der Partei abhängen würde, wurde nach dem Beschluss, den 14. Parteitag im September 1968 abzuhalten, die Ausarbeitung eines neuen, demokratischen Parteistatuts dringlich. Ein erster Entwurf war Anfang Juli fertiggestellt und wurde nach der Billigung durch das Präsidium in den unteren Parteiebenen diskutiert. Einzelne Mitglieder der Kommission, die an dem Statut arbei-

teten, äußerten sich aber schon ab Mitte Juni in der Presse zum Charakter des Dokuments, das „ein vollständig neues Modell der innerparteilichen Beziehungen“ sein sollte. Obwohl Konservative aus der Parteispitze im Laufe der Diskussion einige Veränderungen durchsetzen konnten, war der Entwurf des Statuts, der im August veröffentlicht wurde, tatsächlich eine radikale Abkehr von der alten Parteiverfassung. Noch auf dem 13. Parteitag der KPČ war das Zentralkomitee durch Akklamation bestimmt worden – nun wurde die geheime Wahl aller Parteifunktionäre verbindlich festgeschrieben.

Das Rehabilitationsgesetz

Im Juni begannen auch die Nationalversammlung und die Regierung endlich damit, die gesetzlichen Voraussetzungen für die angekündigten Veränderungen zu schaffen. Die einzigen Gesetze aus der langen Liste der Reformvorhaben, die bis zur Invasion im August verabschiedet werden konnten, wurden in einer Parlamentssitzung am 25. Juni beschlossen.

Mit nur einer Enthaltung wurde das Gesetz über die Rehabilitation der Opfer politischer Prozesse angenommen, über das seit Januar debattiert worden war. Schon seit dem Frühjahr waren von verschiedenen Gerichten einzelne Fälle aus der Vergangenheit neu aufgerollt und mit der Rehabilitation der Opfer abgeschlossen worden, doch das Gesetz gab diesen Verfahren eine neue Qualität: Die politischen Prozesse, von denen weit mehr als 100.000 Personen betroffen waren, mussten nun wieder aufgenommen werden, die Opfer oder ihre nächsten Angehörigen hatten einen Anspruch auf Entschädigung, und gegen Mitarbeiter der Justiz und der Sicherheitsorgane, denen Verfehlungen nachgewiesen werden konnten, sollten Amtenhebungs- und in schweren Fällen auch Strafverfahren eingeleitet werden. Strittig waren vor der Entscheidung vor allem

zwei Fragen: Sollten Opfer politischer Prozesse kollektiv rehabilitiert werden oder sollte jeder einzelne Fall neu untersucht werden? Auf Prozesse aus welchem Zeitraum sollte das Gesetz angewandt werden?

Beide Fragen rührten an die Legitimität der Macht der KPČ. Die Parteiführung wollte vermeiden, dass die Justiz und Sicherheitsbehörden durch eine pauschale Rehabilitation kollektiv an den Pranger gestellt wurden – zum einen, weil eine Macht, deren Justiz außerhalb der Legalität handelt, selbst in den Ruch der Illegitimität gerät; zum anderen, weil sie die Autorität der Justiz nicht untergraben wollte, in der noch viele Richter und Staatsanwälte aus den Fünfzigerjahren im Amt waren. Die Regierung begründete die Notwendigkeit, jeden Fall einzeln zu untersuchen, aber mit Argumenten, denen sich auch Kritiker kaum entziehen konnten: Nur so könne zwischen Unschuldigen und Schuldigen unterschieden werden, nur so könnten Verfehlungen der Sicherheitsbehörden aufgedeckt werden, und nur so könnte die Höhe der Entschädigung gerecht festgelegt werden.

Unter den Reformkommunisten herrschte Einigkeit darüber, dass die Ergebnisse des kommunistischen Umsturzes im Februar 1948 nicht in Frage gestellt werden durften. Um die Legitimität der kommunistischen Macht in der Tschechoslowakei nicht anzutasten, mussten folglich Rechtsverletzungen aus dem Rehabilitationsgesetz ausgenommen werden, die unmittelbar nach dem Umsturz im Februar 1948 stattgefunden hatten. Das wurde damit begründet, dass sie „das Ergebnis revolutionärer Veränderungen und aus dem historisch gerechtfertigten Klassencharakter der Gesetzgebung der sozialistischen Revolution abgeleitet“ waren.

Im Juni begann zudem die Arbeit an einem Gesetz, mit dem ein Problem geregelt werden sollte, das durch das Rehabilitationsgesetz nicht erfasst wurde: Viele Opfer von ideologisch oder politisch begründeten Repressionen waren nie von einem

Gericht verurteilt worden. Sie verloren ihren Arbeitsplatz, sie mussten ihre Wohnungen verlassen, ihnen wurde das Studium verweigert, ihnen wurden Renten oder Löhne willkürlich gekürzt – die Liste derartiger Maßnahmen ist lang und vielfältig. Es war vorgesehen, das Gesetz zur Rehabilitation der davon betroffenen Menschen im Laufe des August fertigzustellen, doch es fiel der Invasion zum Opfer, ebenso wie die Durchführung der gerichtlichen Rehabilitation, die im September 1968 beginnen und zwei bis drei Jahre dauern sollte.

Die Konsequenz, mit der die Frage des nach 1948 verübten politisch motivierten Unrechts angegangen wurde, zeigt, dass es die tschechoslowakischen Reformkommunisten ernst meinten, wenn sie von einer moralischen Reinigung der Partei sprachen und die Achtung der Bürgerrechte als wesentlichen Bestandteil ihrer Politik bezeichneten. Sie stahlen sich nicht aus der Verantwortung und schoben alles Unheil auf Stalin. Indem sie alle politischen Prozesse bis 1965 in das Rehabilitationsgesetz einbezogen, gaben sie zu, dass Unrecht auch nach dem Ende des „Personenkults“ noch zur Politik des sozialistischen Staats gehörte. Ihre Ankündigung, mit solchen Praktiken radikal zu brechen, war wegen dieser Ehrlichkeit und wegen des Willens zur Wiedergutmachung glaubwürdig. Die Reformer sahen aber auch die Gefahr für die Herrschaft der Partei, die von einer öffentlichen Diskussion über die Verbrechen ihrer Funktionäre ausging: Im Sommer 1968 wurde die Veröffentlichung des Berichts der Piller-Kommission verschoben, da Piller warnte, dass die Autorität der Partei untergraben werden könnte. In der Presse war schon zuvor mitunter indirekt die Frage gestellt worden, ob eine Partei mit einem solchen Sündenkonto noch das Recht beanspruchen konnte, die Nation zu führen.

Die Föderalisierung der ČSSR

Das zweite der am 25. Juni 1968 von der Nationalversammlung beschlossene Gesetz diente konkret dazu, das Vertrauen in die Absichten der Reformkommunisten zu verstärken: Mit einem Zusatz zum Pressegesetz wurde das Ende der Zensur auch rechtlich besiegelt. Dagegen stimmten allerdings 30 Abgeordnete, 17 enthielten sich. Schließlich wurde noch ein Verfassungsgesetz zur Vorbereitung der Föderalisierung des Staates angenommen. Darin war die Schaffung eines Tschechischen Nationalrats vorgesehen, der als Gegenstück zu dem bis dahin machtlosen slowakischen Parlament, dem Slowakischen Nationalrat, während der Arbeit am Föderalisierungsgesetz beratend tätig sein sollte. Zwei Wochen später wählte die Nationalversammlung die Mitglieder des Tschechischen Nationalrats. Die Nationale Front hatte eine Liste mit 150 Kandidaten zusammengestellt, von denen zwei nicht die erforderlichen fünfzig Prozent der Stimmen erhielten – die beiden als Befürworter radikaler Reformen bekannten Schriftsteller Jiří Hanzelka und Pavel Kohout. Damit manifestierte sich erstmals in einer Abstimmungsniederlage der Reformer, was sich schon Mitte April bei der Wahl Smrkovskýs zum Vorsitzenden der Nationalversammlung angedeutet hatte: Das 1964 „gewählte“ Parlament war ebenso wie das ZK eine Hochburg der Konservativen.

Die von Dubček angestrebte Konsolidierung der Situation sollte nicht nur durch konkrete Reformmaßnahmen erreicht werden. Die Strategie der ZK-Beschlüsse von Ende Mai, den Einfluss von Konservativen und radikalen Reformern gleichermaßen zurückzudrängen, wurde auch in den politischen Schritten der folgenden Wochen deutlich. Einerseits dienten die Verabschiedung des Rehabilitationsgesetzes, das Verbot der Zensur, die Einleitung der Föderalisierung und die Arbeit an der neuen Satzung der Partei der Sicherung der Reformen gegen konservative Gegenangriffe. Andererseits sollte die Aktivität neu entstandener nichtkommunistischer Gruppierungen

eingeschränkt werden. In einer Proklamation erklärte die Nationale Front am 15. Juni, das Aktionsprogramm der KPČ und die Regierungserklärung seien der Ausgangspunkt ihrer Tätigkeit und legte damit ihre Mitglieder auf die politische Linie der Partei fest. Weiter erklärte sie: „Es wird in der Tschechoslowakei keine politische Tätigkeit eine legale Grundlage finden, welche sich gegen die Grundsätze und das gemeinsame Programm der NF richtet.“

Eine Proklamation der Nationalen Front war zwar kein Gesetz, aber ihr Vorsitzender František Kriegel gehörte dem Parteipräsidium an, das noch immer die Richtlinien der Politik bestimmte. Man musste daraus also schließen, dass die mehr als 70 Gruppen, die beim Innenministerium seit April ihre Registrierung beantragt hatten, nur dann die Zulassung erhalten würden, wenn sie bereit waren, sich der KPČ unterzuordnen. Es war absehbar, dass der Klub Engagierter Parteiloser (KAN), die in Gründung befindliche Sozialdemokratische Partei und K-231, die nach dem politischen Paragrafen des Strafgesetzbuches benannte Organisation ehemaliger politischer Gefangener, dazu nicht bereit sein würden. Gegen sie richtete sich die Erklärung der Nationalen Front in erster Linie, auch wenn die drei Gruppen von den tschechoslowakischen Behörden vorerst nichts zu fürchten hatten. Dubček wollte das politische Leben in der ČSSR unter dem Einfluss der KP halten, aber nicht zu Repressionen greifen, obwohl er von den Herren im Kreml regelmäßig dazu aufgefordert wurde. Sie sollten mit der NF-Proklamation beruhigt werden, denn von der Sowjetunion war die Tätigkeit von KAN, K-231 und Sozialdemokraten wiederholt als Beweis dafür angeführt worden, dass die Konterrevolution in der ČSSR offen agieren könne.

Am 20. Juni begann in der Tschechoslowakei die Militärübung „Šumava“ („Böhmerwald“), an der Truppen aus der Sowjetunion, der DDR, Polen und Ungarn teilnahmen. Da sich die sowjetischen Militärs zuerst lange weigerten, das Ende des Manövers bekannt zu geben, und dann nach seinem offiziellen

Abschluss den Truppenabzug unter verschiedenen Vorwänden bis Anfang August hinauszögerten, wuchs in der Bevölkerung der ČSSR die Angst vor einer gewaltsamen Beendigung der Reformen. Gleichzeitig steigerten die anderen sozialistischen Staaten auch den politischen Druck auf die KPČ-Führung (dazu im übernächsten Kapitel). Die Debatte über die Gestalt der Reformen rückte im Hochsommer daher in den Hintergrund, und der Wunsch, den neuen tschechoslowakischen Weg gegen jede Einmischung von außen zu verteidigen, begann das politische Leben zu beherrschen. In dieser Situation waren auch Kritiker der KPČ-Führung bereit, ihre Aktivitäten zu reduzieren, um den Reformern den Stand gegenüber den mächtigen Nachbarn nicht zu erschweren. Unter dem Druck der äußeren Bedrohung wurde die Führungsrolle der Partei von der Gesellschaft erstmals anerkannt.

Die Gesellschaft befreit sich selbst

Im Januar und Februar 1968 herrschte in der ČSSR die Ruhe vor dem Sturm. Die erste Reaktion der Tschechen und Slowaken auf die personellen Veränderungen in der Parteiführung zeigte, wie weit sich große Teile der Bevölkerung vom politischen Leben des Landes entfernt hatten und wie wenig sie von der KPČ noch erwarteten: Mitte Februar 1968 gaben bei einer soziologischen Umfrage fast 60 Prozent der befragten Tschechen und Slowaken ohne Parteibuch an, wenig oder nichts über das Januar-Plenum des Zentralkomitees gehört zu haben. Ebenso groß war der Anteil der Nichtkommunisten, die der Ansicht waren, Novotnýs Ablösung sei kein Ereignis von großer Bedeutung gewesen.

Das, was dann im März geschah, wurde von manchen Beobachtern mit einer Explosion verglichen: In der Presse fiel fast jeden Tag ein anderes politisches Tabu, in stürmischen Versammlungen der Orts- und Betriebsgruppen von Partei und Gewerkschaften wurde mit der bisherigen Politik abgerechnet – die gelähmte Gesellschaft der Tschechoslowakei geriet schlagartig in Bewegung. Von dieser Bewegung wurde aber nicht die ganze Gesellschaft erfasst: „Wenn wir in diesen Tagen den Rundfunk, das Fernsehen und die Presse verfolgen, müssen wir zu dem Schluss kommen, dass dieser Prozess [d.h. die Reformen] zwar zwangsläufig alle berührt, dass aber nur die Kommunisten in ihm engagiert sind“, schrieb der Schriftsteller Alexander Kliment, selbst ein Nichtkommunist, Mitte März 1968 in den *Literární Listy*. So wie sich der Widerstand gegen die Politik Novotnýs in den Jahren zuvor vor allem unter kommunistischen Intellektuellen formiert hatte, waren es nun Kommunisten, die in den formell nicht kommunistischen gesellschaftlichen Organisationen wie den Gewerkschaften oder

dem Jugendverband gegen die alten Verbandsführungen aufgekehrten und meist im Lauf weniger Wochen deren Abdankung erzwangen. Ein wichtiger Schub für die Demokratisierung ging auch von den Kreis- und Bezirkskonferenzen der KPČ in der ersten Märzhälfte aus, die oft mit der Abwahl langjähriger Funktionäre und der Forderung nach Novotnýs Rücktritt vom Präsidentenamte endeten.

Das Misstrauen der Nichtkommunisten

Die meisten Nichtkommunisten verfolgten das Geschehen aufmerksam, aber nachdem sie zwanzig Jahre lang Bürger zweiter Klasse waren, blieben sie misstrauisch, ob die neuen Freiheiten auch ihnen galten. Aufgrund der diskriminierenden Personalpolitik der Partei hatten sie zudem kaum Möglichkeiten, direkt in das Geschehen einzugreifen. Seit der Machtergreifung der KPČ konnten nur Parteimitglieder in die entscheidenden Stellen in den Verbänden, in den Medien und in der Verwaltung gelangen. Daher waren Anfang 1968 nur Kommunisten in Positionen, die es ermöglichten, sich in den Medien Gehör zu verschaffen, Versammlungen einzuberufen oder innerhalb einer Organisation für den Rücktritt der kompromittierten Führung zu agitieren. Dennoch war das, was die Nichtkommunisten dachten (oder was über ihre Meinung vermutet wurde), nicht ohne Bedeutung. Die Kommunisten in den Massenmedien sprachen mit ihrer Kritik an der alten Parteiführung auch für die Parteiloseren. Die Kommunisten, die die kompromittierten Führungsspitzen der Gewerkschaften und im Jugendverband stürzten, waren auch deshalb in einer Position der Stärke, weil sie sich der stillen Unterstützung der nichtkommunistischen Mehrheit sicher sein konnten.

Es war ganz im Sinne der neuen Parteiführung, dass die schläfrigen gesellschaftlichen Organisationen von unten her belebt

wurden und dass dabei reformorientierte Kommunisten federführend waren. Sie wurde dadurch im Machtkampf mit den Konservativen gestärkt, die es nicht auf antisozialistische Kräfte zurückführen konnten, wenn sie unter Druck gerieten. Zudem war den Reformern an der Parteispitze klar, dass die Apathie der Gesellschaft eines der Haupthindernisse für die weitere Entwicklung der ČSSR war. Um sie zu überwinden, sollten auch Nichtkommunisten in die Arbeit der verschiedenen Verbände und sozialen sowie beruflichen Interessenvertretungen einbezogen werden. Allerdings sollte die Führung bei den Kommunisten bleiben, die zugleich die Kontrolle über die Entwicklung garantierten. Beides gelang nur teilweise. Die Veränderungen in den etablierten Organisationen blieben meist die Sache von Kommunisten, doch diese gehörten oft zu den radikalen Reformern und gingen mit ihren Forderungen viel weiter, als der gemäßigten Parteiführung lieb war. Einzig im Zusammenschluss einiger Verbände, die schon vor dem Januar die Speerspitze der Reformen waren, trat ein Parteiloser an die Spitze einer in der Nationalen Front vertretenen Organisation: Das Koordinationskomitee der Verbände der künstlerisch Schaffenden, zu dem sich die Verbände der Schriftsteller, Journalisten, Schauspieler, Filmschaffenden, Bildenden Künstler, Komponisten und Architekten zusammenschlossen, wurde von dem Nichtkommunisten Miroslav Holub geführt.

Das Entstehen neuer Organisationen

Viele Nichtkommunisten zogen die Gründung neuer Organisationen der Integration in die von den Kommunisten beherrschten alten Strukturen vor. Ab Mitte März entstand eine unüberschaubare Anzahl informeller Gruppierungen, von denen mehr als 70 bis Mitte Juni eine Registrierung durch das Innenministerium beantragt hatten. Nur die kleine Gesellschaft für Menschenrechte war zu diesem Zeitpunkt offiziell zugelas-

sen, doch die Behörden verhielten sich den übrigen Gruppen gegenüber tolerant, die in provisorischen „Vorbereitungskomitees“ legal agieren durften. Nicht alle Neugründungen waren politischer Natur - so wurden zum Beispiel die 1951 verbotenen Pfadfinder oder die traditionsreichen Sokol-Sportvereine wieder zum Leben erweckt.

Unter den ersten, die eine neue Organisation ins Leben riefen, waren die Studenten, bei denen die in der ganzen Gesellschaft zu beobachtende Entfremdung von der Partei besonders auffällig war. Nur noch fünf Prozent von ihnen waren 1967 Parteimitglieder – das waren halb so viele wie im Durchschnitt der erwachsenen Bevölkerung. Dieser geringe Anteil ist vor allem deswegen bemerkenswert, weil der berufliche und soziale Aufstieg in vielen Bereichen an die Parteimitgliedschaft gebunden war. Die Mehrzahl der Studenten fand sich lieber mit beschränkten Karrieremöglichkeiten ab, als der Partei beizutreten. Seit dem brutalen Polizeieinsatz im Oktober 1967 waren die Hochschulen nicht mehr zur Ruhe gekommen. Schon unmittelbar nach diesem Ereignis entstanden an einigen Hochschulen in Prag die ersten Akademischen Studentenräte, nach deren Vorbild in den darauf folgenden Wochen auch an den Hochschulen anderer Städte unabhängige Studentenvertretungen gebildet wurden. Am 22. März 1968 schlossen sie sich in Brünn zum Verband der Hochschulstudenten Böhmens und Mährens zusammen. Der Verband brach bewusst mit dem offiziellen Jugendverband ČSM und bemühte sich nicht um eine Mitgliedschaft in der Nationalen Front, weil er seine Unabhängigkeit wahren wollte. Die Studenten gehörten zwar zu den aktivsten Unterstützern der Reformen, blieben aber gegenüber den Reformern in der Parteiführung skeptisch. Lubomir Holeček, ein Studentensprecher, der 1967 aus disziplinarischen Gründen in die Armee einberufen worden war, erklärte in der Versammlung im Prager Kongress-Palast am 20. März, wenn die Studenten jetzt bereit seien, Dubček zu unterstützen, „so heißt das nicht, dass wir das für immer tun müssen“.

Die zu Beginn des „Prager Frühlings“ überall spürbare Distanz zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten fand bei den Schriftstellern sogar im Inneren ihres Verbandes einen organisatorischen Ausdruck. Ende März gründeten 58 Autoren um Alexander Kliment und Václav Havel einen Kreis Unabhängiger Schriftsteller. Damit wollte die Gruppe, die Havel zu ihrem Vorsitzenden wählte, nicht die Einheit des Schriftstellerverbandes brechen. Es sollte vielmehr ein Gegenwicht zur Parteiorganisation im Verband entstehen. Diese Parteiorganisation traf sich vor wichtigen Versammlungen des Schriftstellerverbandes immer gesondert zu einer geschlossenen Sitzung und fällte die eigentlich wichtigen Entscheidungen. In einer Proklamation, die Anfang Juli in den Literární Listy veröffentlicht wurde, beschrieben die nichtkommunistischen Schriftsteller ihre bisherige Situation als die von geduldeten, aber nicht gleichberechtigten Außenseitern, denen keine Möglichkeit zum Engagement für die Gesellschaft gelassen wurde.

Die Nichtkommunisten erkannten an, dass die kommunistischen Autoren einen größeren Anteil als sie an der Herbeiführung der Liberalisierung hatten, fügten aber hinzu, dass diese auch dazu verpflichtet waren: „Zum einen, weil sie sich viel leichter kritisch äußern konnten, da sie sich ja doch eines etwas größeren Vertrauens der Mächtigen erfreuten und demzufolge über viel mehr institutionelle Gelegenheiten und Rechtsschutz verfügten; und zum anderen waren sie auch moralisch verpflichtet, (...) denn sie trugen ja – als Mitglieder der regierenden Partei – ihren Teil der Verantwortung für das, was geschah. (...) Die Zeit ist herangereift, um mit unserem Einsatz hervortreten und an der Seite unserer kommunistischen Kollegen – diesmal aber bereits als ihre gleichberechtigten Partner – dafür einzutreten, dass der Prozess der geistigen und ethischen Renaissance seinen Fortgang nimmt.“ Die Zusammenarbeit als „gleichberechtigte Partner“ war nach Ansicht der nichtkommunistischen Autoren nicht möglich, solange die Parteilosen den gut organisierten Kommunisten nur als unkoordinierte Gruppe von Individuen gegenüber standen.

Dass die Parteilosen sich tatsächlich als Partner und nicht als Gegner der Kommunisten verstanden, zeigte sich im Laufe des Sommers, als beide Gruppen in Anbetracht der zunehmenden Bedrohung der Reformen eng zusammen arbeiteten.

K 231 – Die Organisation der Opfer des Systems

Andere wollten ganz außerhalb der existierenden Organisationen bleiben, weil sie einer Demokratisierung misstrauten, die sich ausschließlich auf die Säulen der Diktatur stützte, oder weil sie aufgrund ihrer Erfahrungen mit der kommunistischen Macht nicht anders konnten. Das galt vor allen für die Gründer des Klubs 231 (meist einfach K 231 genannt), der seinen Namen vom Gesetz Nr. 231 „Zum Schutz der demokratischen Volksrepublik“ aus dem Jahr 1948 hatte, das die Grundlage der meisten politischen Prozesse der Fünfzigerjahre war. Er war eine Vereinigung ehemaliger politischer Gefangener und anderer Opfer politischer Repressionen, die für ihre rechtliche und moralische Rehabilitation sowie eine materielle Kompensation kämpften. Anfang August hatte der K 231 vermutlich mehr als 60.000 Mitglieder und war damit die größte der neu entstandenen Organisationen. In den ersten Wochen nach seiner Gründung Ende März war der Verband bei der Parteiführung noch wohlgekommen, doch wegen des großen Zulaufs und der starken Reaktion der Öffentlichkeit auf seine Existenz betrachtete sie ihn mit zunehmendem Missfallen. Ein wichtiger Grund für diesen Einstellungswandel war, dass der K 231 nicht zwischen unschuldigen Opfern des stalinistischen Terrors und solchen politischen Gefangenen unterschied, die im Sinne der Anklage schuldig waren. Er wollte die pauschale Rehabilitation aller politischen Gefangenen, also auch aktiver Gegner des sozialistischen Systems, die ja in den meisten Fällen nichts an-

deres getan hatten, als ihr in demokratischen Staaten selbstverständliches Recht auf freie Meinungsäußerung in Anspruch zu nehmen. Obwohl sich die Organisation ausdrücklich zum Sozialismus bekannte, wurde sie daher zu den antisozialistischen Kräften gerechnet, gegen die sich Ende Mai verschiedene Reformpolitiker wandten. Um diese Zeit wurde versucht, den K 231 in der Presse durch die Aufdeckung der „Verbrechen“ führender Aktivisten zu diskreditieren. Der Ursprung dieser Kampagne war vermutlich im Innenministerium zu suchen, das von Josef Pavel geführt wurde, der eigentlich ein radikaler Reformler war und versuchte, die Sicherheitsdienste zu reformieren.

Nach der Invasion wurde der K 231 von den Neostalinisten zu einem Organ des Klassenfeindes, der Ausbeuter und Reaktiönäre stilisiert, dessen Mitglieder den bewaffneten Aufstand vorbereitet hätten und zu schlimmsten Gräueln gegen Kommunisten bereit gewesen seien. In Wirklichkeit redete der K 231 nicht der Rache das Wort, sondern wollte aktiv eine „nationale Versöhnung“ einleiten. Der K 231 hatte nicht das Ziel, zu einer politischen Kraft zu werden, die über die Zukunft der ČSSR mitentscheidet. Die meisten seiner Mitglieder waren von Haft, Zwangsarbeit und gesellschaftlicher Ausgrenzung gesundheitlich und psychisch angegriffene Menschen. Außer der Genugtuung für die eigenen Leiden wollten sie, dass ihre engsten Verwandten und Kinder nicht mehr unter einer Beschränkung ihrer Ausbildungs- und Berufschancen zu leiden hatten, weil sie aus der Familie eines „Volksfeindes“ stammten. Die KPČ-Spitze hoffte daher darauf, dass sich das „Problem“ K 231 durch den Beginn der Rehabilitationsverfahren von selbst erledigen werde – nicht ganz zu unrecht, denn auch in der Führung des K 231 gab es die Vorstellung, dass der Klub dann seine Aufgabe erfüllt habe.

Der Klub Engagierter Parteiloser

Im Gegensatz dazu wollte sich der am 5. April von Prager Intellektuellen gegründete Klub Engagierter Parteiloser (KAN) in die aktuelle Politik einmischen. In der ersten programmatischen Erklärung der Gruppe schrieben die Initiatoren, der Klub solle es seinen Mitgliedern ermöglichen, „sich aktiv an der Schaffung eines neuen, in der Geschichte noch nicht realisierten politischen Systems zu beteiligen – des demokratischen Sozialismus“. Dieses ausdrückliche Bekenntnis zum Sozialismus war typisch für die Atmosphäre, die 1968 in der Tschechoslowakei herrschte. Das System wurde von niemandem in Frage gestellt und selbst oppositionelle Gruppen wie der KAN betonten ausdrücklich ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit der KPČ. Ähnlich wie die parteilosen Schriftsteller verstanden sich die im KAN organisierten Menschen mehrheitlich nicht als Gegner der Kommunisten, sondern als Partner mit einem Anspruch auf volle Gleichberechtigung.

Der Antrieb für die Aktivität der KAN-Mitglieder war aber ein deutliches Misstrauen gegenüber den Absichten der Parteiführung. Ende April schrieb eines der Gründungsmitglieder in den *Literární Listy*, die Entstehung des KAN sei die logische Reaktion auf die Unsicherheit gewesen, ob die Demokratisierung nur eine jederzeit zurücknehmbare taktische Lockerung des Systems sei. Der Klub sei ein „Prüfstein für die Aufrichtigkeit“ der KPČ, die im Aktionsprogramm ankündigte, dass „noch in diesem Jahr die verfassungsmäßige Versammlungs- und Koalitionsfreiheit gewährleistet“ werde. Mit seiner offiziellen Zulassung würde der KAN zu „einer ersten Garantie für die Demokratie werden“, da es dann eine rechtliche Sicherheit für eine selbstbewusste Aktivität Parteiloser gebe. „Wird die Registrierung des KAN abgelehnt oder wird der KAN in irgendeiner Weise liquidiert, so erlangen wir ebenfalls Gewissheit – die Gewissheit, dass die Demokratie negiert wird, die Gewissheit, dass die Demokratie durch eine bloße Demokratisierung ersetzt wur-

de.“ Ein klares, fest umrissenes Programm hatte der Klub nicht. Als Zusammenschluss von Menschen sehr unterschiedlicher weltanschaulicher und politischer Ausrichtung beschränkte er sich bewusst auf einen programmatischen Mindestkonsens, der in der Verwirklichung der Demokratie bestand. Damit hatte der Klub Engagierter Parteiloser theoretisch die Chance, wirklich zu einer Sammlungsbewegung der Parteilosen zu werden, doch er blieb eine kleine, von Intellektuellen geprägte Organisation mit einer geringen Breitenwirkung.

Die Sozialdemokraten

Obwohl der KAN ankündigte, sich für ein neues Wahlrecht zu engagieren und in den anstehenden Wahlen nichtkommunistische Kandidaten aufzustellen, verstand er sich nicht als Partei. Den einzigen ernsthaften Versuch während des „Prager Frühlings“, eine Partei ins Leben zu rufen, machten einige alte Sozialdemokraten, die die 1948 unter Zwang durchgeführte Vereinigung der Sozialdemokratischen Partei mit der KPČ für ungültig erklärten und Mitte Mai ihre Wiederherstellung als unabhängige Partei ankündigten. Damit trafen sie die KPČ an einem wunden Punkt: Sie schufen für die Reformkommunisten ein kaum entwirrbares Bündel von ideologischen, historischen, innen- und außenpolitischen Problemen. In ideologischer Hinsicht wäre es für die KPČ durch die Existenz einer zweiten sozialistischen Arbeiterpartei noch schwerer gewesen, ihren Anspruch auf die alleinige Führung der Nation zu rechtfertigen, als es ohnehin schon war. Die Initiatoren der Parteigründung – fünf prominente sozialdemokratische Politiker aus der Zeit vor 1948 – begründeten ihren Vorstoß mit der Unrechtmäßigkeit der Vereinigung beider Parteien im Juni 1948. So bestand aus Sicht der kommunistischen Parteiführung die Gefahr, dass Ungesetzlichkeiten aus der Zeit zwischen Februar und Oktober 1948 in den Blickpunkt der Öffentlichkeit gerückt würden, die

als „revolutionäre Maßnahmen“ aus dem Rehabilitationsgesetz ausgenommen werden sollten. Aufgrund der Bedeutung, die die Aufarbeitung der stalinistischen Vergangenheit 1968 hatte, konnte dies die Legitimität der KP-Herrschaft schwächen.

In Anbetracht der Tatsache, dass sich 1968 eine überwältigende Mehrheit der Tschechen und Slowaken für einen demokratischen Sozialismus aussprach, fürchteten die Kommunisten zudem, dass eine Partei, die den „demokratischen Sozialismus“ im Programm führte, aber eine saubere Vergangenheit hatte, für sie zu einer ernsthaften Konkurrenz werden könnte. Es gab Gerüchte, dass zahlreiche Basisorganisationen der KP jederzeit bereit waren, sich einer legalen sozialdemokratischen Partei anzuschließen. Aus der Sicht der tschechoslowakischen Reformkommunisten kam also eine Zulassung der Sozialdemokratischen Partei zur Nationalen Front, die am 18. Mai beantragt wurde, schon aus innenpolitischen Gründen auf keinen Fall in Frage. Hinzu kam, dass der Druck der sozialistischen Nachbarn auf die KPČ-Führung, endlich die alte Ordnung wieder herzustellen, im Mai schon sehr stark war und beim offenen Auftreten einer sozialdemokratischen Partei unerträglich geworden wäre.

Anders als den KAN oder den K 231, die beide ebenfalls das Ziel sowjetischer Polemik waren, wollten die Reformkommunisten die Sozialdemokratische Partei wegen der mit ihr verbundenen ideologischen und historischen Belastungen nicht einmal als informelle Gruppierung dulden. Andererseits konnten und wollten die meisten Reformer nicht zu offenen Repressionen greifen. Ihr Ausweg aus diesem Dilemma war ein vorsichtiges Vorgehen, mit dem die Sozialdemokraten gleichzeitig isoliert und umarmt wurden. Über die offizielle Nachrichtenagentur ČTK wies die Parteiführung die Presse Mitte Mai an, Erklärungen der sozialdemokratischen Vorbereitungs Komitees nicht zu veröffentlichen. Die Gründung einer Partei außerhalb der Nationalen Front und deren Propagierung in der Presse stünden im Widerspruch zur bestehenden

Gesellschaftsordnung, hieß es. Einige Zeitschriften ignorierten diese Anweisung allerdings, ohne dass Sanktionen folgten. Parallel dazu begannen Treffen Smrkovskýs, Kriegels und anderer hochrangiger Politikern der KPČ mit Vertretern der Sozialdemokraten. In diesen Begegnungen begründeten die KPČ-Führer ihre Weigerung, die Sozialdemokratie anzuerkennen zum einen mit dem ideologischen Argument, die Einheit der Arbeiterklasse müsse gewahrt bleiben, und zum anderen mit der Warnung, dass dadurch eine Entwicklung in Gang gesetzt werde, die das Ende der Reformen bringen könnte. Sie boten den Sozialdemokraten aber Funktionen in der KPČ und eine beschleunigte Rehabilitierung der von ihnen benannten sozialdemokratischen Opfer politischer Prozesse an. Anlässlich des 90. Jahrestages der Gründung der Sozialdemokratischen Partei wurden ihre Tradition öffentlich gewürdigt und ein erst sechs Jahre zuvor geschlossenes Museum in den Gründungsräumen wiedereröffnet. Die Feierlichkeiten im Juni waren für Dubček und den stellvertretenden Vorsitzenden der Nationalen Front Evžen Erban, einen ehemaligen Sozialdemokraten, jedoch zugleich ein Anlass, einer Wiederherstellung der sozialdemokratischen Partei eine klare Absage zu erteilen. Wegen des wachsenden Drucks aus der Sowjetunion erklärten sich die Sozialdemokraten nach mehreren weiteren Treffen mit Smrkovský schließlich bereit, bis zum 14. Parteitag der KPČ auf alle öffentlichen Schritte zu verzichten, um die Lage der Reformen nicht unnötig zu komplizieren.

Wie stark die in zahlreichen Ortschaften vertretenen sozialdemokratischen Vorbereitungskomitees wirklich waren, kann nicht genau gesagt werden, doch wie der KAN hatten auch sie keine Massenbasis. Obwohl die Führer beider Organisationen die Anzahl ihrer potenziellen Unterstützer sehr optimistisch einschätzten, standen ihre Chancen schlecht, sich zu wirklichen Alternativen zur KPČ zu entwickeln. Dazu trug sicherlich die Bedrohung durch die Sowjetunion, die DDR, Polen, Ungarn und Bulgarien bei, denn dadurch entstand eine Atmosphäre der nationalen Einheit, die Dubček zugute kam. Der eigentliche

Grund für ihre Schwäche war aber die Abneigung der Tschechen und Slowaken gegenüber allen Organisationen mit einem politischen Programm – vermutlich eine Gegenreaktion auf den in kommunistischen Staaten ausgeübten Zwang, zur Wahrung beruflicher oder privater Chancen in Massenorganisationen wie Gewerkschaft oder Jugendverband einzutreten. In einer Mitte Mai 1968 durchgeführten Umfrage lehnte es weit mehr als die Hälfte der Befragten prinzipiell ab, Mitglied einer politischen Organisation zu werden. Das steht nur scheinbar im Widerspruch zu den Ergebnissen einer einen Monat zuvor im tschechischen Landesteil durchgeführten Umfrage, derzufolge 81 Prozent die aktive Teilnahme am politischen Leben befürworteten. Das politische Engagement der Tschechen und Slowaken äußerte sich während des „Prager Frühlings“ vor allem in unzähligen spontanen Versammlungen, Aufrufen und Resolutionen, in denen die Arbeiter eines Betriebes, die Bewohner eines Stadtviertels oder zufällige Gruppen konkrete Forderungen vorbrachten und Stellung zu aktuellen Fragen bezogen.

„2000 Worte“ und ihre Folgen

Das wohl bekannteste Beispiel dafür ist das von Ludvík Vaculík verfasste Manifest „2000 Worte“, das mit den Unterschriften von mehr als 60 bekannten Wissenschaftlern, Schriftstellern, Schauspielern, Sportlern und anderen Personen des öffentlichen Lebens am 27. Juni gleichzeitig in Literární listy, Práce, Žemědělské noviny und Mladá fronta veröffentlicht wurde. Die Intellektuellen, die das Manifest anregten, waren über den Kurs der Parteiführung beunruhigt: Deren Verhalten gegenüber den Sozialdemokraten und die auch von Reformern ständig wiederholten abfälligen Äußerungen über den K 231 sowie den KAN ließen sie ein Ende der Reformen von oben fürchten. Hinzu kamen die Manöver des Warschauer Pakts auf dem Gebiet der ČSSR, die wachsende Aktivität konservativer Kreise in

der Partei, die sich vom Schock des Frühjahrs erholt hatten, und die zunehmende Zahl anonymer Briefe an engagierte Reformunterstützer, „für deren Abfassung sich ehemalige SA-Männer und Gardisten nicht zu schämen brauchten“, wie es ein Kommentator der *Literární Listy* vornehm umschrieb. In dieser Situation, in der die politische Spannung und die Angst vor einem Gegenschlag orthodox-kommunistischer Kräfte wuchs, wollten Ludvík Vaculík und die übrigen Unterzeichner der „2000 Worte“ den Reformen durch Druck von unten neuen Schwung geben, um sie unumkehrbar zu machen. Der Zeitpunkt der Veröffentlichung war dabei nicht zufällig, denn in den Tagen darauf fanden die Kreiskonferenzen der KPČ statt, auf denen die Delegierten für den außerordentlichen Parteitag im September gewählt wurden.

Am Anfang der „2000 Worte“ steht eine Bestandsaufnahme der zwanzigjährigen KP-Herrschaft, die der ähnlich ist, mit der Ludvík Vaculík genau ein Jahr zuvor auf dem Kongress des Schriftstellerverbands Aufsehen erregte. Daran schließt sich eine kurze Würdigung der Reformen und die Anerkennung für die Reformer an der Parteispitze an, doch im Zentrum des Textes steht die Aufforderung an jene, „die bisher nur abgewartet haben“, endlich ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen: „In den kommenden Tagen müssen wir aber mit eigener Initiative und mit eigener Tatkraft vorangehen.“ Um die Demokratie durchzusetzen, sollten in allen möglichen Angelegenheiten Bürgerausschüsse und Komitees gebildet werden: „Das ist sehr einfach: Es treten einige Leute zusammen, sie wählen sich einen Vorsitzenden, sie führen ein Protokoll, sie veröffentlichen ihr Anliegen, verlangen dessen Lösung und lassen sich nicht niederschreiben.“ Das Manifest zeichnet sich durch eine eigenartige Mischung aus Pathos, naiver Aufbruchstimmung und nüchternem Realitätssinn aus. Die Vorstellung, Reformen seien ohne oder gar gegen die KP möglich, wird ebenso zurückgewiesen wie die populäre Forderung nach höheren Löhnen (im Frühsommer gab es einige wilde Streiks): „Wir können jetzt mehr Geld verlangen – das sich beliebig drucken und damit

entwerten lässt. Fordern wir daher lieber von den Herren Direktoren und Vorsitzenden, uns Zahlen vorzulegen, Rechnung zu legen darüber, was und zu welchem Preis sie zu produzieren gedenken (...).“

Aufsehen erregten die „2000 Worte“ vor allem aufgrund von zwei Textstellen. Die Unterzeichner forderten dazu auf, die Demokratisierung in den Bezirken und Kreisen durch die Auswechslung kompromittierter Funktionäre voran zu treiben: „Es ist jetzt notwendig, Methoden zu entwickeln, um sie zum Rücktritt zu zwingen. Zum Beispiel: öffentliche Kritik, Resolutionen, Demonstrationen, demonstrative Arbeitseinsätze, Geldsammlungen für sie, um sie mit einer Rente abzufinden, Streik und Boykott. Es müssen aber Aktionen verhindert werden, die nach dem Gesetz nicht erlaubt, die unanständig und grob sind (...).“ Trotz des letzten Satzes wurden diese Formulierungen von den Konservativen in der KPČ und von den sozialistischen Verbündeten, aber auch von vielen hochrangigen Reformern als unverblühte Aufforderung zum geistigen und körperlichen Terror gegen Kommunisten verstanden. Als Beleg dafür, dass das Manifest die gewaltsame Konterrevolution propagiere, wurden von interessierten Kreisen auch die Sätze zur internationalen Lage angeführt. Ohne dass die Sowjetunion beim Namen genannt wird, ist von der Möglichkeit die Rede, dass ausländische Mächte in die Entwicklung in der Tschechoslowakei eingriffen: „Unserer Regierung müssen wir zu verstehen geben, dass wir hinter ihr stehen, wenn nötig in Waffen, solange sie das tun wird, wofür wir ihr unser Mandat gegeben haben.“ Vor allem die Bereitschaft zum bewaffneten Kampf gegen die Bedrohung durch eine ausländische Macht – mit der in dieser Situation nur die Sowjetunion gemeint sein konnte – rief in der ganzen tschechoslowakischen Parteiführung, die Reformer eingeschlossen, und im sozialistischen Ausland heftige, geradezu hysterische Reaktionen hervor.

Noch am Tag der Veröffentlichung der „2000 Worte“ entluden sich die in den Wochen zuvor beständig größer gewordenen

Spannungen zwischen Konservativen, gemäßigten Reformern und radikalen Reformern. Die Positionen der einzelnen Lager prallten so hart und unvermittelt aufeinander wie nie zuvor. Das Parteipräsidium der KPČ trat sofort zu einer Sondersitzung zusammen, um über eine Antwort zu beraten. Nach langen Diskussionen einigte sich die Parteiführung auf eine Erklärung, in der das Manifest scharf verurteilt wurde, die aber dennoch die Handschrift der Reformer trug: An den guten Absichten der Verfasser, hieß es darin, könne es keine Zweifel geben, doch objektiv betrachtet könne der Aufruf die Reformen behindern oder gar gefährden, da darin die Partei angegriffen werde. Vor allem die Forderung nach einer Beschleunigung der Demokratisierung und die außenpolitischen Aussagen, die im Widerspruch zur Ansicht der Partei stünden, könnten der neuen Politik schaden.

Andere konnten in den „2000 Worten“ keine guten Absichten entdecken: Der General Samuel Kodaj, ein Abgeordneter der Nationalversammlung, bezeichnete die „2000 Worte“ als Anstiftung zur Konterrevolution und verlangte die Einschaltung des Generalstaatsanwalts. Auf seinen Antrag fand im Parlament eine lange Debatte über den Text statt, in deren Verlauf sich zeigte, dass er mit dieser Haltung nicht allein stand. Konservative KP-Abgeordnete forderten in einer geschlossenen Sitzung, deren Inhalt der Öffentlichkeit aber bekannt wurde, sogar die Mobilisierung der Arbeitermilizen, die Besetzung von Rundfunk-, Fernseh- und Verlagsgebäuden sowie den Rücktritt des Parteipräsidiums und des Innenministers, denen die Schuld dafür angelastet wurde, dass die „Konterrevolution“ ihr Haupt so „frech“ erheben konnte. Am Ende stimmte das Parlament aber trotzdem für eine Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Oldřich Černík, die inhaltlich ähnlich gemäßigt war wie die des Parteipräsidiums und ausdrücklich von den guten Absichten der Unterzeichner der 2000 Worte ausging.

Auf die Reaktion folgte die Gegenreaktion: Bei den Redaktionen der Zeitungen, die die „2000 Worte“ veröffentlicht hatten,

gingen nach den Erklärungen von Parteipräsidium, Regierung und Parlament innerhalb weniger Tage Zehntausende von Briefen, Telegrammen und Unterschriftenlisten zur Unterstützung des Manifests ein. In den hochschlagenden Wogen der Empörung über die Äußerungen Kodajs und anderer Stalinisten waren die Reformer in der Parteiführung wegen ihrer ablehnenden Haltung zu den „2000 Worten“ erstmals in Gefahr, die Unterstützung der Bevölkerung zu verlieren. Dass es dazu nicht kam, war auch einem sehr persönlichen Artikel Josef Smrkovskýs zu verdanken, der in der darauf folgenden Woche unter dem Titel „1000 Worte“ zugleich in *Rudé právo*, *Práce* und *Mladá fronta* erschien. Darin stellte er klar, dass er die Hauptgefahr in den Kräften sehe, die in die Zeit vor dem Januar zurückwollten, während er im Verfasser und in den Unterzeichnern der „2000 Worte“ Menschen sehe, mit denen er eine gemeinsame Sprache spreche. Er warf ihnen aber „politischen Romantizismus“ vor, den sich die Führung des Landes nicht erlauben könne, da sie die Verantwortung für dessen Geschichte trage. Entscheidend für die Wirkung des Beitrags waren wohl die dann folgenden Sätze: „Damit verwerfe ich keineswegs das, was ich als ‚politischen Romantizismus‘ bezeichnet habe. Ich erblicke in ihm auch ein Moment der nützlichen und notwendigen Opponentur, die die Grenzen unserer politischen Erwägungen erweitert, die Politik vor Konventionen und ausgetretenen Pfaden bewahrt.“ Wenn ein führender Politiker einer herrschenden kommunistischen Partei eine Meinung als falsch verurteilte, kam das normalerweise ihrem Verbot gleich – und so verstand die tschechoslowakische Öffentlichkeit die Kritik des Parteipräsidiums und der Regierung an den „2000 Worten“. Wie der Ruf Kodajs nach dem Staatsanwalt zeigte, war das von den konservativen Mitgliedern des Zentralkomitees und der Nationalversammlung auch so gemeint. Smrkovský machte dagegen klar, dass er bei aller Kritik die Meinungen anderer für wichtig und berechtigt hielt.

Mit der Klärung der Fronten, die sich so vollzog, hatten die Initiatoren der „2000 Worte“ eines ihrer Ziele erreicht. Die ent-

scheidende politische Grenze verlief spätestens seit diesen Tagen nicht mehr zwischen Kommunisten und Nichtkommunisten, wie noch zu Beginn des Jahres, sondern zwischen Befürwortern und Gegnern der Reformen. Ihr eigentliches Ziel verfehlten die „2000 Worte“ aber: Die Bevölkerung unterstützte das Manifest zwar mit ihren Unterschriften gegen die Kritik der Parteiführung und der orthodoxen Kommunisten, doch der Aufforderung, Bürgerausschüsse zu bilden, folgte sie nicht. Dass dies kein Mangel an Interesse für die Reformen sein musste, zeigte sich einen Monat später in den Tagen vor dem Treffen der tschechoslowakischen und der sowjetischen Parteispitze in der ostslowakischen Kleinstadt Čierná nad Tisou. In der Zwischenzeit hatten die fünf späteren Interventionsmächte in einem gemeinsamen Brief an die Staats- und Parteiführung der ČSSR erklärt, dass sie das weitere Vordringen der Konterrevolution in der Tschechoslowakei nicht dulden könnten, da die Verteidigung des Sozialismus die gemeinsame Aufgabe aller Kommunistischen Parteien sei. In Čierná ging es darum, ob die sowjetische Parteiführung es schaffen würde, von der in Konservative und Reformen gespaltenen Spitze der KPČ eine Rücknahme der Reformen zu erzwingen (siehe dazu das folgende Kapitel). Zur Unterstützung der Reformen veröffentlichte Literární Listy in einer Extraausgabe am 26. Juli eine „Botschaft der Bürger an das Präsidium des ZK der KPČ“, in der die Parteiführung zur Standhaftigkeit aufgefordert wurde: „Verhandeln Sie, erklären Sie, aber verteidigen Sie einig und unnachgiebig den Weg, den wir eingeschlagen haben und den wir lebend nicht verlassen werden. (...) Wir denken an Sie. Denken Sie an uns.“ In den drei Tagen bis zum Beginn der Gespräche wurde dieser Aufruf von mehr als einer Million Menschen unterschrieben.

Die Reaktion der anderen sozialistischen Staaten

Auch in den Beziehungen der ČSSR zu den anderen sozialistischen Staaten deutete in den ersten Wochen nach der Ablösung Novotnýs von der Parteispitze im Januar 1968 nichts auf Veränderungen hin. Die Verbündeten betrachteten das Geschehen in der Tschechoslowakei aufmerksam, doch ohne Besorgnis. Ende Januar reiste Dubček auf Einladung Breschnews nach Moskau, wo die beiden Parteichefs dem Abschlusskommuniqué zufolge in einer „freundschaftlichen und herzlichen Atmosphäre“ in allen Fragen „völlige Übereinstimmung“ erzielten. Drei Wochen später gab es während Breschnews Besuch in Prag anlässlich des 20. Jahrestages der Machtergreifung der KPČ erste Unstimmigkeiten, aber weil Dubček sich nicht dagegen wehrte, den Text seiner Rede dem Generalsekretär der KPdSU zur Genehmigung vorzulegen, und dann dessen Änderungen akzeptierte, bestand für die Sowjetunion immer noch kein Grund zur Beunruhigung. Der DDR-Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht dagegen soll die Situation in der Tschechoslowakei beim abendlichen Bankett schon mit der 1956 in Ungarn verglichen haben. Die Öffentlichkeit erfuhr davon nichts und hörte stattdessen, wie Dubček die Bündnistreue der ČSSR betonte: „Die Festigung der Einheit und brüderlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und den anderen sozialistischen Ländern, die auf den Prinzipien der Gleichberechtigung, des wechselseitigen Nutzens und Respekts sowie fester internationaler Solidarität beruht, bleibt auch weiterhin die Achse unserer Außenpolitik.“ Gegen die Reformen, die Dubček in seiner Rede ankündigte, hatten die übrigen Parteichefs nichts einzuwenden, da ihnen die Krise bekannt war, in der sich die Tschechoslowakei nach der Herrschaft Novotnýs befand. Selbst die dogmatische DDR-Führung erwartete, dass nach dem Wechsel an der Spitze der KPČ deren Parteiarbeit belebt würde.

Bis zum Treffen der Staats- und Parteiführungen des Warschauer Paktes in Sofia am 6. und 7. März hatte sich bei den Verbündeten aber schon einiger Unmut angestaut. Mit dem zwei Tage zuvor gefassten Beschluss, die Zensur aufzuheben, hatte das Parteipräsidium der KPČ nach Ansicht der SED ein wesentliches Mittel zur Sicherung der sozialistischen Macht aus den Händen gegeben. Der DDR-Staatsratsvorsitzende Walter Ulbricht stand mit seiner Ansicht nicht alleine: Der bulgarische Parteichef Todor Schiwkow drängte KPdSU-Generalsekretär Leonid Breschnew und den sowjetischen Ministerpräsidenten Alexej Kosygin schon zu diesem frühen Zeitpunkt, „kein Risiko zu scheuen, um keine konterrevolutionäre Entwicklung in der Tschechoslowakei und ihren Verlust zuzulassen“. Breschnew war inzwischen von sich aus tätig geworden und hatte Dubček seine Besorgnis „über Erscheinungen mit antisozialistischem Charakter“ mitgeteilt. All das spielte sich aber nur in Gesprächen am Rande ab. Das Hauptthema des Treffens war das Ausscheren Rumäniens aus der Disziplin des Warschauer Paktes, das sich der führenden Rolle der Sowjetunion nicht beugen wollte. In dieser Frage unterstützte die Tschechoslowakei die Position der Sowjetunion ohne Vorbehalte.

Dresden: Die erste Warnung an Dubček

Nur wenige Tage später schrillten in Ost-Berlin alle Alarmglocken. Eine Woche nachdem die Pressefreiheit in der ČSSR offiziell eingeführt wurde, und zwei Wochen bevor Novotný unter dem Druck der Öffentlichkeit von seinem Amt als Präsident zurücktreten musste, berichtete der Botschafter der DDR in Prag, Peter Florin, am 11. März nach Ost-Berlin: „Die Aktivität der oppositionellen Kräfte hat sich in den letzten Tagen verstärkt und erhält zunehmend offene konterrevolutionäre Züge.“ Diese Einschätzung wurde auch von der Führung der KPdSU geteilt, die die Lage Ende Februar noch mit weniger Sorge

als die SED betrachtet hatte, nun aber der Ansicht war, dass gehandelt werden müsse. Breschew lud Dubček für den 23. März zu einem kurzfristig anberaumten Treffen der Parteien der Staaten des „Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RGW) nach Dresden ein, bei dem über wirtschaftliche Probleme innerhalb der Organisation gesprochen werden sollte. Das störrische Rumänien wurde zu der Sitzung nicht eingeladen, obwohl es RGW-Mitglied war, da es den eigentlichen Zweck der Begegnung vermutlich nicht unterstützt hätte: Auf der Tagesordnung standen keine Wirtschaftsfragen, sondern einzig und allein die Beurteilung des Reformkurses in der ČSSR durch die Parteichefs der Sowjetunion, der DDR, Polens, Bulgariens und Ungarns. Breschew hatte Dubček angelogen. Neben dem sowjetischen Parteichef warfen vor allem Ulbricht und Gomulka den tschechoslowakischen Genossen vor, durch die Abschaffung der Zensur und die personellen Veränderungen in Partei, Staat und Gewerkschaften antisozialistische Kräfte zu begünstigen. Etwas sanftere Töne schlug János Kádár an, aber auch der Erste Sekretär der ungarischen Partei warnte vor den Gefahren einer Konterrevolution, indem er die Situation in der Tschechoslowakei mit der verglich, die in Ungarn in den Monaten vor dem Volksaufstand von 1956 herrschte. Die Erwartung an die Führung der KPČ war klar: Sie sollte hart gegen die antisozialistischen Kräfte durchgreifen. In den Worten Kosygin's klang schon die Drohung einer Einmischung von außen an: „Die Sache der Tschechoslowakei ist unsere gemeinsame Sache, und wir überlassen diese Sache nicht unserem Feind, was uns das auch kosten möge!“ Wie zur Bekräftigung dieser Worte hielt sich im Tagungsgebäude eine auffällig hohe Anzahl sowjetischer Offiziere auf.

Die überrumpelte KPČ- Delegation wehrte sich nur schwach. Dubček erläuterte die Grundzüge der geplanten Reformen und versicherte, man sei gegenüber extremen politischen Kräften wachsam; der eher konservative Jozef Lenárt verneinte die Existenz einer konterrevolutionären Situation. Den heftigsten Widerstand zeigten die tschechoslowakischen Kommunisten ge-

gen die Veröffentlichung eines vorgefertigten Kommuniqués über das Treffen, das die Sowjetunion schon kurz nach Beginn der insgesamt mehr als zehnstündigen Beratungen vorlegte. Darin war von den verstärkten Aktivitäten antisozialistischer Elemente in der ČSSR und der von den Bruderparteien erwähnten Notwendigkeit die Rede, dagegen rechtzeitig mit entschiedenen Maßnahmen vorzugehen. Dass schließlich auf die Veröffentlichung dieses Textes verzichtet wurde, war kein wirklicher Erfolg der KPČ-Führung, denn intern beharrte die Sowjetunion auf ihrer Sicht der Dinge. Sie ließ mit sich nicht über die Sache, sondern nur über die Vorgehensweise reden.

Die schärfsten Gegner der Reformen: Die Sowjetunion, Polen und die DDR

Die Entschiedenheit, mit der die Parteiführungen der DDR, Polens und der Sowjetunion ein Ende der Liberalisierung in der ČSSR verlangten, hatte verschiedene Ursachen. Für die Sowjetunion war die Tschechoslowakei wegen ihrer geografischen Lage ein zentraler Baustein des Sicherheitssystems in Europa: Ihr Abfall hätte eine militärische Verteidigung der Staaten des Warschauer Paktes unmöglich gemacht, weil sie das Gebiet des Bündnisses zwischen Polen und der DDR einerseits und Ungarn andererseits wie ein Keil von Westdeutschland bis zur sowjetischen Grenze durchschnitt. Da die Tschechoslowakei der einzige sozialistische Staat in Ostmitteleuropa war, in dem keine sowjetischen Truppen stationiert waren, war sie in den Augen der sowjetischen Strategen ohnehin ein militärischer Schwachpunkt, in dem eine politische Destabilisierung daher auf keinen Fall zugelassen werden durfte. Von einer auf politische Eigenständigkeit bedachten KPČ konnte die Sowjetunion noch weniger Entgegenkommen für ihren seit 1965 immer wieder vorgetragenen Wunsch nach einer Truppensta-

tionierung erwarten, als das bei Novotný der Fall war – und schon der hatte sich diesem Ansinnen widersetzt.

Für Ulbricht, der sich als großen Theoretiker des Marxismus-Leninismus sah, war die Entwicklung in der ČSSR ein Beispiel dafür, welche Folgen nachlassende ideologische Strenge hat. Er blickte schon seit Mitte der Sechzigerjahre mit Missfallen auf die zunehmende Westorientierung der tschechoslowakischen Intellektuellen und die vollkommene Abkehr der Schriftsteller und Künstler von der Doktrin des sozialistischen Realismus, deren Gültigkeit er 1965 vom DDR-Schriftstellerverband nochmals bekräftigen ließ. In Polen sah sich Gomulka Anfang 1968 mit einer starken regimiekritischen Studentenbewegung konfrontiert, der die Sicherheitskräfte nur mit Mühe Herr werden konnte. Das Vorbild eines freiheitlichen Aufbruchs in einem sozialistischen Nachbarland war für ihn daher gefährlich – zumal er gleichzeitig auch noch in einen erbittert geführten Machtkampf in der eigenen Partei verstrickt war.

Auch für die DDR und die Volksrepublik Polen waren sicherheitspolitische Interessen der wichtigste Grund dafür, dass ihnen an der unbedingten Linien- und Bündnistreue der ČSSR besonders viel lag – mehr als an der Ungarns, das schon etwas früher eine begrenzte Liberalisierung eingeleitet hatte. Beide Staaten fürchteten einen westdeutschen Revanchismus, dem ihrer Ansicht nach eine politisch offene Tschechoslowakei nutzen würde. Der DDR war besonders wichtig, dass kein Staat des Warschauer Pakts diplomatische Beziehungen mit der Bundesrepublik Deutschland aufnahm, bevor diese ihren Alleinvertretungsanspruch aufgab und die DDR anerkannte. Das war der für die Staaten des Warschauer Paktes verbindliche Standpunkt, zu dem sich auch die Tschechoslowakei bekannte. Obwohl es keine ernsthaften Anzeichen dafür gab, dass sich an dieser Haltung unter Dubček etwas ändern würde, fürchtete die DDR eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR. Das lag an der unterschiedlichen Einschätzung der sich abzeichnenden Ostpolitik Willy Brandts:

Während die Tschechoslowakei darin eine positive Tendenz sah und der Ansicht war, man müsse die „realistischen Kräfte“ in Westdeutschland unterstützen, sahen die DDR und Polen darin einen Versuch, die sozialistischen Staaten zu spalten und damit für eine revanchistische Politik angreifbar zu machen.

Diese Linie wurde auch in der Abschlusserklärung des Dresdener Gipfels festgeschrieben, der der Öffentlichkeit als Meinungsaustausch zu Fragen der europäischen Sicherheit präsentiert wurde: Besondere Aufmerksamkeit hätte während der Beratungen den Aktivitäten der Regierung Kiesinger-Brandt gegolten, „die gegen die Interessen der DDR und der anderen sozialistischen Staaten gerichtet sind“. Das Dokument hatte wenig mit dem tatsächlichen Gesprächsinhalt zu tun, aber es legte die tschechoslowakischen Reformer öffentlich auf Positionen fest, die später gegen sie verwendet werden konnten. So war darin die Rede davon, dass die gegenwärtige internationale Situation eine besondere Wachsamkeit gegenüber „aggressiven Bestrebungen und subversiven Aktionen der imperialistischen Kräfte“ erfordere. Dass sie die kritischen Diskussionen, die offenen Rücktrittsforderungen gegen langjährige Staats-, Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre sowie die entstehenden unabhängigen Initiativen in der ČSSR als Ergebnis solcher subversiver Aktionen ansahen, machten Breschnew, Ulbricht und Gomulka in den Gesprächen unmissverständlich klar. Indem die KPČ-Führung der Erklärung zustimmte, erklärte sie sich daher in der Logik der Bruderparteien dazu bereit, diesem Treiben Einhalt zu gebieten. Dubček und die anderen Reformer in der KPČ-Führung dagegen hofften, sich durch die Zustimmung zu solchen Formeln und durch unbedingte außenpolitische Linientreue Spielraum für ihre innenpolitischen Reformen zu verschaffen.

Von der negativen Beurteilung der Entwicklung in der ČSSR stand in der Abschlusserklärung des Dresdner Gipfels nichts. In der Tschechoslowakei lösten die Umstände der ohne erkennbaren äußeren Anlass und ohne lange Vorbereitung organisier-

ten Begegnung dennoch eine gewisse Unruhe aus, die durch eine Rede des SED-Chefideologen Kurt Hager wenige Tage später noch verstärkt wurde. Hager griff Smrkovský persönlich scharf an, da dieser mit seinen Auftritten den „westdeutschen Propagandazentralen“ Vorlagen für ihre Kampagne gegen die DDR gegeben habe: „Sie zitieren eifrig die Äußerungen des Forstministers Smrkovský, sie geben in aller Ausführlichkeit die Angriffe von Journalisten und Schriftstellern auf die führende Rolle der Partei, auf das Zentralkomitee und seinen Apparat, auf führende Vertreter der Regierung wieder.“ Es war klar, dass Hager ohne Ulbrichts Zustimmung ein Regierungsmitglied eines anderen sozialistischen Staates nicht öffentlich attackiert hätte und dass Ulbricht wiederum seine Zustimmung nicht gegeben hätte, wenn er sich nicht von Moskau dazu ermutigt gefühlt hätte. Damit war offensichtlich, was zuvor jeder ahnen konnte: Die tschechoslowakischen Reformen hatten nicht den Segen der Sowjetunion.

Hagers Angriffe galten nicht zufällig Smrkovský, der zwar einer der exponiertesten Reformer in Regierung und Zentralkomitee war, aber noch nicht zum Parteipräsidium gehörte. Die engere Parteiführung der KPC sollte von öffentlicher Kritik noch ausgenommen bleiben, da die Parteichefs der Sowjetunion, der DDR, Polens, Bulgariens und Ungarns zu diesem Zeitpunkt noch hofften, dass Dubček die in Dresden erteilte Lektion verstanden habe und mit entschiedenen Maßnahmen die alte Ordnung wiederherstellen werde. Stattdessen trieb Dubček nur wenige Tage später auf dem April-Plenum des Zentralkomitees den Reformprozess mit der Verabschiedung des Aktionsprogramms, der Umbildung des Parteipräsidiiums und der Bildung einer neuen Regierung weiter voran. Smrkovský wurde dabei Mitglied des Parteipräsidiiums.

Zum Aktionsprogramm der KPC gab es von Seiten der anderen kommunistischen Parteien keine offiziellen Stellungnahmen, doch intern galt, was Breschnew Anfang Mai in einer Sitzung des sowjetischen Politbüros sagte: Es sei „ein schlechtes Pro-

gramm, das die Möglichkeit einer Restauration des Kapitalismus schafft“. Weitere Attacken wie die von Hager blieben zunächst aber aus. Breschnew versuchte Mitte April in einem an Dubček persönlich gerichteten Brief nochmals, ihn in einem vertraulichen, väterlichen Ton von der Notwendigkeit eines harten Vorgehens und einer hohen Wachsamkeit zu überzeugen. Er zeigte Verständnis für die schwierige Situation Dubčeks, erinnerte ihn aber an die große Verantwortung für das Schicksal des Sozialismus, die er nun habe. Parallel zu den Versuchen, die tschechoslowakischen Genossen mit guten Worten auf den richtigen Weg zurückzubringen, wurden Überlegungen angestellt, wie auf die Entwicklung in der Tschechoslowakei auf anderem Wege eingewirkt werden könnte. Zu diesem Zweck wurde sondiert, wer in der ČSSR zu den „gesunden Kräften“ zählte und ein Ende der Reformen wünschte. Informationen taten Not, denn die Sowjetunion hatte allem Anschein nach wegen der Rücktritte und Entlassungen in den Machtzentren des Landes dort eine ganze Reihe von Informanten verloren. Die DDR-Führung wies Journalisten, NVA-Offiziere und SED-Funktionäre aller Ebenen an, bei Begegnungen mit tschechoslowakischen Stellen die politische Haltung der Gesprächspartner sowie die allgemeine Stimmung auszukundschaften und darüber Berichte zu schreiben.

Moskau im Mai: Deutliche Worte von Breschnew

Ihr besonderes Augenmerk richtete die Sowjetunion auf die Konflikte in der Parteispitze der KPČ. In erster Linie wollte die KPdSU-Führung natürlich herausfinden, wer konservative und wer reformerische Positionen einnahm, aber sie versuchte, auch rein menschliche Gegensätze für ihre Zwecke zu nutzen. Zur Erkundung der unterschiedlichen Ansichten und Ambitionen

der politischen Führer des „Prager Frühlings“ wurden immer wieder einzelne Personen oder kleine Delegationen zu kurzen Besuchen nach Moskau gebeten. Nachdem sich die in Dresden kritisierte Entwicklung mit der Gründung unabhängiger Organisationen wie des KAN oder des K 231 im April noch verstärkt hatte, lud Breschnew für den 4. und 5. Mai eine vierköpfige Delegation des Präsidiums der KPČ zu einem Gipfeltreffen nach Moskau ein. Er hielt Dubček, Černík, Smrkovský und Bil'ak ihre Untätigkeit im Kampf gegen antisozialistische Kräfte vor und führte die Mai-Demonstration in Prag als Beispiel für das offene und organisierte Auftreten konterrevolutionärer Gruppen an: Anders als in den Jahren zuvor hatten die Menschen in Prag am 1. Mai 1968 freiwillig demonstriert, um den Kurs der Partei zu unterstützen. KAN, K 231, die Pfadfinder, die Sokol-Sportvereine und andere nichtkommunistische Gruppen hatten eigene Transparente mitgeführt, auf denen nicht – wie sonst in kommunistischen Staaten üblich – die Partei gepriesen, sondern Pressefreiheit oder Rehabilitation gefordert wurde. Dass dieser Volksaufmarsch spontan und ohne heimliche Regie zustande gekommen war, konnte sich der Generalsekretär der KPdSU nicht vorstellen.

Dubček gab Breschnew zwar darin recht, dass es in der Tschechoslowakei viele negative „kleinbürgerliche“ Erscheinungen gebe, verwahrte sich aber gegen den Vorwurf, es sei eine Konterrevolution im Gange. Die führende Rolle der Partei stehe nicht zur Diskussion, sondern werde durch die Reformen gestärkt. Niemandem werde erlaubt, ein wirkliches Gegengewicht zur Partei zu schaffen, aber es sei besser, keinen Zwang anzuwenden, nötig seien vielmehr Geduld und Überzeugungsarbeit. Auch Černík und Smrkovský sprachen in diesem Sinne, während Bil'ak die Gefahr einer Konterrevolution einräumte. Die sowjetischen Gesprächspartner waren über die optimistische Einschätzung der Lage durch die drei Reformer verärgert und verlangten von Dubček, er solle endlich ein wirklicher Parteiführer werden. Sie waren sich noch nicht darüber im klaren, was sie vom Ersten Sekretär der KPČ zu halten hatten:

Einerseits gab er zu, dass oppositionelle Strömungen in der ČSSR offen auftraten, und versprach, etwas dagegen zu tun, aber andererseits beharrte er stets darauf, dass die Partei die Kontrolle über die Lage habe und ohne die Anwendung von Unterdrückungsmaßnahmen auskomme.

Die Antireform-Koalition formiert sich

Diese Unsicherheit wurde einige Tage später, am 8. Mai, bei einem Treffen der Parteichefs der Sowjetunion, der DDR, Polens, Bulgariens und Ungarns in Moskau in deutlich, bei dem die sowjetische KP-Führung über den Verlauf der Gespräche mit den tschechoslowakischen Kommunisten berichtete. Breschnew charakterisierte Dubček als „schwach und unerfahren, vielleicht aber auch schlau“. Das Problem mit ihm sei, dass er den sowjetischen Vorwürfen immer zustimme, dann aber nichts unternehme. Die anderen Parteiführer waren sich ebenfalls nicht einig, wie sie Dubček einschätzen sollten. Der Ungar János Kádár war der Ansicht, Dubček sei ein ehrlicher Kommunist, der aber in einer schwierigen Situation sei, weil er gleichzeitig an zwei Fronten kämpfen müsse – gegen die konservativen Anhänger Novotnýs und gegen die Konterrevolution. Ulbricht dagegen meinte schon bei diesem Treffen, Dubček sei ein „hoffnungsloser Fall“. Wie Breschnew war der DDR-Staatsratsvorsitzende besonders über die Mai-Demonstration in Prag erbost, zumal er anhand einer Filmaufnahme beweisen konnte, dass Dubček auch Marschierern aus „antisozialistischen Organisationen“ freundlich zugewunken hatte. Obwohl Kádár und Ulbricht über die Person Dubčeks und die Gefährlichkeit der aktuellen Lage unterschiedlicher Meinung waren, unterschied sich ihre Einschätzung der Lage nicht grundsätzlich. Auch Kádár war der Ansicht, dass es im ZK der KPČ eine ganze Reihe von Leuten gebe, „für die kein Platz in irgendeiner kommunistischen Partei sein kann“. Wenn Dubček

dagegen nicht kämpfe, „dann müssen wir jemand anderen finden, der gegen die Konterrevolution auftritt“.

Mit der Begegnung in Moskau wurde eine informelle Fünfer-Gruppe im Warschauer Pakt etabliert, die regelmäßig Informationen über die Entwicklung in der Tschechoslowakei austauschte und darin einig war, dass eine Einmischung von außen zur Rettung des Sozialismus in der Tschechoslowakei nötig sei. Vorerst war damit die aktive Unterstützung von Reformgegnern in der Partei gemeint, für deren Sache die „Fünf“ auch Leute wie Smrkovský noch zu gewinnen versuchten. So bot Breschnew Anfang Juni während des Besuchs einer Delegation der tschechoslowakischen Nationalversammlung in der Sowjetunion Smrkovský in einem Vieraugengespräch an, anstelle von Dubček Erster Sekretär der KPC zu werden. An ein militärisches Eingreifen dachte die Antireform-Allianz im Mai noch nicht, beschloss aber, zur Einschüchterung sobald wie möglich auf dem Gebiet der ČSSR Manöver abzuhalten, um den tschechoslowakischen Reformern diese Möglichkeit vor Augen zu halten. Dieses Vorhaben wurde ab dem 20. Juni mit einer Übung namens „Šumava“ („Böhmerwald“) verwirklicht, an der ungefähr 42.000 Soldaten teilnahmen, obwohl sie den tschechischen Behörden lediglich als Stabsübung angekündigt worden war. Das Oberkommando der tschechoslowakischen Armee wurde weder in die Manöverleitung einbezogen, noch wurden ihm Dauer und Ziel der Übung sowie die genaue Stärke der Truppen mitgeteilt. Als Dubček und Černík am 30. Juni das Ende der Manöver bekanntgaben, wurden sie von Marschall Jakubowski, dem Oberbefehlshaber der Vereinigten Streitkräfte des Warschauer Paktes, brüskiert – er ließ die Übung bis zum 2. Juli fortsetzen. Der Abzug der sowjetischen Truppen zog sich danach fast einen Monat hin.

Der erste konkrete Schritt der Fünf war eine koordinierte Pressekampagne gegen die ČSSR, die in der DDR schon am 9. Mai mit einem Artikel in der „Berliner Zeitung“ begann. Darin wurde berichtet, dass unter dem Vorwand von Filmaufnahmen

amerikanische Panzer in die Tschechoslowakei geschafft worden seien, wo sich schon zahlreiche amerikanische Agenten als vorgebliche Touristen aufhielten. Diese Propaganda zielte gleichermaßen auf die Tschechoslowakei, wo sie den „gesunden Kräften“ Argumentationshilfe geben sollte, wie auf die DDR-Bevölkerung, der ein negatives Bild von der Entwicklung beim südlichen Nachbarn vermittelt werden sollte. Mitte Mai wurde in der DDR die deutschsprachige Prager „Volkszeitung“ auf den Index gesetzt, deren Verbreitung schon in den Wochen zuvor behindert worden war.

Dubček, Černík und Smrkovský waren schockiert von Breschnews Angriffen auf die Reformpolitik und begannen nach ihrer Rückkehr aus der Sowjetunion, vor antisozialistischen Kräften zu warnen. Neben den schon beschriebenen innenpolitischen Gründen ist das vor allem auf die Erkenntnis zurückzuführen, dass ihre Handlungsfreiheit innerhalb des sozialistischen Lagers kleiner war, als sie gedacht hatten. Die Resolution des Mai-Plenums des Zentralkomitees, in der vor allem vor der Gefahr durch die Rechten gewarnt wurde, sollte daher auch ein Signal nach Moskau sein. Dort bewirkte es aber ebenso wenig wie bei den feindlichen Lagern in der Tschechoslowakei, denn den Worten folgten entgegengesetzte Taten. Das Verbot der Zensur durch den Zusatz zum Pressegesetz verschaffte der von der Sowjetunion regelmäßig kritisierten Entwicklung in den tschechoslowakischen Medien eine gesetzliche Grundlage, und das Rehabilitationsgesetz musste die sowjetische Führung als Schlag ins Gesicht empfinden, denn sie leitete durch ihre Parteihistoriker gerade eine teilweise Rehabilitierung Stalins ein. Außerdem konnte eine ernsthafte Untersuchung des politischen Terrors in der Tschechoslowakei nach 1948 nicht daran vorbei kommen, auch die Rolle sowjetischer Berater zu untersuchen. Die tschechoslowakische Presse, die nun nicht mehr zensuriert werden durfte, hatte dieses Thema sehr zum Ärger der Sowjetunion schon seit Ende April mehrfach aufgegriffen.

Der Brief aus Warschau

Die „2000 Worte“ machten in den Augen der sowjetischen Führung das Maß voll. Am 4. Juli erhielt Dubček einen Brief vom Politbüro der KPdSU, in dem vor der Konterrevolution gewarnt wurde, die auch in der tschechoslowakischen Partei und sogar in deren ZK Sympathisanten habe. Das Politbüro forderte vom Präsidium der KPČ, Einigkeit zu zeigen, endlich hart durchzugreifen und vor allem die Medien wieder unter Kontrolle zu bringen. Dabei werde es von der Sowjetunion jede nötige Hilfe erhalten. Ähnliche Briefe gingen auch aus den anderen vier Ländern der Fünfergruppe ein. In einem Telefongespräch am selben Tag, schlug Breschnew für den 7. Juli einen Gipfel mit den anderen vier Parteien vor, doch Dubček lehnte diesen Termin mit der vorgeschobenen Begründung ab, die Mitglieder des Präsidiums seien über das ganze Land verstreut mit der Vorbereitung des Parteitags beschäftigt und könnten sich frühestens am 8. Juli wieder treffen. Daraufhin sandte ihm Breschnew eine schriftliche Einladung zu Beratungen in Warschau zu einem späteren Termin in der darauf folgenden Woche. In seiner Sitzung am 8. Juli zeigte sich das Parteipräsidium der KPČ gespalten. Vasil Bil'ak und Drahomír Kolder sahen in dem Treffen in Warschau die Chance für einen konservativen Umschwung und wollten deshalb daran teilnehmen, während die Reformer aus demselben Grund dagegen waren. Sie konnten sich im Präsidium mit dem Vorschlag an die fünf Bruderparteien durchsetzen, zuerst zu bilateralen Gesprächen zusammenzukommen und einen multilateralen Gipfel mit Rumänien und Jugoslawien während des Parteitages im September in Prag abzuhalten. Darauf ging die Sowjetunion nicht ein und ließ das Treffen in Warschau am 14. Juli ohne die ČSSR stattfinden.

In Warschau verfasste die Antireformkoalition einen Brief an das ZK der KPČ, der am 18. Juli in den Parteiorganen der fünf Staaten veröffentlicht wurde. Kaum etwas an der in dem Schreiben vorgebrachten Kritik an der Reformpolitik war neu, doch die

Vorwürfe erhielten dadurch, dass sie von den Parteichefs gemeinsam in einem offiziellen Schreiben erhoben wurden, eine neue Qualität. Am Tag darauf antwortete das ZK der KPČ auf den Warschauer Brief in einem offenen Schreiben, an dessen Anfang ausdrücklich betont wird, es sei nicht die Schuld der KPČ gewesen, dass es in Warschau zu keiner Aussprache aller Parteien gekommen sei. Obwohl die tschechoslowakischen Kommunisten in ihrem Brief die Existenz von „negativen Erscheinungen“ zugaben, zogen sie eine ohne Einschränkung positive Bilanz der politischen Öffnung des Systems und wiesen die Kritik daran in ungewöhnlich scharfen Worten zurück. Im Warschauer Brief wurde der Führung der KPČ Schwäche vorgehalten, die von der Konterrevolution genutzt werde. Die von den fünf Parteien deswegen angebotene Hilfe lehnte das ZK der KPČ ab: „Die Bruderparteien können heute den Interessen des Sozialismus in unserem Lande vor allem dadurch dienen, dass sie Vertrauen in die Führung der KPČ zum Ausdruck bringen und ihre Politik voll und ganz unterstützen.“ Dubček ging ein großes Risiko ein, als er das Zentralkomitees zur Abstimmung über die zuvor vorbereitete Antwort auf den Warschauer Brief einberief, doch er wollte sich bei diesem Tabubruch nicht dem Vorwurf der Eigenmächtigkeit aussetzen. Vor dem Warschauer Gipfel hatte er es nicht grundlos abgelehnt, das mehrheitlich konservative ZK über die Teilnahme entscheiden zu lassen. Die Anwesenheit von Journalisten und reformerisch gesinnten Delegierten für den 14. Parteitag sowie die öffentliche Empörung über die Einmischung der fünf „Bruderparteien“ bewirkten aber, dass die Konservativen keinen Widerstand wagten. Das Dokument wurde einstimmig angenommen.

Čierná nad Tisou: Der offene Bruch wird noch vermieden

Nach dieser unerwarteten Antwort erklärte sich die sowjetische Parteiführung zu einem bilateralen Treffen bereit. Bevor es dazu kam, gab es ein Tauziehen um den Beratungsort. Die KPdSU schlug Moskau, Kiew oder Lwow vor, aber das Präsidium der KPČ war nicht bereit, in die Sowjetunion zu fahren – wohl weil es fürchtete, dass es von dort nicht mehr zurückkehren würde. Beide Seiten einigten sich schließlich auf die ostslowakische Kleinstadt Čierná nad Tisou unmittelbar an der tschechoslowakisch-sowjetischen Grenze, wo die Delegationen im Kulturhaus der Eisenbahner vom 29. Juli bis zum 1. August aufeinander trafen. Der Vorteil, den das eigene Territorium dem Parteipräsidium der KPČ brachte, war gering, denn der sowjetische Geheimdienst kontrollierte das ganze Umfeld des Kulturhauses, alle Übersetzerkabinen und Telefonleitungen. Die tschechoslowakische Delegation war von der Außenwelt so gut wie abgeschnitten. Eine Randepisode illustriert die Stimmung der Reformer in der KPČ: Da es in Čierná keine geeigneten Unterkünfte gab, mussten die Delegationen in Zügen wohnen. Vor Beginn der Gespräche besichtigte das Präsidium der KPČ die Gleisanlagen, um sicher zu sein, dass ihre Wagen nachts nicht unbemerkt in die Sowjetunion gezogen werden konnten.

Ähnlich bedrückend wie das Umfeld müssen auch die dreitägigen Verhandlungen gewesen sein, in deren Verlauf die Mitglieder des sowjetischen Politbüros systematisch versuchten, die Differenzen in der tschechoslowakischen Delegation offenzulegen und zu vertiefen. So verlangte der sowjetische Ministerpräsident Kosygin von seinem Amtskollegen Černík, er solle die „Rechten“ in den Reihen der KPČ namentlich benennen. Als Černík ausweichend antwortete, er halte nichts von der Unterteilung verschiedene Lager, weil allen am Wohl des

Landes gelegen sei, bohrten erst Kosygin, dann der Vorsitzende des Obersten Sowjet, Nikolaj Podgornyj, nach und begannen, selbst Namen zu nennen. Die Unterschriftensammlung unter die „Botschaft der Bürger an das ZK der KPČ“ bezeichnete Kosygin als Arbeit rechter Kräfte und höhnte, dass das Politbüro der KPdSU in der Lage gewesen wäre, mit 240 Millionen Unterschriften zu seiner Unterstützung anzureisen, wenn es gewollt hätte. Kosygin war es auch, der so offen wie nie zuvor mit Gewalt drohte: „Wir können euch überzeugen, dass, wenn wir möchten, wir im Verlauf von 24 Stunden euer ganzes Land unter Kontrolle bringen können, sowie sich das tschechoslowakische Volk gegen uns auflehnt.“ Der ukrainische Parteichef Pjotr Schelest unterstellte der tschechoslowakischen Führung, sie erhebe Gebietsansprüche gegen die Sowjetunion, und bezeichnete František Kriegel, den entschiedensten Reformier im KPČ-Präsidium, als „galizischen Juden“, der kein Verhandlungspartner für ihn sei. Nach diesen antisemitischen Ausfälligkeiten verließen Dubček und einige tschechoslowakische Delegationsmitglieder kurzzeitig den Raum.

Inhaltlich hatten sich beide Seiten nicht viel Neues zu sagen. Breschnew, Dubček und Černík wiederholten in langen Reden das, was schon im Warschauer Brief und der Antwort darauf stand. Neu war, dass sich die Konservativen im Präsidium der KPČ offen zu Wort meldeten. Vasil Bil'ak und Drahomír Kolder stimmten der Meinung der sowjetischen Genossen zu, Emil Rigo legte sogar unaufgefordert dar, was Černík verweigert hatte – wer in der Parteiführung zu den „Rechten“ zählte. Da jedoch die entscheidenden Personen auf tschechoslowakischer Seite standhaft blieben, ging die sowjetische Taktik nicht auf, das KPČ-Präsidium durch Spaltung handlungsunfähig zu machen, sodass die Verhandlungen am zweiten Tag an einen toten Punkt gelangten. Ein Ausweg aus dieser Situation wurde gefunden, indem die Verhandlungen am darauffolgenden Tag in einem kleineren Kreis fortgesetzt wurden. Zuerst sprachen sich Dubček und Breschnew unter vier Augen, dann trafen die engsten Führungszirkel beider Länder zusammen: Dubček,

Černík, Smrkovský und Staatspräsident Svoboda sowie Breschnew, Kosygin, Podgornyj und Suslow. Dabei verpflichtete sich die KPČ-Führung, die Kontrolle über die Medien wieder herzustellen und darin vor allem jede Polemik gegen die kommunistischen Parteien anderer Länder zu beenden sowie die weitere Tätigkeit von KAN und K231 zu unterbinden; schließlich sollten der NF-Vorsitzende František Kriegel, der Ideologiesekretär Čestmír Císar und der Direktor des staatlichen Fernsehens, Jiří Pelikán, abgesetzt werden, während Bil'ak aus seiner Haltung keine Nachteile entstehen dürften. Außerdem wurde vereinbart, am 3. August in Bratislava mit den Parteien, die den Warschauer Brief unterschrieben hatten, ein Treffen abzuhalten, an dessen Ende eine gemeinsame Erklärung verabschiedet werden sollte, in der die Situation in der Tschechoslowakei nicht angesprochen würde. Damit sollte nach dem offenen Konflikt über den Warschauer Brief die Einigkeit der sozialistischen Länder demonstriert werden.

Die KPČ-Führung meinte, ihre wichtigsten Ziele erreicht zu haben: Sie hatte einen Bruch mit der Sowjetunion vermieden, ohne sich zu einer Rücknahme der Reformen verpflichtet zu haben. Vor allem aber glaubten die Reformer, Zeit bis zum Parteitag gewonnen zu haben, von dem sie sich eine wesentliche Stärkung ihrer Position auch gegenüber der KPdSU erhofften. Über den Verlauf der Gespräche in Čierná wurde Schweigen vereinbart. Wenn etwas davon an die Öffentlichkeit dringe, warnten Breschnew, Kosygin und Podgornyj, sei das Verrat und komme einem Bruch mit der Sowjetunion gleich. Veröffentlicht wurde nur ein kurzes Kommuniqué, in dem außer der Ankündigung des Treffens in Bratislava nichts Konkretes stand. Dadurch wurde die seit Tagen anhaltende Unruhe in der Bevölkerung weiter gesteigert, denn viele Tschechen und Slowaken fürchteten, dass in Bratislava nun das Tribunal über die Reformpolitik stattfinden sollte, dem sich das Parteipräsidium zwei Wochen zuvor verweigert hatte. Die Angst war groß, dass sich hinter den nichtssagenden Sätzen Vereinbarungen über das Ende der Reformen verbargen. Am Abend des 1. August

kam es in Prag zu einer spontanen Demonstration mehrerer Tausend Menschen, auf der die Wahrheit über die Gespräche gefordert wurde. In einer Fernsehansprache am nächsten Tag beruhigte Dubček seine Landsleute: „Ich wurde bereits auf dem Flugplatz gefragt, ob unsere Souveränität gefährdet sei. Ich erklärte offen, dass dies nicht der Fall ist. Wir brauchen Freundschaft und gute Beziehungen zur Sowjetunion gerade im Interesse der Souveränität und gerade im Interesse der Entwicklung unseres Demokratisierungsprozesses. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass die Bevölkerung in diesem Lande sich ihre Vorsicht und staatsmännische Klugheit bewahren sollte, damit nicht verschiedene spontane Aktionen und Kundgebungen für antisozialistische und antisowjetische Reden missbraucht werden können.“

Das Ergebnis des Gipfels von Bratislava war eine im Jargon orthodoxer Kommunisten gehaltene Erklärung über die Errungenschaften des Sozialismus, die es gemeinsam gegen die Aggressivität der „Imperialisten“ zu verteidigen gelte. Wie schon in Dresden hoffte Dubček, sich durch die Zustimmung zu einer harten außenpolitischen Linie einen gewissen innenpolitischen Spielraum zu erkaufen, und stimmte auch der Formulierung zu, es sei „die gemeinsame internationale Pflicht aller sozialistischen Länder“, die Errungenschaften der Völker jedes Landes zu schützen. Darauf berief sich die Sowjetunion achtzehn Tage später zur ideologischen Rechtfertigung der Invasion. Wichtiger als die Erklärung war eine Begebenheit am Rande des Gipfels, von der Dubček, Černík, Smrkovský und andere Reformer nichts erfuhren. Die prosowjetische Gruppe in der Führung der KPČ knüpfte inoffizielle Kontakte zu Breschnew und übergab ihm einen Brief mit der Bitte um Hilfe bei der Bekämpfung der Konterrevolution in der Tschechoslowakei: „Nur mit Ihrer Hilfe ist es möglich, die ČSSR der drohenden Gefahr einer Konterrevolution zu entreißen. Wir sind uns darüber im klaren, dass für die KPdSU und die UdSSR dieser letzte Schritt zur Verteidigung des Sozialismus in der ČSSR nicht leicht sein wird. Deshalb werden wir mit all unseren eigenen Mitteln kämpfen. Aber für den

Fall, dass unsere Kräfte und Fähigkeiten erschöpft sein oder keine positiven Ergebnisse schaffen sollten, so betrachten Sie diese unsere Erklärung als nachdrückliche Bitte und Verlangen nach Ihrem Eingreifen und allseitiger Hilfe.“

Diese Einladung zum militärischen Eingreifen war von den Präsidiumsmitgliedern Vasil Bil'ak, Drahomír Kolder, Oldřich Švestka und Antonín Kapek sowie dem ZK-Sekretär Alois Indra unterzeichnet. In den folgenden Wochen bereitete diese Gruppe in Absprache mit der sowjetischen Führung die Absetzung Dubčeks und die Bildung einer „Revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung“ vor, die unter dem Schutz sowjetischer Panzer die Macht übernehmen sollte. Für Breschnew war die Kooperationsbereitschaft führender KPČ-Politiker wertvoller als alle Deklarationen, denn selbst im Falle eines militärischen Eingreifens sollte der Schein der Legalität gewahrt bleiben. Die Reformer in der Parteispitze, in Regierung und Parlament sollten nicht durch die sowjetische Armee, sondern durch tschechoslowakische Kommunisten abgesetzt werden.

Die Vorbereitungen für die Militäraktion waren zum Zeitpunkt der Verhandlungen in Čierná nad Tisou schon abgeschlossen. Bei einem Scheitern der Gespräche hätte die Besetzung der ČSSR innerhalb weniger Stunden beginnen können. Kosygins Behauptung, die Sowjetunion könne das ganze Land in 24 Stunden unter Kontrolle bringen, war also keine leere Drohung. Was ihr Ende Juli noch fehlte, waren die politischen Erfüllungsgehilfen in der Tschechoslowakei.

Am 3. August, dem Tag des Treffens in Bratislava, verließen die letzten sowjetischen Manövertruppen die Tschechoslowakei. Da auch die Angriffe auf die Reformpolitik in der Presse der „Fünf“ tatsächlich aufhörten, machte sich in der Bevölkerung des Landes eine skeptische Erleichterung breit. Bis zum Parteitag der KPČ Anfang September, so war die allgemeine Überzeugung, werde nichts mehr geschehen.

Das Ende der Reformen: Invasion und „Normalisierung“

Die Mitglieder des Parteipräsidiums der KPČ waren schockiert, als Ministerpräsident Oldřich Černík ihnen am 20. August 1968 kurz vor Mitternacht mitteilte, dass Truppen der Sowjetunion und vier weiterer Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes die Grenzen der Tschechoslowakei überschritten hatten. „Also haben sie es doch getan – und das konnten sie mir antun!“, waren nach der Erinnerung Zdeněk Mlynářs Dubčeks erste Worte, nachdem Černík zu Ende gesprochen hatte. Achteinhalb Monate zuvor hatte Josef Smrkovský mit dem Argument für den Beginn der Reformen geworben, es gehe dabei um „die Rehabilitierung der Ideen, denen die Mehrheit unter uns ihr Leben gewidmet hat“. Den Reformern im Parteipräsidium war klar, dass diese Rehabilitierung nun endgültig gescheitert war.

Auch diejenigen im Parteipräsidium, die im Voraus über den Einmarsch informiert waren, waren schockiert. Mit dem erfolgreichen Beginn der Militäraktion der Fünf, die in nur wenigen Stunden die ganze ČSSR besetzten, begann das Fiasko der politischen Aktion, zu deren Unterstützung die Truppen gedacht waren. Der Plan der vier prosowjetischen Verschwörer im elfköpfigen Präsidium sah vor, dass sie am Vorabend der Okkupation Dubček stürzen und dann im Namen der neuen Parteiführung die Sowjetunion nochmals, diesmal offiziell, um Hilfe im Kampf gegen die Konterrevolution bitten sollten. Bil'ak, Kolder, Rigo und Švestka hatten fest damit gerechnet, František Barbírek und Jan Piller für ein Misstrauensvotum gegen Dubček auf ihre Seite ziehen zu können. Doch weil die beiden vom sowjetischen Eingreifen ebenso überrascht waren wie die Reformen, stimmten sie in der Atmosphäre allgemeiner Bestürzung für eine Erklärung, in der das Präsidium den Einmarsch in deutlichen Worten verurteilte: „Das Präsidium des ZK der KPČ be-

trachtet diesen Akt als eine Missachtung nicht nur der fundamentalen Prinzipien der Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten, sondern auch der Grundsätze des Völkerrechts.“

Die Intrige gegen Dubček war von langer Hand vorbereitet worden, seit bei der ersten Präsidiumssitzung nach Bratislava am 6. August deutlich wurde, dass die von der Sowjetunion geforderte Wende in der tschechoslowakischen Politik nicht stattfinden würde. Dubček versuchte, die Vereinbarungen von Čierná so zu erfüllen, dass sie in der Öffentlichkeit nicht als reformfeindlich aufgefasst werden konnten. Die von Moskau verlangten personellen Veränderungen sollten nach Gesprächen mit den Betroffenen erst am Monatsende als Umorganisation des Zentralkomitees erfolgen, sodass sie nicht wie Rücktritte aussahen. Statt die Zensur wieder einzuführen, ließ Dubček engen Kontakt mit den Chefredakteuren der Rundfunk- und Fernsehsender sowie der wichtigsten Zeitungen halten, die gebeten wurden, ihre Redaktionen in Anbetracht der schwierigen Lage etwas zu mäßigen. Selbst gegen die von der Sowjetunion als konterrevolutionär bezeichneten Organisationen wurde nichts unternommen. Die Reformer setzten darauf, dass die Befürworter radikaler Reformen einsichtig genug waren, ihre Aktivitäten zeitweise einzuschränken. Es war unübersehbar, dass Dubček auf Zeit spielte und alle Maßnahmen möglichst weit hinausschieben wollte, die seiner Popularität schaden konnten. Für ihn stand die Vorbereitung des Parteitags im Vordergrund, durch den er seine Politik absichern wollte.

Das Versagen der moskautreuen Verschwörer

Die Unterzeichner des Hilferufs standen in engem Kontakt zur sowjetischen Parteispitze, der sie über die Entwicklung im Präsidium der KPČ berichteten. Am 9. und am 13. August telefonierte Breschnew mit Dubček und verlangte in scharfem

Ton konkrete Aussagen darüber, wie und wann er die Vereinbarungen von Čierná umsetzen wolle. Wie in früheren Gesprächen der beiden Parteichefs antwortete Dubček ausweichend, dass alles seine Zeit brauche. Die prosovjetschen Verschwörer wussten von diesen Telefonaten, konnten aber in der Präsidiumssitzung am 13. August die Unzufriedenheit der Sowjetunion nicht als Argument gegen Dubček anführen, wenn sie sich nicht verraten wollten. Zu diesem Zeitpunkt hielt sich die sowjetische Führung noch an ihre Zusage, in der Presse nicht polemisch über die Tschechoslowakei berichten zu lassen. Am 16. August entschied das Politbüro der KPdSU, in der ČSSR militärisch einzugreifen, und teilte das am darauf folgenden Tag seinen tschechoslowakischen Verbündeten mit, die sich verpflichtet hatten, die Machtübernahme in Partei und Staat zu organisieren. Diese nahmen an, dass viele der Reformer so opportunistisch sein würden, sich ihnen anzuschließen, sobald sie im Präsidium die Mehrheit gewonnen hatten, und verzichteten daher darauf, sich der Unterstützung durch eine Mehrheit in Regierung, Parlament und ZK zu versichern.

Während der Präsidiumssitzung am 20. August wollten Kolder, Bil'ak, Švestka und Rigo sowie der nicht stimmberechtigte Alois Indra einen Streit über die Lage in der Partei und im Land provozieren, der zu einem Misstrauensvotum gegen Dubček führen sollte. Dass ihnen das nicht gelang, lag zum einen an ihrer mangelnden Entschlossenheit und zum anderen an den noch aus Novotnýs Zeiten stammenden Vollmachten des Ersten Sekretärs, der fast beliebig über die Tagesordnung entscheiden konnte. Auf der stand am 20. August neben den Parteitagsvorbereitungen auch die Diskussion über einen von Alois Indra und Drahomír Kolder verfassten Bericht zur aktuellen Situation nach der Konferenz in Čierná. Die Verschwörer wussten, dass Dubček am Vortag einen an das Präsidium adressierten Brief des Politbüros der KPdSU erhalten hatte. Darin stellte die Führung der sowjetischen Partei fest, dass es an der Spitze der KPČ Kräfte gebe, die die Umsetzung der Beschlüsse von Čierná sabotierten. Es war für Dubček unvermeidlich, dem Präsidium

den Inhalt dieses Briefes während der Aussprache über den Bericht Kolders und Indras mitzuteilen. Nach der Bekanntgabe dieses Schreibens hätten Barbírek und Piller mit großer Wahrscheinlichkeit gegen Dubček gestimmt. Dubček wusste nichts von den Plänen der prosowjetischen Verschwörer. Er zog die Beratungen über den Parteitag nach vorn, weil er die Bekanntgabe des Briefes so lange wie möglich hinauszögern wollte, da er ahnte, dass sie für ihn sehr unangenehm werden würde. Aus Angst, sich vorzeitig zu verraten, hatten Dubčeks Gegner nicht schon zu Beginn der Sitzung verlangt, den Brief vorzulesen. Als Dubček ihn dann nach Mitternacht von selbst laut vorlas, während die Präsidiumsmitglieder schon von der Invasion wussten, erzielte er eine andere Wirkung, als die vier das ursprünglich wollten.

Das Scheitern des Putsches an der Parteispitze war nicht das einzige Versagen der moskautreuen Gruppe. Für die Verbreitung ihrer Aufrufe waren der Chefredakteur der Parteizeitung Rudé právo, Oldřich Švestka, der ehemalige Informationsminister Karel Hoffmann und einige Konservative aus den Führungsetagen des staatlichen Rundfunks und Fernsehens verantwortlich. Diese hatten es versäumt, das technische Personal auf ihre Seite zu ziehen und konnten daher nicht verhindern, dass die Protesterklärung des Parteipräsidiums kurz vor zwei Uhr nachts gesendet wurde, während die Weiterleitung ihrer eigenen Mitteilungen sabotiert wurde. Die Verschwörer hatten zudem einige Helfer mit der Lüge gewonnen, hinter der Einladung an die Sowjets stehe die Mehrheit des Präsidiums einschließlich Dubček. Sobald offensichtlich wurde, dass dies falsch war, endete die Unterstützung durch die so Getäuschten. Die von Švestka zur Begrüßung der Sowjetarmee geplante Sonderausgabe von Rudé právo konnte nicht erscheinen, da er keine Mitarbeiter für die Herstellung hatte. Als am nächsten Morgen sowjetische Soldaten sein Büro betraten, fanden sie ihn in einem jämmerlichen Zustand vor, neben ihm eine leere Flasche Wodka. Seine Zeitung war indes zu einem Organ des Widerstands gegen die Invasion geworden.

Nach nur wenigen Stunden brach der Versuch der Konservativen, mit Unterstützung der sowjetischen Panzer die unbeschränkte Macht der KP wiederherzustellen, kläglich in sich zusammen. Selbst die Verhaftung Dubčeks, Smrkovskýs, Špačeks, Šimons, Kriegels und Černíks musste von sowjetischen Soldaten vorgenommen werden. Keines der Staats- und Parteiorgane, auf deren Unterstützung die Besatzer gesetzt hatten, arbeitete mit ihnen zusammen. Die Regierung lehnte es ab, sich zu einer „Revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung“ zu erklären, und rief die Bevölkerung auf, keine Kollaborationsregierung anzuerkennen; in der ununterbrochen tagenden Nationalversammlung schlossen sich auch konservative Abgeordnete wie der General Kodaj, der im Juni gegen die „2000 Worte“ protestiert hatte, dem Widerstand an. Nur ein Teil der ZK-Mitglieder war dem Aufruf der Putschisten gefolgt, sich im Hotel „Praha“ zu versammeln, und selbst das beschlussunfähige Rumpf-ZK unterstützte ihre Position nicht.

Der Widerstand der Bevölkerung

Während Bil'ak und Indra von der sowjetischen Botschaft aus versuchten, nach dem ersten Misserfolg doch noch eine „Revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung“ zu bilden, formierte sich überall in der Tschechoslowakei der gewaltfreie Widerstand der Bevölkerung. Mit Sitzstreiks und Barrikaden versuchten die Menschen die Panzer aufzuhalten. Vielerorts bildeten sich spontan Protestzüge. Am ersten Tag der Okkupation redeten die Menschen oft auf die Soldaten ein und erklärten ihnen, dass sie kein Volk vor der Konterrevolution retteten, sondern ihm seine Freiheit nähmen. In den darauf folgenden Tagen galt die Parole, die Soldaten zu ignorieren und ihnen jegliche Auskunft oder Hilfe zu verweigern. Einer der Slogans des Widerstandes war: „Krümmt ihnen kein Haar und gebt ihnen keinen Tropfen Wasser.“ Auf Plakaten und Hauswänden

wurden die Truppen – oft in russischer Sprache – aufgefordert, wieder abzuziehen. Besonders häufig wurde zwischen der Sowjetunion und Nazi-Deutschland verglichen, sei es durch die Darstellung von Hammer und Sichel in Form von Hakenkreuzen, sei es in Parolen wie „TASS stellt Goebbels in den Schatten!“ Auch die DDR wurde für ihre Beteiligung in der Antireformkoalition mit diesem Vergleich bedacht: „Ein Volk, ein Reich, ein Ulbricht!“ Um den ausländischen Truppen die Orientierung zu erschweren, wurden in den Städten Straßenschilder entfernt, Straßen in „Dubček-Straßen“ umbenannt, Wegweiser verdreht oder überklebt: „Moskau – 2000 km“. Von wesentlicher Bedeutung für den Widerstand waren die Massenmedien, deren Arbeit die Besatzungstruppen zwar behindern, aber nicht verhindern konnten. Der Rundfunk sendete von wechselnden, über das ganze Land verstreuten Sendern aus ununterbrochen und forderte zu Ruhe und Gewaltlosigkeit auf, verbreitete neue Widerstandsformen und Parolen und informierte über die Tätigkeit der rechtmäßigen Organe des tschechoslowakischen Staates und der KPČ. Die Aufrufe von Regierung und Parlament erreichten auf diesem Weg die Bevölkerung, deren Widerstand durch das Wissen um den Widerstand der Volksvertreter gestärkt wurde.

Über den Rundfunk wurde auch der 14. Parteitag der KPČ einberufen, der auf Initiative des KPČ-Stadtkomitees Prag am 22. August unter dem Schutz der Arbeitermilizen in einer Fabrik in Prag- Vysočany stattfand. Die Delegierten, von denen viele auf abenteuerlichen Wegen nach Prag gelangten, mussten sich in bestimmten Großbetrieben melden, von deren Arbeitern sie dann zu dem geheim gehaltenen Versammlungsort geführt wurden. Von den mehr als 1200 teilnehmenden Delegierten wurden ein neues Zentralkomitee und ein neues Parteipräsidium gewählt, denen kein Politiker mehr angehörte, der im Verdacht stand, mit den Okkupanten zu kollaborieren. Da befürchtet werden musste, dass der Parteitag von den Besatzungstruppen aufgespürt und auseinandergetrieben würde, wurde er auf den Akt der Wahl beschränkt. Die Delegierten erklärten aber in einem formellen Beschluss, dass sie ihre Arbeit

nicht für beendet ansahen und die Beratungen unter anderen Bedingungen fortsetzen wollten. Auch die Wahl der Parteiorgane wurde als provisorisch betrachtet. Zum einen war ein Teil der Gewählten nicht anwesend, weil er sich entweder in Gefangenschaft befand oder aufgrund der äußeren Umstände nicht kommen konnte, zum anderen waren nur 50 bis 70 der 292 slowakischen Delegierten anwesend, sodass die Slowaken deutlich unterrepräsentiert waren. Der Parteitag in Vysočany forderte ebenso wie das Parlament, die Regierung und die Gewerkschaften den sofortigen Abzug der Truppen und die Freilassung der von sowjetischen Soldaten verschleppten Reformpolitiker, deren Aufenthaltsort zu diesem Zeitpunkt sogar den Putschisten unbekannt war.

Aus Gefangenen werden Staatsgäste

Je deutlicher wurde, wie einheitlich die Bevölkerung Widerstand leistete, desto weniger waren auch Politiker, die prinzipiell zur Kollaboration mit den Besatzern bereit waren, noch willens, in die „Revolutionäre Arbeiter- und Bauernregierung“ einzutreten oder mit ihr zusammen zu arbeiten. Als Staatspräsident Svoboda sich unter dem Eindruck des Geschehens auf den Straßen Prags am Abend des 21. August hinter die rechtmäßige Regierung stellte, waren die Chancen fast auf Null gesunken, noch eine Regierung zu bilden, die einen Anschein von Legalität bewahren konnte. Svoboda hielt die Invasion zwar nicht für richtig, verurteilte sie aber in keiner seiner öffentlichen Äußerungen und zog anfangs sogar in Erwägung, eine neue Regierung einzusetzen.

Die Besatzungsmächte standen nach dem Scheitern der moskautreuen Kommunisten um Kolder, Bil'ak und Indra vor dem Problem, entweder selbst ein auf Waffengewalt gestütztes Okkupationsregime zu errichten, für das sie keinerlei Vorbe-

reitungen getroffen hatten, oder mit den Partei- und Staatsfunktionären zu verhandeln, deren Absetzung sie eigentlich erreichen wollten. In welche ausweglose Situation die prosovjetschen Verschwörer in der KPČ sich und ihre Verbündeten in Moskau manövriert hatten, ist daran zu erkennen, dass am Abend des 22. August selbst Vasil Bil'ak die Freilassung Dubčeks und Černíks forderte. Wäre der von ihm mitgeplante Coup am späten Abend des 20. August geglückt, hätte er Dubček selbst „im Namen der revolutionären Arbeiter- und Bauernregierung“ verhaften lassen. Für die Sowjetunion war im internationalen Kontext besonders unangenehm, dass die Rechtfertigung der Invasion mit einem Hilferuf sich als Farce erwiesen hatte. Den mit der Invasion verbundenen Prestigeverlust hatten die Führer der KPdSU bewusst einkalkuliert, doch ein Okkupationsregime ohne die Fassade einer einheimischen Regierung hätte die politischen Kosten der Aktion vermutlich größer als den machtpolitischen Nutzen werden lassen.

In dieser Situation kam der Führung der KPdSU der Vorschlag Svobodas sehr gelegen, mit einer von ihm zusammengestellten Delegation zu Verhandlungen nach Moskau zu reisen. Svoboda bestand auf einer Teilnahme Dubčeks, Černíks und der übrigen verhafteten Reformer an diesen Verhandlungen, da sie die Unterstützung von 95 Prozent der Bevölkerung hätten und deswegen die einzigen seien, die die Situation ohne Blutvergießen beruhigen könnten. Daher wurden die am Morgen des 21. August Festgenommenen aus ihrem Gefängnis in Užgorod in Transkarpatho-Ukraine nach Moskau geflogen, wo sie plötzlich zu Staatsgästen wurden. An ihrem Status als Gefangene änderte sich de facto allerdings auch während der Gespräche im Kreml nicht viel, denn die Mitglieder des sowjetischen Politbüros machten deutlich, dass die „Verhandlungen“ bis zu einer „Einigung“ in ihrem Sinn fortgesetzt würden.

Der Faktor Zeit wirkte allerdings auch gegen die Sowjetunion, denn jede Verzögerung einer Lösung vergrößerte ihr politisches Dilemma und steigerte in der Tschechoslowakei die Gefahr

blutiger Zusammenstöße mit der Bevölkerung. Von Skrupeln dürfte das Politbüro der KPdSU allerdings kaum bewegt gewesen sein, wenn es Auseinandersetzungen der Armeen der fünf Invasoren mit der tschechischen und slowakischen Zivilbevölkerung vermeiden wollte. In Gesprächen mit den tschechoslowakischen Politikern, die sich dem sowjetischen Diktat nicht gleich beugen wollten, beschworen die sowjetischen Politiker die Gefahr eines Blutvergießens herauf, um moralischen Druck auszuüben. Aus den Berichten des erst am 25. August zu den Verhandlungen hinzugezogenen Zdeněk Mlynář wussten die zu Beginn der Invasion verschleppten KPČ- Politiker, dass in der Tschechoslowakei die Spannung beständig anstieg. Den Reformern war klar, dass sie mit ihrer Unterschrift unter das von Breschnew vorgelegte Moskauer Protokoll eigenhändig das Ende des „Prager Frühlings“ besiegeln würden, und sie fürchteten zu Recht, dass die Bevölkerung dies als Verrat betrachten würde. Dem stand die Überlegung entgegen, dass die Verweigerung der Unterschrift viele Menschenleben kosten konnte. Zdeněk Mlynář schreibt in seinen Erinnerungen, in diesen Tagen habe er Emil Hácha verstanden. Für einen tschechischen Kommunisten ist das ein erstaunliches Eingeständnis: Hácha, der letzte Präsident der Tschechoslowakei vor dem Krieg, galt als Kollaborateur der Nationalsozialisten; im März 1939 unterschrieb er in Berlin unter massiven Drohungen ein Abkommen, mit dem aus dem tschechischen Landesteil der ČSR das unter deutscher Herrschaft stehende „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren“ wurde. „Niemand wies mich zurecht, anscheinend hatten auch die anderen an Hácha gedacht.“

Letzte Hoffnung der Reformer

Die Konservativen in der tschechoslowakischen Delegation waren natürlich bereit, die von den sowjetischen Genossen vorgelegte Vereinbarung ohne Änderungen zu unterschrei-

ben. Fast alle Reformer dagegen spielten mit dem Gedanken, die Unterschrift zu verweigern – zuletzt Dubček, der sich in der abschließenden Sitzung einen heftigen Redewechsel mit Breschnew lieferte und die Reformen leidenschaftlich verteidigte. Černík, Smrkovský, Špaček, Šimon, Mlynář und vor allem Präsident Svoboda redeten so lange auf ihn ein, bis er sich zur Unterschrift bereit erklärte. Nur František Kriegel, der Vorsitzende der Nationalen Front, unterschrieb nicht. Mit ihrer Zustimmung zum Moskauer Protokoll verbanden die Reformer die Hoffnung, wenigstens einen Teil ihrer Politik retten zu können. Diese Hoffnung baute vor allem auf der Überlegung auf, dass die Sowjetunion im Moment keine Alternative zur bisherigen Partei- und Staatsführung besaß, nachdem sich die pro-sowjetische Gruppe in der KPČ aus der Sicht der Invasoren als Versager erwiesen hatten. Aus keinem anderen Grund waren Breschnew, Kosygin und Podgorny ja gezwungen, mit ihren Gefangenen zu verhandeln. Eine Verweigerung der Unterschrift würde ein militärisches Okkupationsregime zur Folge haben, die Rückkehr der Reformer in ihre Funktionen dagegen könnte wenigstens Verfolgungen und ein Ende der schon eingeleiteten Reformen verhindern. Das Moskauer Protokoll ließ zwar fast keinen Spielraum für die Fortführung der Reformen, verlangte aber nur bei der Wiedereinführung der Zensur ausdrücklich die Rücknahme eines Beschlusses des „Prager Frühlings“.

Das Protokoll blieb geheim. Stattdessen wurde nach Abschluss der Gespräche am 27. August ein Kommuniqué veröffentlicht, in dem von gemeinsamen Ansichten die Rede war: „Die Seiten sprachen ihre feste Überzeugung aus, dass es in der gegenwärtigen Situation darauf ankommt, die in Čierná nad Tisou gefassten gemeinsamen Beschlüsse und die auf der Beratung in Bratislava formulierten Leitsätze und Prinzipien zu verwirklichen.“ Über die Beschlüsse von Čierná war bis dahin nichts bekannt geworden. Dass nun nach der Invasion ihre Verwirklichung angemahnt wurde, erschien vielen Tschechen und Slowaken wie eine Bestätigung der Befürchtungen, von denen sie Anfang August bewegt worden waren.

Manche Sätze der Erklärung widersprachen so offenkundig den Tatsachen und dem gesunden Menschenverstand, dass die Bewohner des besetzten Landes sie als Verhöhnung ansehen mussten: „Dem einmütigen Streben der Völker der UdSSR nach Freundschaft und Brüderlichkeit mit den Völkern der sozialistischen Tschechoslowakei Ausdruck gebend, bekräftigen die sowjetischen führenden Repräsentanten ihre Bereitschaft zur umfassendsten und aufrichtigsten Zusammenarbeit auf der Grundlage der gegenseitigen Achtung, Gleichberechtigung, territorialen Integrität, Unabhängigkeit und sozialistischen Solidarität. Die Truppen der verbündeten Länder, die vorübergehend das Territorium der Tschechoslowakei betreten haben, werden sich nicht in die inneren Angelegenheiten der ČSSR einmischen.“ Aus der einzigen konkreten Aussage in dem Text konnte nur der Schluss gezogen werden, dass das Ergebnis der viertägigen Gespräche eine vollständige Kapitulation war: Die ČSSR verpflichtete sich, dagegen zu protestieren, dass im UN-Sicherheitsrat über die Invasion debattiert wurde.

In der Bevölkerung machten sich nach der Bekanntgabe des Kommuniqués Verzweiflung und Bitterkeit breit. Jugendliche rissen in Prag Plakate mit den Porträts Svobodas und Dubčeks von den Wänden, die als Zeichen des Widerstands aufgehängt worden waren. Am Abend kam es in der Hauptstadt zu einer spontanen Demonstration auf dem Wenzelsplatz, bei der mehrere tausend Menschen gegen das „Moskauer Diktat“ protestierten. Zunächst bewahrheitete sich die Befürchtung der Reformer, die Menschen würden ihre Unterschriften als Verrat auffassen, aber die Stimmung wendete sich während Dubčeks Radioansprache an die Bevölkerung wieder zu seinen Gunsten. Wichtiger als der Inhalt der Rede war, wie Dubček sprach: mit bebender Stimme, oft nur mühsam unterdrücktem Schluchzen, minutenlangen Pausen. Seine von physischer und psychischer Anstrengung gezeichnete Stimme machte glaubhaft, dass die Parteiführer die Reformen und den Widerstand nicht leichtfertig verraten hatten.

Das Vertrauen der Menschen in Dubčeks persönliche Integrität wurde zur Grundlage eines stillen Abkommens zwischen der Bevölkerung und den Reformern: Diese versprachen die Weiterführung der Reformen, wenn die Menschen bereit waren, ohne Proteste die Rückschritte und Einschränkungen hinzunehmen, die sich aus der neuen Situation ergaben. Oberstes Ziel wurde die „Normalisierung“ der Verhältnisse, von deren Fortschritten die Sowjetunion den Abzug ihrer Truppen abhängig machte. Damit aber sägte die KPČ-Führung um Dubček an dem Ast, auf dem sie saß, denn sie beraubte sich der nach der Invasion wichtigsten Grundlage ihrer Macht – der aktiven Unterstützung durch die Bevölkerung. Da die Gestalt der tschechoslowakischen Politik, und damit die Zukunft der Reformen, nicht mehr in ihren Händen lag, setzten sie zudem ihre Glaubwürdigkeit aufs Spiel.

Die Reformer zerstören ihr eigenes Werk

Was das konkret bedeutete, lässt sich an der Erfüllung einer der wichtigsten Forderungen der sowjetischen Führung verdeutlichen – der Annullierung des 14. Parteitags der KPČ vom 22. August, der für Kommunisten wie Nichtkommunisten zu einem wichtigen Symbol des Widerstands geworden war. Bohumil Šimon und Josef Smrkovský gelang es nach der Rückkehr aus Moskau am 27. August nur mit großer Mühe, das in Vysočany gewählte ZK dazu zu bewegen, die Ungültigkeit des Parteitags zu akzeptieren. Dazu mussten sie die baldige Einberufung des Parteitags und die Aufnahme zahlreicher Mitglieder des Vysočany-ZK in das alte ZK versprechen. Mit dem Hinweis auf die schwierige Position Dubčeks gegenüber dem Kreml wurde die Selbstauflösung eines demokratisch gebildeten Organs erreicht, das der Führung um Dubček Rückhalt hätte geben können. Solange nicht sicher war, dass der versprochene Parteitag im Sinne der Sowjets verlaufen würde, legten diese Wi-

derspruch gegen seine Abhaltung ein. Er fand erst im Mai 1971 statt, nachdem mehr als 500.000 Mitglieder wegen ihres Engagements für die Reformen aus der KPČ ausgeschlossen worden waren – darunter auch die Mehrzahl der auf dem Vysočany-Parteitag im August 1968 gewählten ZK-Mitglieder.

Nach diesem Muster wurde im Herbst 1968 und Frühjahr 1969 eine Errungenschaft der Reformen nach der anderen zurückgenommen. Jeder Widerstand gegen die diktatorische Macht, von der diese Maßnahmen wirklich ausgingen, wurde durch die Loyalität gegenüber „den politisch erpressten Symbolen des Reform- und Demokratisierungsprozesses“ erstickt, wie der Historiker Jan Pauer schreibt. Die Reformer erledigten so dank ihrer Autorität unfreiwillig das, was der Sowjetunion und ihren einheimischen Helfern nur mit Gewalt gelingen konnte: Sie brachen nach und nach den Widerstand der Mehrheit der Bevölkerung. Die Minderheit, die nicht nachgeben wollte, leistete nicht nur Widerstand gegen die Invasoren, sondern geriet auch in Opposition zu den noch an der Macht befindlichen Reformern.

Breschnew ließ Dubček, Smrkovský und Černík im August 1968 in ihre Funktionen in Staat und Partei zurückkehren, weil die einzige Alternative zu ihnen ein Besatzungsregime gewesen wäre. Doch das bedeutete nicht, dass er sie auf Dauer dort dulden wollte. Die ersten Reformer mussten schon unmittelbar nach den Gesprächen in Moskau von ihren Ämtern zurücktreten. František Kriegel, der konsequenteste Reformer im Parteipräsidium, hätte nach Breschnews Willen schon nach den Verhandlungen von Čierná vom Vorsitz der Nationalen Front und aus allen Parteiämtern entfernt werden sollen, nun war er nicht mehr zu halten. Im Moskauer Protokoll wurden der Rücktritt des Außenministers Jiří Hájek, der bei den Vereinten Nationen Protest gegen die Invasion eingelegt hatte, des Innenministers Josef Pavel, der die tschechoslowakische Staatssicherheit umstrukturiert hatte, und des stellvertretenden Ministerpräsidenten Ota Šik festgelegt. Denjenigen, die „für eine Festigung des Sozialismus, gegen die antisozialistischen Kräf-

te“ gekämpft hatten, also der Gruppe der reformfeindlichen Verschwörer, wurde dagegen in dem Dokument garantiert, dass sie nicht aus ihren Funktionen entlassen werden durften. Trotz dieser Garantie für die Konservativen wurde die Position der Reformer in der Parteiführung wegen der am 31. August aus dem Vysočany-ZK in das alte reguläre ZK aufgenommenen Mitglieder zunächst stärker. Auf die Arbeit der Gremien wirkte sich das jedoch kaum aus, da seit der Invasion keine innenpolitische Entscheidung mehr ohne die Zustimmung der Sowjetunion getroffen werden konnte.

Die wesentlichen Errungenschaften des „Prager Frühlings“ waren die gesetzlich verankerte Pressefreiheit, die Demonstrationsfreiheit und die relativ große Toleranz gegenüber unabhängigen Organisationen. Sie fielen Anfang September als erste der aus Moskau vorgegebenen politischen Linie zum Opfer. Die im Juni beschlossene Ergänzung zum Pressegesetz, mit der die Zensur verboten worden war, wurde ersatzlos gestrichen, ein neues Gesetz über die Nationale Front verbot Organisationen außerhalb der NF, und ein Gesetz über die öffentliche Ordnung legalisierte die gewaltsame Auflösung von Versammlungen aller Art. Trotz dieser Gesetze war die Freiheit noch immer größer als unter Novotný, denn sie wurden nur lasch angewandt. Die Zensur existierte nur sehr eingeschränkt, weil sich keine Zensoren fanden. Vor allem unter Studenten und Arbeitern war das politische Engagement den ganzen Herbst über groß vermutlich sogar deutlich größer als vor der Invasion.

Der Abstieg Dubčeks und der Aufstieg Husáks

Um die Reformer aus dem politischen Leben der ČSSR zu verdrängen, betrieb die sowjetische Parteiführung eine gezielte Spaltung der Parteiführung der KPČ. Für Breschnew war es nicht schwer, einzelne Politiker auszugrenzen und anderen

mehr Einfluss zu lassen, da sich unter den neuen Umständen nur noch derjenige zum Machtzentrum zählen konnte, der von ihm zu Gesprächen über die weitere Entwicklung gebeten wurde. Dazu gehörte auch Gustáv Husák, der lange Zeit als Reformler galt. Von 1950 bis 1960 saß er als „slowakischer Nationalist“ im Gefängnis und arbeitete nach seiner Rehabilitierung 1963 an der Slowakischen Akademie der Wissenschaften. In dieser Zeit machte er sich als Verfasser kritischer Artikel in *Kultúrny život* einen Namen und arbeitete an seiner Rückkehr in die Politik. Seit April 1968 war Husák stellvertretender Ministerpräsident, doch sein eigentlicher Aufstieg begann erst mit der Invasion, als er verhinderte, dass das slowakische Parteipräsidium den Einmarsch begrüßte. Wegen dieses Ereignisses wurde er vom Slowakischen Nationalrat delegiert, bei den Verhandlungen in Moskau die slowakische Nation zu repräsentieren, wo er Breschnew wegen seiner realistischen Einschätzung der Machtverhältnisse positiv auffiel. Nach der Rückkehr aus Moskau wurde er auf dem seit dem 26. August in Bratislava tagenden Parteitag der KPS zu deren Erstem Sekretär gewählt. Er bewegte die slowakischen Kommunisten dazu, den Vysočany-Parteitag der KPČ nicht anzuerkennen, da das slowakische ZK seiner Einberufung vorher nicht zugestimmt habe. Im neuen Präsidium der KPČ, in das er am 31. August aufrückte, wurde Husák schnell zu einer der bestimmenden Gestalten.

Smrkovský dagegen wurde zunehmend an den Rand des Geschehens gedrängt, besaß aber als Vorsitzender der Nationalversammlung immer noch politisches Gewicht und hatte eine beträchtliche Popularität. Husák benutzte die Föderalisierung der ČSSR, die als einziges der Reformprojekte noch vorangetrieben wurde, als Vorwand, um Smrkovský aus diesem Amt zu verdrängen, indem er namens der KPS den Anspruch erhob, dass eines der drei höchsten Staatsämter von einem Slowaken besetzt sein müsse. Damit kam er Breschnew entgegen, der bei einem Treffen in Kiew am 8. Dezember davor warnte, „Antimarxisten“ auf hohen Staatsfunktionen zu halten, und Smrkovský namentlich erwähnte. Als der Plan, Smrkovský zu stürzen, an

die Öffentlichkeit drang, regte sich ein so starker Protest wie seit den ersten Tagen der Invasion nicht mehr. Die Metallarbeiter-Gewerkschaft, die mehr als eine Million Mitglieder hatte, und die unabhängigen Studentenorganisationen schlossen ein Bündnis und kündigten an, bei Smrkovskýs Sturz einen Generalstreik auszurufen. Husák antwortete darauf mit einer Gegenkampagne. Er ließ die slowakischen Medien gegen Smrkovský schreiben und unterstellte ihm in Reden, er sei das Zentrum einer „rechten Konspiration“. Smrkovský widersetzte sich den Rücktrittsforderungen lange, aber er fürchtete, die Aufregung um seine Person könnte die Tschechoslowakei weiter destabilisieren und die sowjetische Armee erneut auf den Plan rufen. Daher bat er die Arbeiter am 5. Januar 1969, nicht für ihn zu streiken, und trat zwei Tage später zurück.

Dubčeks Position wurde immer schwächer, denn Smrkovský war außer ihm der letzte Reformer, der noch eine hohe Funktion innehatte. Viele der gemäßigten Reformer begannen nach Husáks Beispiel „realistische“ Positionen einzunehmen, die auf eine Anerkennung aller sowjetischen Ansprüche hinausliefen. Auch der Ministerpräsident Oldřich Černík konnte Anfang 1969 nicht mehr zu den Vertretern einer Reformpolitik gezählt werden. Von dieser Seite wurde Dubček kritisiert, weil er sich noch immer vielen sowjetischen Forderungen entgegen stellte, doch auch den Reformanhängern außerhalb der Partei hatte er sich entfremdet, da er in ihren Augen den ständig neuen Wünschen der sowjetischen Führung nachgab.

Am 16. Januar 1969 übergoss sich auf dem Wenzelsplatz im Stadtzentrum von Prag der zwanzigjährige Student Jan Palach mit Benzin und zündete sich aus Protest gegen die Resignation in der Niederlage selbst an. Auf diese Tat und Palachs Tod drei Tage später reagierten die Prager Studenten mit Gedenkmärschen. Einen Tag nach der Beerdigung, an der schätzungsweise eine halbe Million Menschen teilnahmen, wurden bei Zusammenstößen mit der Polizei mehr als 200 Demonstranten festgenommen. Der Grund für den Zuwachs der „Realisten“ in der

Parteiführung war vermutlich in vielen Fällen Opportunismus, doch sicherlich spielt auch die Sehnsucht nach geordneten Verhältnissen eine Rolle, in denen spektakuläre Demonstrationen wie die Jan Palachs nicht möglich sein würden. Der Sturz Dubčeks war deshalb nur noch eine Frage der Zeit. Der Anlass dazu kam Ende März während der Eishockey-Weltmeisterschaft in Schweden, wo die ČSSR im Abstand von einer Woche zwei Spiele gegen die UdSSR gewann. Beide Siege wurden in der ganzen Tschechoslowakei von Hunderttausenden von Menschen auf den Straßen mit überschäumender Freude gefeiert, wobei auch antisowjetische Parolen gerufen wurden. In Prag wurde am Rande dieser Feiern das Büro der sowjetischen Luftfahrtgesellschaft Aeroflot demoliert. Die Polizei schritt bei diesen Ereignissen nicht ein, da von der politischen Führung des Landes, die die Befehle dazu geben musste, nur Dubček erreichbar war, der sich weigerte, etwas zu unternehmen. Für das Politbüro der KPdSU waren die Siegesfeiern ein Anlass, am 30. März in einem Brief vor antisowjetischen Kräften in der tschechoslowakischen Parteispitze zu warnen. Nur Smrkovský wurde namentlich erwähnt, doch Dubček war ebenfalls gemeint. Etwas mehr als zwei Wochen später, am 17. April 1969, trat Dubček in einer ZK-Sitzung vom Posten des Ersten Sekretärs der KPČ zurück. Sein Nachfolger wurde Gustáv Husák, der auch von zahlreichen überzeugten Reformern im ZK unterstützt wurde, die hofften, er werde eine ähnlich liberale Politik betreiben wie der ungarische Parteichef János Kádár seit Beginn der Sechzigerjahre.

Die Parallelen sind nicht zu übersehen: Sowohl Kádár als auch Husák waren kommunistische Opfer des Stalinismus und kamen am Ende einer Krise des Sozialismus in ihren Ländern an die Macht, um wieder Ordnung zu schaffen. Kádár griff nach dem ungarischen Aufstand zuerst hart durch und ließ dann die Zügel lockerer. Die Hoffnungen derer, die glaubten, mit Husák gleich in die zweite Phase des „Kadarismus“ eintreten zu können, wurden aber enttäuscht. Husák griff ebenfalls hart durch: In den Jahren 1969 und 1970 wurde mehr als ein Viertel

der Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen und zahlreiche Wissenschaftler, Ärzte, Journalisten und Schriftsteller wurden wegen ihres Engagements für einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ gezwungen, sich ihren Lebensunterhalt als Hilfsarbeiter zu verdienen. Einige von Husáks Gegnern wurden Anfang der Siebzigerjahre für das Verfassen von Manifesten zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Eine Liberalisierung folgte dieser harten Welle nicht – das Regime Husáks war bis 1989 eines der starrsten und dogmatischsten in Osteuropa.

Auswahl deutschsprachiger Literatur

Bilak, Vasil: Wir riefen Moskau zu Hilfe. Der Prager Frühling aus der Sicht eines Beteiligten, Berlin 2006

Dubček, Alexander: Leben für die Freiheit, München 1993

Hajek, Jiří: Begegnungen und Zusammenstöße. Erinnerungen des ehemaligen tschechoslowakischen Außenministers

Kohout, Pavel: Aus dem Tagebuch eines Konterrevolutionärs, München 1970

Mlynář, Zdeněk: Nachtfrost. Das Ende des Prager Frühlings, Frankfurt/Main 1988.

Pauer, Jan: Prag 1968. Der Einmarsch des Warschauer Paktes. Hintergründe – Planung – Durchführung, Bremen 1995

Prieß, Lutz/Kural, Václav/Wilke, Manfred: Die SED und der Prager Frühling 1968, Berlin 1996

Reden zum IV. Kongreß des Tschechoslowakischen Schriftstellerverbandes Prag, Juni 1967. Nachwort von Pavel Kohout, Frankfurt am Main 1968

Škvorecký, Josef (Hg.): Nachrichten aus der ČSSR. Dokumentation der Wochenzeitung „Literární listy“ Prag, Februar – August 1968, Frankfurt am Main 1968

Wenzke, Rüdiger: Die NVA und der Prager Frühling 1968, Berlin 1995